

Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

* Inhalt

Deutsch-österreichisches Zollbündnis . . .	585	Konzentration in der Grammophonindustrie	605
<i>Dr. Hans Neisser</i> , Die Reichsbank als konjunkturpolitischer Faktor . . .	587	Ein Wirtschaftsplan der englischen Industrie	606
<i>Dr. Hans Speier</i> , Verbürgerlichung des Proletariats?	591	Ungünstige Entwicklung der Reichs- einnahmen im Februar	606
*, Neue Aufgaben für die Wohnungs- fürsorgegesellschaften	596	Die Abschlüsse der Commerzbank und der Adca	607
Glossen		Kapitalerhöhung der Bau- und Bodenbank	607
Pessimistische Tabaksteuer-Prognosen . . .	600	Dividendenkürzung bei der Übersee-Bank .	607
Ist das Bier zu hoch besteuert?	600	Österreichische Wohnbau-Anleihe	608
Bedingte Zollermächtigung	601	Personalia	608
Wendepunkt der Sparkassen-Entwicklung	601	Bilanzen (Deutsche Bank und Disconto- Gesellschaft / Darmstädter und National- bank / Barmer Bank-Verein / Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt)	608
Reorganisation der Berliner Stadtbank . . .	602	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York) . . .	613
Die Rente der Berliner Elektrizitäts- wirtschaft	603	Statistik (Die Reichseinnahmen im Februar / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Berliner Börsenkurse / Reichsbank-Aus- weis / Ausweise der Privatnotenbanken) .	619
Aktienrückkauf der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft	603		
Die Selbständigkeit der Bergmann- Elektricitäts AG bedroht	604		
Keine Fusion RWE—VEW?	604		
Abschreibungsbedürfnisse bei der Th. Goldschmidt AG	605		

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131



DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Akt.-Kap 60 Millionen Reichsmark

Reserven 60 Millionen Reichsmark

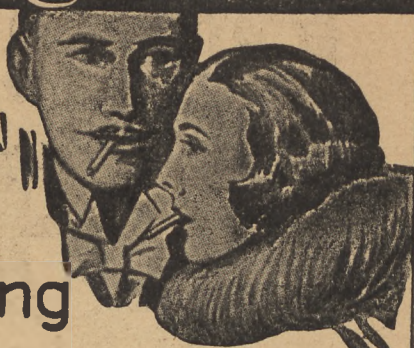
Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

Korrespondenten an allen wichtigen Plätzen der Welt

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

CORONET

DIE NEUE



Packung

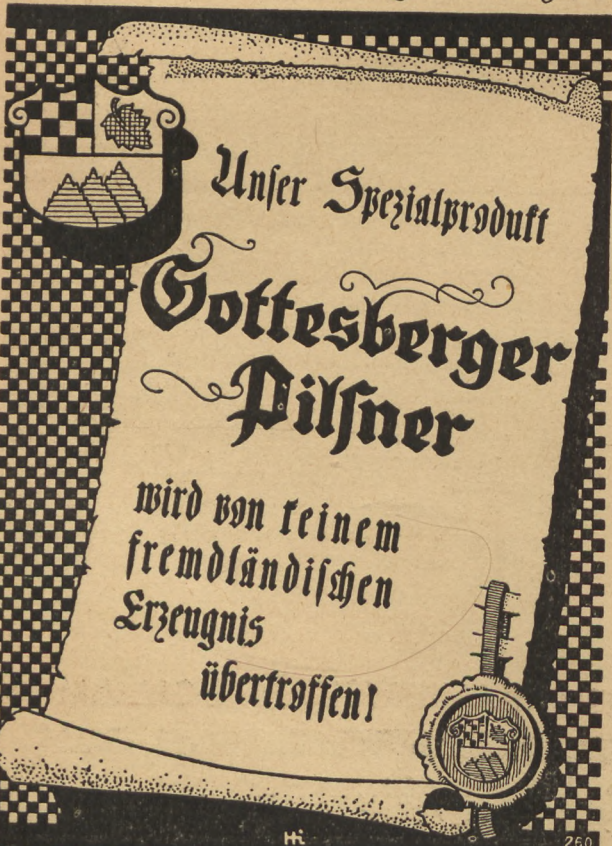
60 Pfg. ZIGARETTE

aus milden macedonischen Tabaken erster Sortierungen mit Stroh- u. Goldmundstück

von **ABDULLA** & CO

BERLIN-JOHANNISTAL GROSS BERLINER DAMM 27-29-31

Seit 1701 Gottesberger Brauhaus



Unser Spezialprodukt

Gottessberger Pilsner

wird von keinem fremdländischen Erzeugnis übertroffen!



Schutzmarke

Abteilung A:

Verdichtete und flüssige Gase

Abteilung B:

Autogene Schweiß- u. Schneidegeräte

Abteilung C:

Medizinische- und Wiederbelebungsapparate

Sauerstoff-Fabrik Berlin G.m.b.H.

Berlin N 65, Tegeler Straße 15

Gegr. 1889 / Älteste Sauerstoff-Fabrik Deutschlands

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT

VEREINIGT MIT „PLUTUS“, NEUE FOLGE

7. JAHRGANG

BERLIN, 27. MÄRZ 1931

NUMMER 13

Deutsch-österreichisches Zollbündnis

Das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion, das aus staatsrechtlichen Gründen eine sehr eigenartige Gestalt annehmen mußte, droht die verworrene handelspolitische Situation Europas weiter zu verschärfen. Die Zollmauern um die Unionsstaaten werden wahrscheinlich wachsen. Gewährt man den südosteuropäischen Staaten Vorzugszölle, so wird zwar der Wirtschaftsverkehr mit diesen Gegenden zunehmen, aber dieser Gewinn wird kaum die Nachteile ausgleichen können, die ein derartiges System für den deutschen Handel mit dem übrigen Europa und den überseeischen Ländern mit sich bringen wird.

Die handelspolitischen Beziehungen der europäischen Staaten verschlechtern sich in zunehmendem Maße. Der bescheidene Versuch, die Zollrüstungen wenigstens auf den bisher erreichten Umfang zu beschränken, hat sich als undurchführbar erwiesen; die Genfer Verhandlungen über einen „Zollwaffenstillstand“ sind Mitte dieses Monats endgültig gescheitert. In England vollzieht sich der Übergang der öffentlichen Meinung in das protektionistische Lager mit unwiderstehlicher Kraft; mehr noch als die zumeist recht unklaren volkswirtschaftlichen Argumente wirkt hier der Hinweis auf die Bedeutung eines ausgebauten Zollsystems für die britischen Finanzen (vgl. hierzu S. 606). Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist zwar vom Sejm ratifiziert worden, hat aber keine Billigung durch den Reichstag erfahren; infolgedessen ist damit zu rechnen, daß die Wirtschaftsbeziehungen zu unserem östlichen Nachbarn wieder in ein kritisches Stadium treten. Welche Bedeutung kommt in dieser verfahrenen Situation dem *deutsch-österreichischen Zollbündnis* zu, das zu allgemeiner Überraschung dieser Tage angekündigt wurde?

Die Außenminister der beiden befreundeten Staaten haben — unter Zustimmung der Kabinette — Richtlinien vereinbart, die einem *Vertrag über die Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands und Österreichs* zugrunde gelegt werden sollen. In der Öffentlichkeit erblickt man in dem die Richtlinien enthaltenden Protokoll allgemein die Vorbereitung einer *Zollunion*. Man kann diese Bezeichnung annehmen, aber man muß sich darüber klar sein, daß es sich um eine sehr eigenartige Zollunion handelt. Zunächst haben sich die Partner der „regionalen Vereinbarung“ verbindlich dazu bereit erklärt, mit jedem dritten Land auf dessen Wunsch in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten. Sodann handelt es sich hier um eine Zollunion, die nicht nur Zwischenzölle vorsieht (Zwischenzolllinien gab es auch im deutschen Zollverein und zeitweise in der Habsburgischen Monarchie), die nicht nur die Möglichkeit von Aus- und Einfahrverboten ins Auge faßt, sondern die vor allem die handelspolitische Unabhängigkeit der beiden

Staaten nicht antasten will. Beide Regierungen behalten sich das Recht vor, für sich mit dritten Staaten Handelsverträge abzuschließen. Diese Konstruktion ist zwar kein Novum — der 1905 am Einspruch Österreich-Ungarns gescheiterte Versuch, eine Zollunion zwischen Serbien und Bulgarien zustande zu bringen, sah eine ähnliche Regelung vor —, praktische Durchführung hat sie jedoch bisher nicht gefunden. Die beiden Zollunionen von Bedeutung, die gegenwärtig in Europa bestehen — die zwischen Danzig und Polen und die belgisch-luxemburgische —, kennen jedenfalls keine selbständige Führung der Handelsvertragspolitik durch jeden der beteiligten Staaten und auch keine Zwischenzölle und Außenhandelsverbote.

Die Frage, ob das in Aussicht genommene Vertragswerk eine Zollunion darstellt oder nicht, ist nicht nur eine müßige Begriffsspielerei. Sie ist von erheblicher Bedeutung für die *rechtliche* Beurteilung. Bekanntlich hat Österreich im Friedensvertrag von Saint-Germain und beim Abschluß der Völkerbundsanleihe die Verpflichtung auf sich nehmen müssen, seine volle Souveränität zu wahren. Schloß Österreich eine Zollunion in der allgemein üblichen Form, so würde es auf einen Teil seiner Unabhängigkeit verzichten und somit gegen seine internationalen Verpflichtungen verstoßen. Handelt es sich aber gar nicht um eine Zollunion, so bestünde die Gefahr, daß Deutschland die in seinen Handelsverträgen enthaltene Meistbegünstigungsklausel verletzt. Die Staatsrechtler der beiden Staaten haben sich bemüht, diese Klippen zu umschiffen; ob sie dabei erfolgreich waren, werden die internationalen Verhandlungen der nächsten Monate lehren.

Wir wollen uns hier damit begnügen, diese juristischen Fragen anzudeuten — ihre Lösung wird die Staatsrechtler und Politiker der interessierten Länder beschäftigen —, und uns der Frage zuwenden, welche *wirtschaftliche* Bedeutung dem neuen Abkommen beizumessen ist. Sicherlich kann es für die Wirtschaft der beiden Länder, insbesondere für die des verkrüppelten Österreichs, von Vorteil sein, wenn die Zollmauern an der deutsch-österreichischen



Grenze niedrigergerissen oder zumindest stark abgebaut werden. Die Arbeitsteilung, die zum Teil übrigens von jeher zwischen den beiden Gebieten besteht, kann erweitert werden, kurz, es können alle die Vorteile erzielt werden, die mit einer liberalen Handelspolitik verknüpft sind. Wenn wir im folgenden Bedenken gegenüber der südöstlichen Orientierung der deutschen Handelspolitik äußern, so geschieht es nicht, weil wir verkennen, daß die Beseitigung der Zollgrenze zwischen den beiden deutschstämmigen Völkern einem gesunden Prinzip entspricht, sondern weil wir fürchten, daß die Unionsstaaten als Gesamtheit eine unzweckmäßige Handelspolitik einschlagen werden.

Da über den Plan in mancherlei Punkten Unklarheit besteht, ist man auf Vermutungen angewiesen. Besondere Bedeutung scheint der Abschnitt X des Protokolls zu besitzen, der wie folgt lautet:

„Die beiden Regierungen werden rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die zur Zeit laufenden, von Deutschland und Österreich mit dritten Staaten abgeschlossenen Handelsverträge, soweit sie Bindungen der Zollsätze enthalten, oder soweit sie die Durchführung der zur Zeit noch bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote und sonstigen Vorschriften über den Warenverkehr beeinträchtigen würden, miteinander und mit dem Inhalt und Zweck des abzuschließenden Vertrags in Einklang zu bringen.“

Erwägt man die Folgen dieser Bestimmung, so kommt man zu dem Schluß, daß die deutsch-österreichische Union *schwere handelspolitische Erschütterungen* nach sich ziehen wird. So wird z. B. Österreich genötigt, Vereinbarungen, die es über seine Kohlenversorgung getroffen hat, zu lösen. Ja, es wird sogar behauptet, daß die Zollunion als Vorwand dienen solle, die gesamte Kohleneinfuhr nach Deutschland und Österreich zu unterbinden. Nach einer offenbar offiziösen Äußerung der „Frankfurter Zeitung“ steht ferner die Übernahme der „sehr viel höheren deutschen Zölle“ durch Österreich bevor. Es ist wohl durchaus richtig, wenn man annimmt, daß von der Zollunion eine Anpassung aller Zollsätze an die jeweils höchsten, die in einem der beiden Staaten in Kraft sind, zu erwarten ist.

Ganz offensichtlich richtet sich das Gesicht der neuen Gruppierung nach *Südosten*. Mit dem Abschluß der Besprechungen über das Unionsprotokoll fiel nicht umsonst der Beginn deutsch-rumänischer Verhandlungen über einen Präferenzvertrag zusammen. An dieser Stelle wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß von diesem Vorstoß nach Südosteuropa geringe wirtschaftliche Vorteile, dagegen erhebliche Nachteile in handelspolitischer Beziehung zu erwarten seien (vgl. insbesondere MdW, Jahrg. 1950, Nr. 19, S. 889). Wir wollen uns hier nicht wiederholen, sondern auf einige andere Punkte eingehen, die abseits zu liegen scheinen, die aber für die grundsätzlichen Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik von Bedeutung sind. Sie betreffen die *Kombination der Zollunion mit dem Präferenzsystem*.

Die Gedankengänge, die zu dem deutsch-österreichischen Protokoll und den Präferenzverhandlungen

gen mit Rumänien geführt haben, sind vor einiger Zeit Gegenstand internationaler Erörterungen auf der Pariser Agrarkonferenz gewesen. Hier hat Briand als Vertreter Frankreichs darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten, die sich für die südosteuropäische Wirtschaft aus der Getreidebaisse ergeben haben, nicht mit handelspolitischen Mitteln überwunden, sondern nur durch die Finanzierung einer Strukturänderung behoben werden könnten. In dieser Äußerung liegt nicht nur ein Urteil (dessen Richtigkeit zweifelhaft ist), sondern eine versteckte Drohung, die aber kaum mißverstanden werden konnte, die Drohung nämlich, daß Frankreich für den Fall des Aufbaus eines Präferenzsystems die Finanzierung dieser Länder einstellen werde. Deutlicher ertönte jetzt eine ähnliche Drohung aus Paris; nationalistische Blätter erheben die Forderung, das deutsch-österreichische Protokoll müsse mit einer französischen Kreditrestriktion gegen die Vertragsschließenden beantwortet werden.

Man darf annehmen, daß die leitenden Politiker Frankreichs zu klug sind, um zu diesem brutalen Mittel zu greifen. Aber man wird erwägen müssen, daß die Union angesichts der Entwicklung der deutschen Agrarpolitik den südosteuropäischen Ländern schwerlich ausreichende Kompensationen für den Verzicht auf die französische Freundschaft bieten kann. Man suchte bisher in Deutschland Kompensationen ausschließlich auf dem Gebiete der Getreideeinfuhr, ohne daß dabei Quantitäten angeboten wurden, die für die Preisbildung selbst auf den kleinsten Märkten Rumäniens und Jugoslawiens von ausschlaggebender Bedeutung wären.

Erschwerend kommt der Einspruch hinzu, der aus *Übersee* zu erwarten ist. Offiziöse Stimmen aus den Vereinigten Staaten besagen, daß man die deutsche Handelspolitik aufmerksam unter dem Gesichtspunkt beobachte, daß die amerikanische Meistbegünstigung nicht beeinträchtigt werde. Der deutsch-österreichische Unionsplan ist für Amerika nicht ohne Interesse; durch die generelle Zollerhöhung Österreichs, mehr aber noch durch die in Aussicht genommene Vorzugsbehandlung des südeuropäischen Getreides im Unionsgebiet werden amerikanische Interessen empfindlich berührt. Man wird also mit Widerspruch von dieser Seite rechnen müssen.

Wichtiger als die Abneigung der Kapitalgeber Deutschlands gegen derartige handelspolitische Experimente scheinen uns aber gewisse *innerwirtschaftliche Nachteile*. Die Unterbrechung der Einfuhr überseeischen Getreides hat bereits jetzt unerfreuliche Konsequenzen für die deutsche Nordseeküste gehabt. Eine Verlagerung des Schwergewichts der deutschen Handelspolitik nach Südosteuropa wird weiter in dieser Richtung wirken, selbst wenn die Seehäfenpolitik der Reichsbahn forciert werden sollte. Die natürlichen Beziehungen Deutschlands zu den überseeischen Gebieten wird man nicht ohne wirtschaftliche Nachteile zugunsten künstlicher Bindungen gegenüber Südosteuropa vernachlässigen können.

Bedenken ruft das Wiener Abkommen schließlich hervor, wenn man die *Rückwirkungen auf England* betrachtet. England hat auf die Bekanntgabe des Protokolls recht energisch reagiert. Wir denken dabei nicht nur an die Demarche der englischen Regierung, die in Berlin den Wunsch vortragen ließ, den Völkerbund mit der Prüfung der Rechtslage zu be- fassen und die endgültigen Abmachungen bis dahin zu vertagen. Unter wirtschaftlichen — nicht unter politischen — Gesichtspunkten erscheint uns vor allem bedeutsam, daß der Plan, ein durch Präferenzzölle zu- sammengehaltenes „Mitteleuropa“ zu schaffen, die Nei-

gung Englands, zum Schutzzollsystem unter Bevor- zugung seiner überseeischen Besitzungen überzugehen, verstärken wird. Ob das „Vorschieben der deutschen Zollmauern“ nach Südosten den Verlust eines nam- haften Teils des deutschen Absatzes in Großbritan- nien und den Dominions und Kolonien auszugleichen vermöchte, ob es nicht zweckmäßig wäre, auf die englischen Zollsenkungswünsche bereitwillig einzu- gehen, um Englands handelspolitische Schwenkung nach Möglichkeit zu verhindern, diese Fragen sind anscheinend von der deutschen Politik nicht aus- reichend durchdacht worden.

Die Reichsbank als konjunkturpolitischer Faktor

Von Dr. Hans Neisser, Privatdozent an der Universität Kiel

Die gegenwärtige Bankgesetzgebung verhindert praktisch Operationen der Reichsbank auf dem offenen Geldmarkt, die zur Überwindung der Depression zweckmäßig sein können, denn sie verbietet den Ankauf langfristiger festver- zinslicher Wertpapiere und fordert als Ergänzung der Notendeckung durch Gold und Devisen Deckung durch kurzfristige Handelswechsel. Eine Erweite- rung des Geschäftskreises der Reichsbank und eine Erleichterung der Bestim- mungen über die Notendeckung in der Depression — bis zu einem Höchst- kontingent an Noten — nach dem Vorbild anderer Länder ist unter diesen Umständen wünschenswert.

Wie weit ist Diskontpolitik ein geeignetes Mittel zur Stabilisierung der Konjunktur? Diese von An- hängern und Gegnern der Stabilisierungsidee häufig diskutierte Frage ist durch den Zusammenbruch der amerikanischen Hochkonjunktur 1929 in besonderem Maße akut geworden; denn diese Krise war nicht der Abschluß der gewöhnlichen konjunkturellen Preis- steigerung, sondern trat im Gefolge eines stabilen Preisniveaus — mit einer leichten Preissenkungsten- denz sogar — auf. Aber nicht nur in der Hochkon- junktur wird die Problematik der Diskontpolitik als Stabilisierungspolitik deutlich, sondern in glei- chem, wenn nicht stärkerem Maße, in der Depression; scheint doch die Erfahrung zu zeigen, daß selbst die niedrigen Zinssätze der Depression sehr lange Zeit hindurch die Nachfrage nach Kredit nicht erhöhen, weil die künftigen Chancen der Preis- und Konjunk- turentwicklung von den kreditnehmenden Unter- nehmern allzu ungünstig beurteilt werden. Die prin- zipiellen Anhänger des Stabilisierungsgedankens haben deshalb von jeher nach einer Ergänzung der Diskontpolitik in der Phase der Depression gesucht. Keynes legt in seinem neuen umfassenden Werk das Schwergewicht auf die sogenannten Operationen der Notenbank „auf dem offenen Markt“, kurz, auf die- jenigen Geschäfte, bei denen die Notenbank selbst die Initiative zur Kreditgewährung und Geldschöp- fung ergreift und nicht den — in der Depression eben sehr unwilligen — Geldmarkt an sich herankommen läßt. Wenn in der Hochkonjunktur eine Tendenz zur Überexpansion des Kredits, zu einer Steigerung der Preise von der Notenbank bekämpft werden muß, so hat sie in der Depression demnach die um- gekehrte Aufgabe, mit allen Mitteln die Kontraktion

des Kredit- und Geldvolumens zu verhindern. Es kann kein Zweifel sein, daß in diesen beiden Aktionen die eigentliche konjunkturpolitische Auf- gabe der Notenbank besteht, gleichgültig, worin die Ursachen der Krisen oder die Gründe des Auf- schwungs erblickt werden; nur bleibt die Frage offen, ob diese Maßnahmen — Krediteinschränkung in der Hausse, künstliche Krediterweiterung in der Depression — in jedem Fall zur Erreichung des Zieles der Konjunkturstabilisierung genügen und ob nicht ihre Durchführung zeitlich wie dem Umfang nach an Bedingungen zu knüpfen ist, deren genaue Klarlegung eine unerläßliche Voraussetzung einer rationellen Konjunkturpolitik wäre. Nicht dies ist jedoch die Aufgabe des folgenden Beitrags, der sich vielmehr nur das enger begrenzte Ziel steckt, die Möglichkeiten zu untersuchen, die der Reichsbank für eine derartige Konjunkturpolitik in der Depres- sion gegeben sind, vorausgesetzt, daß allgemeinere volkswirtschaftliche Überlegungen den Zeitpunkt und die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens sicher- gestellt haben. Die Frage, wieweit die Reichsbank zu solchen Operationen auf dem offenen Markt be- fähigt ist, ist zudem noch aus einem besonderen Grunde für Deutschland von Interesse. Die schwache Position Deutschlands auf dem internationalen Geld- markt, d. h. seine starke kurzfristige Verschuldung, hemmt nämlich die Diskontpolitik der Reichsbank in besonders hohem Grade. Sie verhindert eine be- liebige Senkung der Bankrate und scheint so die kreditpolitische Stimulierung der Konjunktur zu erschweren. Auf der anderen Seite kann nicht ver- kannt werden, daß ein Diskontsatz von 4%, wie er — bei einer Beruhigung der politischen Verhältnisse

+ da mit Klappstein

— in Deutschland, international gesehen, nicht unmöglich wäre, auf keinen Fall prohibitiv wirken könnte, und daß es fraglich ist, ob eine Senkung auf 2%, wie sie in Gläubigerländern am Tiefpunkt der Depression nicht selten ist, eine *schnellere* Belebung der Kreditnachfrage herbeiführen würde. Auf jeden Fall gewinnen alle Methoden besonderes Interesse, die ohne so weitgehende Zinssenkung eine Kreditexpansion herbeiführen.

Das Ziel solcher Operationen muß sein, sich möglichst unter Umgehung der Depositenbanken mit dem *letzten Kreditnehmer* in Verbindung zu setzen und ihn zu einer Erweiterung der Kreditansprüche zu bewegen. Solange open market-Operationen nur Geschäfte zwischen der Notenbank und den privaten Banken darstellen — indem die Notenbank etwa, wie in Amerika, den Mitgliedsbanken Staatspapiere abkauft —, bedeuten diese Operationen kaum etwas anderes als den Austausch zweier verschiedener Formen der Notenbankkreditgewährung, ohne das gesamte Kreditvolumen zu erhöhen; je stärker die Bargeldzuflüsse zu den Depositenbanken infolge Ankaufs von Staatspapieren durch die Notenbank werden, in desto geringerem Maße rediskontieren sie ihr Wechselportefeuille bei der Zentralbank; insbesondere in Ländern, wo die *dauernde* Beanspruchung der Notenbank zur Bargeldbeschaffung mittels Wechselrediskontierung nicht üblich ist und sich die Depositenbanken vielmehr darauf beschränken, plötzlich auftretende *Bedarfsspitzen* durch solche Operationen abzudecken. Ganz anders, wenn es gelingt, die Kreditnachfrage des *Publikums* zu beleben, wenn die Ankäufe der Notenbank auf dem Effektenmarkt die Kurse gewisser Papiere stützen, wenn billiges und reichliches Lombardgeld dem Publikum hin und wieder zu Effektenkäufen Lust macht; auch dann wird ein erheblicher Teil der Bargeldbeträge, die die Notenbank durch solche Geschäfte in den Markt hineinpumpt, auf dem Umweg über die Depositenbanken wieder zu ihr zurückfließen, indem diese ihre eigene Bargeldnachfrage bei der Notenbank einschränken und ihren Bedarf in stärkerem Maße auf dem Geldmarkt befriedigen. Aber eine fortgesetzte Politik billigen Geldes wird doch Schritt für Schritt das vom Publikum beanspruchte Kreditvolumen im ganzen erweitern und kann so, im geeigneten Zeitpunkt der Entwicklung, die die Struktur der Volkswirtschaft in der Phase der Depression vor dem Aufschwung durchzumachen hat, das *Tempo* der Belebung erheblich vergrößern.

Die besondere Schwierigkeit für eine solche konjunkturbelebende Politik der *Reichsbank* liegt nun darin, daß diese Aufgabe noch außerhalb des Gesichtskreises der Notenbankpolitik lag, als die gesetzlichen Grundlagen der Reichsbank gelegt wurden. Damals handelte es sich vornehmlich um die Verhinderung *übermäßiger* Notenausgabe, ein Ziel, mit dem sich gewisse Vorstellungen von einer *automatischen* Anpassung des Notenumlaufs an den sogenannten Geldbedarf — das Produktions- oder Umsatzvolumen — verbanden, wobei man unter dem Einfluß der

Bankingtheorie und gewisser moderner Lehren der Rediskontierung von Handelswechseln in übertriebenem Maße die Eigenschaft zuschrieb, eine solche automatische Anpassung zu gewährleisten. Ohne Zweifel verändert sich, wie man glaubte, das Handelswechselvolumen im ganzen wie der zur Notenbank gebrachte Teil im Laufe der Konjunkturentwicklung, aber praktische Erfahrungen wie einfache theoretische Überlegungen zeigen, daß diese Anpassung nicht entfernt den Grad der Genauigkeit erreicht, der notwendig wäre, um allein auf die Rediskontierung von Handelswechseln eine rationelle Konjunkturpolitik gründen zu können; genauer gesagt: das Handelswechselvolumen spiegelt zwar den Umfang der *gegenwärtigen* Produktion und des *gegenwärtigen* Umsatzvolumens in leidlich brauchbarer Weise wider, aber es reflektiert begreiflicherweise nicht das Ausmaß der *Produktionsmöglichkeiten*, auf deren Ausschöpfung doch eine rationelle Konjunkturpolitik der Notenbank in erster Linie bedacht sein muß. Alle jene älteren notenbanktheoretischen Erwägungen haben dazu geführt, daß der Geschäftskreis der Reichsbank im ganzen enger gezogen wurde als es *konjunkturpolitisch* wünschenswert wäre, und daß in gewissen Zeitpunkten auch die Bestimmungen über die Notendeckung eine *unerwünschte* Beengung der notwendigen Operationen auf dem offenen Markt darstellen können. Gerade in den letzten Monaten hat sich dies deutlich gezeigt. Die Deckung durch Gold und Devisen würde eine Erweiterung der Notenausgabe zwecks Kreditexpansion gestattet und verstärkte Operationen auf dem offenen Markt nicht verhindert haben. Betrug sie doch im ungünstigsten Falle, am 31. Oktober 1930, immer noch über 50%, abgesehen davon, daß die Reichsbank ihre weitere, der Höhe nach nicht bekannte Reserve in formell nicht deckungsfähigen Devisen ohne Schwierigkeiten in deckungsfähige Devisen verwandeln könnte. Aber tatsächlich hat es mehrere Termine im Laufe der letzten Monate gegeben, an denen das Notenausgaberecht der Reichsbank bis zum äußersten ausgenutzt war, an denen sie also selbst über so gut wie keine weitere Notenreserve verfügte, die zur Durchführung nicht deckungsfähiger Kreditgeschäfte hätte ausgenutzt werden können. So betrug am 30. September der Umfang der ausstehenden Noten 4744 Mill. RM, der Gesamtbetrag an Gold, deckungsfähigen Devisen und *Handelswechseln* 4747 Mill. RM; die Reichsbank konnte also auch einschließlich von 5 Mill. RM Rentenmarkscheinen nur über 8 Mill. überschüssige Notenreserve verfügen. Noch kleiner war diese Reserve am 31. Januar 1931, wo sie auf 6 Mill. RM herabgesunken war; am 28. Februar dieses Jahres betrug sie etwa 9 Mill. RM. Dies heißt natürlich nicht, daß die Reichsbank zur weiteren Notenausgabe unter keinen Bedingungen befähigt gewesen wäre: Gegen Einreichung von Handelswechseln hätte sie Notenausgabe und Kreditvolumen um 1,7—1,9 Milliarden RM erweitern können. Es besagt nur, daß ihre Mittel für *andersartige* Geschäfte, die zur Notendeckung nicht zugelassen sind, also für die erwähn-

ten Operationen auf dem offenen Geldmarkt, nicht zur Verfügung standen, da sich nicht annehmen läßt, daß solche Geschäfte keinerlei Bargeldbedarf mit sich bringen.

Diese Erscheinung ist nicht ganz neu, und Anregungen, das Bankgesetz aus solchen Gründen zu ändern, sind schon frühzeitig in der „Frankfurter Zeitung“ geäußert worden. Das MdW hat dem seinerzeit widersprochen aus der Erwägung heraus, daß man die gesetzlichen Beschränkungen der Notenausgabe, die immerhin aus guten Gründen eingeführt worden sind, nicht bei der ersten Gelegenheit beseitigen dürfe, wo sie in Wirksamkeit zu treten drohen. Und dann noch aus einem anderen Grunde, der, wie ich glaube, noch heute zu recht besteht, wenn man das Problem mit der „Frankfurter Zeitung“ von dem engeren Gesichtspunkt der Geldmarktversorgung am *Ultimo* betrachtet. Die genügende Versorgung des Geldmarkts mit Bargeld durch die Notenbank kann durch die erwähnten Erscheinungen niemals in Frage gestellt werden. Die geldbedürftigen privaten Depositenbanken verfügen über ausreichende Wechselbestände, durch deren Rediskontierung sie sich jederzeit bei der Reichsbank Bargeld beschaffen können, nur ziehen sie es vor, sich für die wenigen Tage des Geldbedarfs über *Ultimo* der Möglichkeit des Reichsbanklombardkredits zu bedienen, der zwar formell um 1 % teurer ist, in Wirklichkeit aber dem Kreditnehmer weniger kostet, weil er auf kürzere Zeit genommen werden kann, während der Wechseldiskontkredit — als ein Verkaufsgeschäft des Wechsels an die Reichsbank — für die ganze Lauffrist des Wechsels gilt, also für diese ganze Lauffrist Zinsen kostet. So betrug am 30. September 1930 der zusätzliche, auf dem Wege des Lombard finanzierte *Ultimobedarf* etwa 230 Mill. RM und am 28. Februar 1931 beinahe ebensoviel. Die Reichsbank hat es also offenbar in der Hand, eine stärkere Beanspruchung des Wechselkredits und eine geringere Beanspruchung des — nicht notendeckungsfähigen — Lombardkredits herbeizuführen, sei es, indem sie Lombarkontingente für *Ultimo* einführt, sei es, daß sie die Spanne zwischen Wechsel- und Lombardsatz vergrößert — ein freilich gerade konjunkturpolitisch vom Gesichtspunkt der open market-Operationen aus nicht unbedenkliches Mittel —, sei es, daß sie den Wechselrediskont erleichtert, indem sie — das geeignetste, von der Bank von Frankreich neuerdings angewandte Mittel — den Depositenbanken die Möglichkeit eines Wechselrückkaufs nach *Ultimo* eröffnet.

Es kann kein Zweifel sein, daß durch solche Maßnahmen alle geldmarkttechnischen Schwierigkeiten behoben werden könnten. Aber ebenso sicher ist, daß unter dem für uns ausschlaggebenden konjunkturpolitischen Gesichtspunkt diese Maßnahmen nicht ausreichen; denn es handelt sich im ganzen um nicht mehr als 100—150 Mill. RM Wechsel, die auf diese Weise in die Reichsbank gezogen werden könnten und ihren Notenausgabenspielraum erweiterten — ein Betrag, der auf keinen Fall ausreicht, auch wenn man

berücksichtigt, daß das gesamte Kreditvolumen in Deutschland bisher in ungewöhnlich geringem Umfang zurückgegangen ist. Unter Berücksichtigung des Geldumlaufs und der Notenausgabe in früheren Jahren wird man behaupten dürfen, daß die Reichsbank zu Operationen auf dem offenen Markt im Umfang von etwa einer halben Milliarde (= 8 % des gesamten Bargeldumlaufs) fähig sein muß, wenn sie nachhaltige konjunkturpolitische Wirkungen erzielen will. Es fragt sich, ob eine zweckmäßige Verwendung des Eigenkapitals der Reichsbank und der Mittel aus den täglich fälligen Einlagen die hier deutlich werdende Schwäche beseitigen könnte. Nur dann wäre das der Fall, wenn die genannten Beträge in der Hochkonjunktur ihre Anlage statt in Effekten in Gold, Devisen oder Handelswechseln fänden, die als eine Art *verkleideter* Notenreserve fungieren und in einem geeigneten Zeitpunkt zur vermehrten Notenausgabe benutzt werden könnten. Nun ist eine verstärkte Heranziehung von Gold und Devisen nur durch Vergrößerung der Zinsspanne dem Ausland gegenüber möglich, eine von vornherein unerwünschte Politik; kurzfristige Handelswechsel können aber nicht auf Vorrat hingelegt werden und sind in der Depression — dies war gerade der Ausgangspunkt unserer Betrachtungen! — schwer zu beschaffen.

Einer näheren Untersuchung bedürfte noch folgender Punkt: Die Reichsbank besitzt auf dem Umweg über die Golddiskontbank, deren Aktien in ihrem Besitz sind, ein beträchtliches, im Reichsbankausweis nicht erscheinendes Portefeuille an Handelswechseln (zuletzt etwa 200 Mill. RM), die sie aber erst zur Notendeckung heranziehen kann, wenn sie bei ihr rediskontiert sind. Diese Golddiskontbankwechsel werden vielfach auf ausländische Währung gestellt sein, doch dürfte eine Rücktransformation in deutsche Währung meist nicht unmöglich sein, so daß die Reichsbank über die Golddiskontbank, die als ihr Agent fungieren würde, geldverflüssigend auf dem offenen Markt eingreifen könnte: sie rediskontiert soweit als möglich Golddiskontbankwechsel und gibt diesem Institut den Auftrag, die freigewordenen Geldbeträge — d. h. die zusätzlich geschaffenen Noten — in bestimmter Weise auf dem Markt zu verwenden. Im ganzen gesehen werden aber die so flüssig zu machenden Beträge nicht übermäßig groß sein, und es scheint mir empfehlenswert, an Stelle der komplizierten Umwege, die dabei gegangen werden müßten, ein verständlicheres und geradlinigeres System der open market-Operationen zu ermöglichen.

Früher oder später wird aus allen diesen Gründen sowohl eine Erweiterung des Geschäftskreises der Reichsbank wie eine gewisse Änderung der Bestimmungen ihrer Notendeckung erforderlich werden, schon deshalb, weil sich die Reichsbank der Kooperation mit den anderen Notenbanken auf konjunkturpolitischem Gebiet nicht wird entziehen können. Sowohl in England wie in Frankreich wie in den Vereinigten Staaten ist der Gesetzgeber der Notenbank gegenüber weitherziger gewesen. Die Bank von England ist in ihrem Geschäftskreis praktisch über-

x nah mit einer Dr. Hofmann

haupt nicht beschränkt — abgesehen davon, daß ihr die Zahlungsgewohnheiten des britischen Publikums in weit größerem Maße Depositen zuführen, die sie zu Operationen auf dem offenen Markt verwenden kann, als etwa in Deutschland. Die Bank von Frankreich ist zu solchen Operationen an sich nicht befähigt, aber irgendeine Deckungsvorschrift für den nicht durch Gold gedeckten Teil ihrer Noten und Guthaben besteht nicht. Die Federal Reserve Banks sind nicht auf die Diskontierung von *Handelswechseln* beschränkt, sondern diskontieren in erster Linie die *Solawechsel der Mitgliedsbanken*, deren Grundlage *Geschäfte der Mitgliedsbanken mit den Kunden jeder Art* sein können, sofern es sich nur um kommerzielle Transaktionen handelt; diese Solawechsel, vor allem auch solche, die nur durch *Staatspapiere* gesichert sind, also praktisch unter die Kategorie des Reichsbanklombardgeschäfts fallen, dienen als Notendeckung. Die Reichsbank hingegen darf auf eigene Rechnung nicht einmal Staatspapiere kaufen, und selbst deren Lombardierung untersteht sehr engen Beschränkungen. Auch diejenigen, die den Standpunkt einer Verhütung der Inflation als den bei der Notenbankgesetzgebung maßgeblichen ansehen, werden zugeben, daß diese, aus den Erfahrungen der Jahre 1914—1923 entsprungenen Einschränkungen des Notenbankgeschäfts zu weit gehen. Denn vom Standpunkt der *Inflationsverhütung* aus mögen scharfe Vorschriften über die *Notendeckung* unerlässlich erscheinen, hingegen ist es, so gesehen, gleichgültig, wie die Notenbank ihr Eigenkapital und ihre Depositen verwendet. Man hat der Reichsbank darum die *Rediskontierung von Schatzwechseln und Schatzanweisungen bis zu einem Gesamtbetrage von 400 Mill. RM* nachträglich gestattet, und ich sehe keinen Grund, aus dem heraus man nicht die Beschränkung der Lombardierung langfristiger öffentlicher Anleihen fallen lassen sollte und darüber hinaus der Reichsbank gestatten sollte, *lombardfähige festverzinsliche Papiere* auch auf eigene Rechnung zu erwerben.

Doch, wie oben gezeigt, genügt eine solche Erweiterung des Geschäftskreises nicht, um der Reichsbank wirklich in der Depression Operationen auf dem offenen Markt in genügendem Umfang zu ermöglichen; solange ihre Noten, soweit nicht durch Gold und Devisen, durch *Handelswechsel* gedeckt sein müssen, fehlen ihr die Mittel dazu. Auf der anderen Seite wäre es bedenklich, Kredite und Investitionen aller Art in *jedem Stadium* der Konjunktur zur Deckung des nicht goldgedeckten Teils der Noten zuzulassen. Die Gefahr einer übermäßigen Kreditgewährung und der Ausnutzung der Notenbank für die Staatsfinanzen wäre allzu groß.

In Zeiten sehr stark anwachsenden Kreditvolumens kann auch der eine und wichtigste Vorteil der Handelswechsel als bevorzugte Form der Kreditgewährung nicht entbehrt werden: daß diese nämlich bei übermäßiger Kreditausweitung, die sich vor allem in Goldabfluß und Preissteigerung geltend machen würde, eine schnelle und nicht allzu schwierige Rück-

gängigmachung des Fehlers ermöglicht, indem die Notenbank auf irgendwelchen Wegen Sorge trägt, die zur Einlösung gelangenden Handelswechsel nicht in vollem Umfang zu erneuern. Daß Effektenbeleihungen der Art, wie sie private Bankinstitute vornehmen, ein Effektenportefeuille oder gar kurzfristige Kredite an den Staat eine solche schnelle Liquidierung nicht gestatten, hat die Erfahrung zur Genüge bewiesen.

Man muß deshalb die Erleichterung der Deckungsbestimmungen auf die Phase der *Depression* beschränken. Es wäre der Reichsbank etwa zu gestatten, *bis zu einem bestimmten Betrag* Noten auch dann auszugeben, wenn der nicht durch Gold gedeckte Teil keine vollständige Deckung durch Handelswechsel findet (an der Einlösung in Gold und Devisen und an der 40 %igen Mindestdeckung durch diese Aktiva darf natürlich nicht gerüttelt werden). Da der Ultimobedarf an Bargeld gegenwärtig etwa 4,2 bis 4,3 Milliarden RM Reichsbanknoten beträgt, müßte dieses Notenkontingent, für das erleichterte Deckungsvorschriften bestehen, auf etwa 4,7 bis 4,8 Milliarden RM festgesetzt werden. *Darüber hinaus* dürfte die Reichsbank Noten nur ausgeben, wenn der nicht durch Gold und Devisen gedeckte Teil des gesamten Notenumlaufs *voll* durch Handelswechsel gedeckt ist. Sobald also die kritische Grenze erreicht ist, muß die Reichsbank die weitere Notenausgabe stoppen, bis sie durch geeignete Maßnahmen in genügendem Maße Handelswechsel aus dem Verkehr zur Notendeckung an sich gezogen hat und so die Investitionen der Depressionsperiode — Effekten- und Lombardkredite — gegen ein größeres Handelswechselportefeuille ausgetauscht hat. Diese Notwendigkeit wird sie dazu bewegen, in dem Maße, in dem sich die Notenausgabe der kritischen Grenze annähert, *rechtzeitig* auf solchen Austausch bedacht zu sein, so daß bei dem Erreichen dieser Grenze nicht plötzliche Schwierigkeiten entstehen.

Diese Gedanken und Vorschläge werden hier zur Diskussion gestellt, ohne daß der Anspruch erhoben wird, damit die *endgültige Lösung* der hier zutage tretenden Probleme gegeben zu haben. Konjunkturaufschwung ist auch bei der jetzigen deutschen Notenbankverfassung möglich, weil das System der Handelswechseldeckung elastisch genug ist, um der Notenbank in der Aufschwungsphase die erforderlichen Unterlagen für die Notenausgabe zuzuführen. Aber eine *Konjunkturpolitik der Notenbank*, die diesen Aufschwung im geeigneten Moment *beschleunigen* will, kann, wie unsere Zahlen zeigten, im Rahmen der heutigen Reichsbankverfassung nur schwer durchgeführt werden, und niemand, der die *wissenschaftliche Literatur des Auslands über die Kreditpolitik der Notenbanken* und insbesondere die Praxis der angelsächsischen Notenbanksysteme näher verfolgt hat, wird leugnen, daß das Problem der Notenbankoperationen auf dem offenen Geldmarkt mit der Zeit das wichtigste und am meisten umstrittene Problem der modernen Notenbankpolitik überhaupt geworden ist.

Lit. Anmerk.

Verbürgerlichung des Proletariats?

Von Dr. Hans Speier

Infolge der gesellschaftlichen und politischen Umschichtung nach dem Kriege ist das Problem der Verbürgerlichung des Proletariats dringlich geworden. Politische Verbürgerlichung folgt aus dem demokratischen Bestreben, große Wählermassen zu gewinnen, während zugleich der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtheit der Erwerbstätigen abnimmt. Allgemeine Voraussetzungen ideologischer Verbürgerlichung sind in der technisch-zivilisatorischen Entwicklung des Kapitalismus und dem (allgemein-menschlichen) Geltungsstreben zu suchen. Als besondere Ursachen treten hinzu: die aus der proletarischen Lebenssituation erwachsende Versachlichung des Bewußtseins und eine gewisse Atomisierung der proletarischen Klasse. — Der zweite Teil des Aufsatzes wird von heute vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten, also von der sozialen Verbürgerlichung, handeln.

Verbürgerlichung des Proletariats ist ein mißverständliches Wort. Nur das eine unterliegt keinem Zweifel: Es enthält einen Angriff auf den orthodoxen Marxismus. Schon die Frage, ob das Proletariat verbürgerlicht, muß sich insbesondere der Klassenkampftheorie als „Regelwidrigkeit“ darstellen, oder jedenfalls als ein Neutrum, das man mit den Schulbegriffen, die anderen Erkenntniszwecken angepaßt sind, nicht definieren kann. Es ist deshalb kein Zufall, daß *Hendrik de Man*, der, wenn auch nicht als erster, so doch in dieser Eindringlichkeit als erster das Phänomen der Verbürgerlichung beschrieben und psychologisch erklärt hat¹⁾, im Zusammenhang mit einem psychologisch geführten Generalangriff gegen den Marxismus auf den Sachverhalt stieß.

Bemerkenswert ist, daß auch auf bürgerlicher Seite die Tragweite der ja nicht nur politisch bedeutungsvollen Frage so lange verkannt wurde. Hier war, sollte man meinen, Distanz, die Einsichten ermöglicht. Aus einer bestimmten historischen Situation heraus erwuchs jedoch in Deutschland zwischen den Klassen eine tiefe Lebensfremdheit, die wohl diese Gleichgültigkeit dem gesellschaftlichen Partner gegenüber erklärt. Daneben dürfte die Ausrichtung des bürgerlichen Bewußtseins auf das *Individuelle* den Blick für das soziale Phänomen der Verbürgerlichung getrübt haben. Wenn Intellektuelle die Verbürgerlichung des Proletariats entdeckten, begnügten sie sich oft damit, das Phänomen des „Bourgeois gentilhomme“ auf eine sozial tiefer liegende Stufe zu rücken: ein wahrhaft tragischer Vorgang wird so durch Komik verflüchtigt. Spöttern gab die Geschichte noch nie ihr ganzes Geheimnis preis, und der Spott hat hier eine subalterne Funktion: er hebt die Verantwortung der kulturell führenden Klasse gegenüber Volk und Kultur auf.

In der Diskussion über die Verbürgerlichung erhitzen sich rasch die Leidenschaften. Politik ist im Spiel, und daß Erfahrungen, die jeder leicht aufzubringen vermag, persönlich bedingt sind, wird erfahrungsgemäß leicht übersehen. Ob man — wie in gewissen Kreisen radikaler Intellektueller — über die Verbürgerlichung spottet, ob man sie, wie die Dogmatiker, deren Brevier den Gegenstand des Streites

unerwähnt läßt, nicht sieht, oder ob man schließlich, nach Art besorgter Bürger, die allgemeine Verbürgerlichung insgeheim wünscht, immer dürfte die versteckte Quelle der Begriffsverwirrung im Terminus Verbürgerlichung selber liegen, der zu allgemein ist, um bestimmt zu sein, und Mißverständnisse ermöglicht. Trotzdem scheint es zunächst förderlicher, als den vieldeutigen Begriff zu bestimmen, seine verschiedenen Ursprünge aufzuzeigen. So allein kann man eine willkürliche Einengung des Problems vermeiden.

Wir unterscheiden die *parteilpolitische* von der *ideologischen*, und diese von der *sozialen* Verbürgerlichung, freilich ohne damit sagen zu wollen, daß politisches und soziales Leben voneinander unabhängig bestehen. Eines ist auf das andere angewiesen, und die Zusammenhänge ergeben sich aus dem Folgenden von selbst.

I. Verbürgerlichung der Partei

1. Bürgerliche Intelligenz und proletarische Partei

Politische Verbürgerlichung liegt vor, wenn proletarische Parteien mit bürgerlichen Mitgliedern und Wählern erfolgreich rechnen. Auszuschalten — als in diesem Zusammenhang verhältnismäßig unwichtig — sind hier allerdings diejenigen der bürgerlichen Gefolgschaft, die sich aus *moralischen* Gründen auf die proletarische Seite schlagen. Sie fallen zahlenmäßig nicht sehr ins Gewicht, sind aber objektiv wertvoll: Je schärfer das Bildungsprivileg in der Gesellschaft ausgebildet ist, desto mehr erhöhen sie den geistigen Rang der Partei. Denn in der Regel überragen diese „Überläufer“ den intellektuellen und moralischen Durchschnitt; hätten sie sich sonst gegen die Interessen ihrer Klasse entschieden? Unwichtig für die Beurteilung der Verbürgerlichung sind sie insofern, als die werbende Partei auf sie wegen ihrer zahlenmäßigen Belanglosigkeit keine Rücksicht zu nehmen pflegt. War je eine proletarische Partei bemüht, planmäßig bürgerliche Intellektuelle für sich zu gewinnen? Der Erfolg hätte in keinem politisch und parlamentarisch ersichtlichen Verhältnis zum Aufwand gestanden. Das Problem, das *diese* bürgerlichen Intellektuellen aufgeben, ist nicht das parteisozialistische der Verbürgerlichung, sondern das

¹⁾ Zur *Psychologie des Sozialismus*, Jena, 1. Aufl. 1926.

psychologische der Abtrünnigkeit und das kultursoziologische des Verhältnisses von Sozialismus und Arbeiterbewegung: Niemand anderes als Kautsky und Lenin haben bereits vor dreißig Jahren schroff hervorgehoben, daß das „sozialistische Bewußtsein . . . etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen — nämlich durch bürgerliche Intellektuelle — Hineingetragenes“ sei, „nichts etwas aus ihm ursprünglich Entstandenes“ (Kautsky). Und man muß in der Tat dogmatisch befangen sein, um leugnen zu können, daß die sozialistische Ideologie der Arbeiter, welche allerorten „aus eigenen Kräften nur imstande waren, ein trade-unionistisches Bewußtsein auszubilden“ (Lenin), produktiv weiterentwickeltes bürgerliches Denken des 18. Jahrhunderts ist. Doch *dieser* Zusammenhang zwischen bürgerlicher Kultur und proletarischer Bewegung gehört nicht mehr in die Diskussion über die Verbürgerlichung des Proletariats.

2. Bürgerliche Anhängerschaft und Politik der Arbeiterpartei

Ausschlaggebend für die politische Verbürgerlichung ist, wie gesagt, der Block bürgerlicher Mitglieder und Wähler in der proletarischen Partei. Sieht man von den Intellektuellen ab, so ist theoretisch einleuchtend und durch die Praxis bestätigt, daß die bürgerlichen Wähler nur durch programmatisch verbürgte Interessenvertretung zu gewinnen und *nur durch wirklich durchgeführte Interessenvertretung auf die Dauer zu halten* sind. Das bedeutet aber nichts anderes, als die zwangsläufige Ausweitung der rein proletarischen Ideologie zu einer Ideologie *aller* Ausgebeuteten und Unterdrückten, wie sie aus der Geschichte der sozialdemokratischen Parteiprogramme bereits vor dem Kriege deutlich nachweisbar ist, oder sogar zur Ideologie der *Volks-gemeinschaft*, wie sie vom rechten Flügel der SPD nach dem Kriege vertreten wird. *Es bedeutet ferner ein relatives Desinteressement an der sozialen Qualität der Anhängerschaft.* Die Politik siegt über die Soziologie: Wichtiger als die einheitliche proletarische Zusammensetzung der Gefolgschaft wird ihr Umfang, mag er auch aus bürgerlichen Schichten anschwellen. Die Zahl der Mandate, nicht die gesellschaftliche Lage der Wähler gibt den Ausschlag. Der Demiurg demokratischer Politik ist das Prinzip der Majorität; auch die Partei, zu deren offiziellem ideologischem Rüstzeug die Theorie des Klassenkampfes gehört, kann sich ihm nicht entziehen, sofern sie auf dem Boden der Demokratie bleiben will. Die Statistik sagt ja überdies auch den Arbeiterparteien deutlich genug, daß der Anteil der Arbeiter an der Gesamtheit der Erwerbstätigen ständig abnimmt; während er 1895 noch 56,8 % und 1907 noch 55,1 % betrug, war er 1925 bereits auf 45,1 % gesunken.

An der Verbürgerlichung der Partei entzündeten sich alle Kämpfe innerhalb der SPD. Daß es sich auch um politisch, nicht um lediglich sozial bedingte Kämpfe handelte, läßt schon der merkwürdige Umstand vermuten, daß immer die Staatstheorie und taktische Fragen der Politik im Mittelpunkt der Aus-

einandersetzungen gestanden haben und stehen. So bereits bei dem Kampf zwischen Lassalleanern und Marxisten vor dem Einigungskongreß in Gotha 1875, so in der Kritik der „Jungen“ 1891 an der Taktik der SPD, so in der Revisionismusdebatte über das Thema Revolution oder Reform, so nach dem Krieg im Kampf der Kommunisten gegen die SPD und innerhalb der SPD zwischen linkem und rechtem Flügel über die Entscheidung für Koalition oder Opposition.

3. Umfang der politischen Verbürgerlichung

Der bürgerliche Anteil in der Zusammensetzung der proletarischen Parteien ist nicht genau zu bestimmen²⁾. Die Parteien verschweigen die soziale Zugehörigkeit ihrer Mitglieder, und die Berechnung der bürgerlichen Stimmen, die für proletarische Parteien abgegeben werden, ist in der Nachkriegszeit durch vier wichtige Tatsachen sehr erschwert: Zwei große Parteien vereinigen auf sich Wähler aus fast allen Gesellschaftsschichten: die Nationalsozialisten und das Zentrum. Ferner gibt es zwei Arbeiterparteien; ihre innere soziale Differenzierung ist ein (*statistisch unlösbares*) Sonderproblem. Außerdem stellt der abnorme Altersaufbau der Nachkriegsbevölkerung ein Unsicherheitsmoment dar, das Berechnungen der politisch-sozialen Verhältnisse erheblich stört; die Jungwähler sind allgemein radikalisiert, ohne daß unstrittige Anhaltspunkte dafür gegeben wären, welcher radikalen Partei sie im einzelnen zuneigen. Schließlich bringt es die soziale Umschichtung nach dem Kriege mit sich, daß die Begriffe „Bürger“ und „Proletarier“ unzureichend geworden sind, um die politisch-sozialen Verhältnisse wirklichkeitsgerecht zu erfassen.

Dennoch ist es möglich, den Umfang der politischen Verbürgerlichung wenigstens mit groben Zahlen anzugeben. Vor dem Kriege hat *R. Blank* in einer interessanten Arbeit die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft zu erfassen gesucht³⁾. Die Kombination der Wahlstatistik mit der sozialen Statistik führte ihn zu dem Ergebnis, daß *die bürgerlichen Elemente bereits 1893 bzw. 1898 mindestens 25 % bzw. 26 % der sozialdemokratischen Wähler ausmachten*, und daß großindustrielle Arbeiter numerisch kaum stärker vertreten waren als Angehörige des Bürgertums. In den Großstädten machte nach Blanks Berechnung der bürgerliche Stimmenanteil ungefähr ein Drittel, in einigen Großstädten sogar die Hälfte aus. Man dürfte in der Annahme nicht fehlgehen, daß im Nachkriegsdeutschland mit der regierungs- und gesellschaftsfähigen SPD der Anteil der nicht-arbeiterproletarischen Stimmen an der Gesamtheit der sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen beträchtlich höher liegt als zwanzig Jahre vor dem Weltkrieg. Nun hat *Hans Neisser* die letzte Reichstagswahl einer sozialstatistischen Analyse unterzogen⁴⁾, deren Ergeb-

²⁾ 1905/06 hat *Robert Michels* Prozentsätze für einige Städte ermittelt; vgl. „*Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen*“ im Grundriß der Sozialökonomik, IX, 1. 1926, S. 325.

³⁾ *R. Blank*, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1905, Band XX.

⁴⁾ *Dr. Hans Neisser*, Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: „Die Arbeit“, Jahrg. 1930, Heft 10.

nisse freilich den Exaktheitsgrad der Blankschen Berechnung nicht erreichen. Bei seiner Annahme, daß sich die kommunistischen Wähler „fast ausschließlich aus Industriearbeitern zusammensetzen“, folgt unter verschiedenen anderen Voraussetzungen: „rund 40 % der sozialdemokratischen Wähler sind nicht Industriearbeiter“. Bei einer Umrechnung auf KPD und SPD erhielte man also nur rund 26 % sozialistische Wähler aus nicht-industrieproletarischen Kreisen. Diese Zahl scheint uns, wie gesagt, viel zu niedrig. Wir können hier auf die Schätzungsgrundsätze Neissers im einzelnen nicht eingehen, möchten aber bemerken, daß auch der Anteil der Industriearbeiter, die weder KPD noch SPD gewählt haben, mit 20 % von Neisser zu niedrig angesetzt sein dürfte.

4. Das „Bonzentum“

Die Verbürgerlichung in dem angegebenen Sinne wird sowohl von jugendlichen Oppositionsgruppen wie insbesondere auch von Intellektuellen häufig nicht klar erkannt. Es liegt nahe, ihr etwas anderes, Deutlicheres, zu substituieren: *Die Verbürgerlichung der Führer*. Das aber ist ein besonderer Tatbestand.

„Viele Beispiele dafür liegen vor“, sagt Georges Sorel, der leidenschaftliche, in Deutschland noch immer wenig bekannte Kämpfer gegen die moderne institutionalisierte Politik, „daß ein Propagandist der Revolution, nachdem er Zutritt zu der amtlichen Welt erhalten, mit der größten Leichtigkeit ein vortrefflicher Bourgeois wird“⁵⁾. Das „Bonzentum“ rief noch stets die Moral rascher auf den Plan als die Einsicht in die Bedingungen der gebrandmarkten Zustände. Hier lassen sich Namen nennen, und Demagogen pflegen Einzelfälle erfolgreich zu verallgemeinern. Es ist bemerkenswert, daß gerade diejenigen, welche die Abhängigkeit des Individuums von den sozialen Umständen scharf betonen, ihre soziologischen Kenntnisse so rasch vergessen und zu liberalen Moralisten werden, wenn sie Kritik an ihren arrivierten Führern üben.

Das Problem der „Bonzen“ entsteht fast zwangsläufig dann, wenn sich die Bewegung einen Apparat und damit eine Bürokratie geschaffen hat. Diese ist nicht nur der Idee zudiensten, sondern steht auch unter den besonderen soziologischen Gesetzen, die in jeder Bürokratie Geltung haben. Die Utopie prallt auf die Organisation. Der Kampf zwischen Phantasie und Wirklichkeitssinn, zwischen der Idee und der Institution, die ursprünglich jene nur verwirklichen soll, sich aber bald vom Mittel zum Selbstzweck wandelt, — der Kampf zwischen Instinkt und Kalkül, macht die interne Geschichte aller proletarischen Bewegungen aus. Georges Sorel, um ihn noch einmal zu zitieren, hat diese Beziehungen aufs schärfste ironisiert: „Hat eine Partei sich an die Spitze der Revolution gestellt, so erhält die historische Bewegung eine ganz neue und durchaus unvorhergesehene Wendung; wir haben es dann nicht mehr mit einer unter der Wirkung von Instinkten handelnden Klasse

von Armen zu tun, sondern mit unterrichteten Leuten, die mit den Interessen ihrer Partei rechnen wie die Leiter von Spekulationshäusern mit dem Gelingen ihrer Geschäftsunternehmungen.“

Zwei Feststellungen sind in unserem Zusammenhang von Bedeutung: „Bonzentum“ entsteht mit einer gewissen Zwangsläufigkeit aus dem Mechanismus der Parteimaschine. Die Organisation und die steigende Zahl der Funktionäre sind Folge und Zeichen des Wachstums der Bewegung. Beides gilt jedoch grundsätzlich für jede Massenpartei, nicht nur für die Arbeiterparteien, und andererseits nicht nur für Parteien, sondern auch für andere Zweige der Arbeiterbewegung, insbesondere für die Gewerkschaften.

Bürokratisierung als solche ist nicht mit Verbürgerlichung gleichzusetzen. Sie kann lediglich insofern eine politische Verbürgerlichung begünstigen, als die Bürokratie nicht nur die Aufgabe hat, die Massen zu vertreten, sondern auch das Interesse, den Apparat vor Gefahren zu schützen. Und sie kann lediglich insofern Grundlage sozialer Verbürgerlichung sein, als Proletarier durch individuellen Aufstieg in den Apparat gelangen, als sich die ökonomische Grundlage ihres Lebens aus der Werkstatt nach dem Büro der Partei, der Presse, der Gewerkschaft usw. verschiebt, und sich den auf diese Weise Emporgekommenen das proletarische Bewußtsein mehr oder weniger trübt.

Die Schicht der politischen Bürokratie im weitesten Sinne ist der proletarischen Klasse nicht nur organisatorisch, sondern auch sozial übergeordnet, ein Umstand, der durch die gleichsam monopolistische Kenntnis der politischen und gewerkschaftlichen Technik besonders eindringlich wirkt. Das Interesse der proletarischen Sache erfordert vom Funktionär Anpassung an bürgerliche Formen und Konventionen. Man fügt sich — und muß sich weitgehend fügen — dem Geist der Institution, in der man mit dem bürgerlichen Gegner zusammentrifft; dieser Geist aber ist nicht proletarisch. Als 1913 der erste Sozialdemokrat ins Reichstagspräsidium einzog, fragte ihn Bebel zunächst, ob er einen Gehrock habe.

Die Dynamik der institutionalisierten Politik bewirkt, daß die sozialen Schranken zwischen den Klassen zuerst zwischen den Menschen fallen, deren Beruf sich an die Existenz dieser Schranken knüpft. Die hohen Funktionäre verschiedener Klassen ähneln in der Regel einander mehr, als die Klassen, deren Vertretung ihnen obliegt, voneinander abstecken.

II. Ideologische Verbürgerlichung

Wir haben Verbürgerlichung einen tragischen Vorgang genannt. Dieses starke Wort rechtfertigt sich aus der Erfahrung, daß Milderung des ökonomischen Drucks den Emporsteigenden zwar die Möglichkeit größerer Freiheit, aber häufig damit nur die Wirklichkeit einer intimeren Knechtschaft bringt: denn das Proletariat ist das Produkt der kapitalistischen Wirtschaft und die aufsteigenden Proletarier arrivieren in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Wenn auf der einen Seite der Kapitalismus

⁵⁾ Zitate aus Georges Sorel, *Die Auflösung des Marxismus*. Gustav Fischer, Jena, 1930. S. 40 und 38.

bei der Befriedigung der Bedürfnisse, die er jeder Gesellschaftsschicht zu bieten trachtet, nicht nach dem Kulturwert der Bedürfnisse fragt, so richtet sich andererseits das Proletariat in seiner Lebensgestaltung weitgehend an den Vorbildern aus, die es höheren Schichten unmittelbar — durch Anschauung — oder mittelbar — aus Darstellungen — entnimmt. Beides trifft sich und schafft oder erweitert doch zumindest den Markt für die Kultursurrogate, die Masseluxusindustrien, für den Kitschfilm, den Kitschroman und für die Mode sozial herabgesunkener Kleider, Möbel und dergleichen. Und nur, weil Kultursurrogate nachgefragt werden, kann man die Verbürgerlichung des Proletariats einen tragischen Vorgang nennen.

Unter Berufung auf die wirtschaftliche Vernunft und auf das Vorhandensein von Massenbedürfnissen setzt der Kapitalismus im Privatleben fort, was er an der Arbeitsstätte oft nur der resignierenden Ungeduld abringt: die Egalisierung des Menschen. Ob man den dabei erreichten Erfolg als Verbürgerlichung bezeichnet oder als Verdinglichung, ist ziemlich gleichgültig. Entscheidend und wesentlich ist, daß Werte niedrigen Niveaus vom Proletariat hingenommen und anerkannt werden, für deren Setzung nicht proletarische, sondern bürgerlich-kapitalistische Schichten verantwortlich sind.

1. Ihre allgemeinen Voraussetzungen und Ursachen

a) Wirtschaftliche und soziale

Die Motive und Tatsachen, aus denen die Verbürgerlichung erwächst, sind außerordentlich verschlungen und mehrdeutig; sie scheinen sich überdies der theoretischen Verallgemeinerung zu entziehen. Zunächst gilt es, die Beobachtung festzuhalten, daß die größten Unterschiede des Einkommens zwischen der obersten und der untersten Grenzschicht der Gesellschaft keineswegs eine Verbürgerlichung anderer Schichten ausschließen. Nicht die Spanne zwischen Reichtum und Glanz auf den Höhen und dem dunkeln Elend in der Tiefe ist entscheidend für Möglichkeit und Grad der Verbürgerlichung. Beides hängt vielmehr von der sozialen und ideologischen Aufgeschlossenheit der Klasse ab. Je strenger die Klassen voneinander getrennt sind, desto weniger Angleichungsmöglichkeiten bieten sich. Und umgekehrt setzt Verbürgerlichung einen gewissen Abbau der Schranken voraus. Dieser Abbau kann ideologisch erfolgen — ohne daß sich an der sozialen Klassenschichtung etwas zu verändern braucht — was zweifellos schon durch Bildung und Erziehung der Jugend geschieht, die, wie es in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht anders zu erwarten ist, von bürgerlichem Geist getragen sind. Entgegengesetzte Bestrebungen sind Ausnahmen, welche die Regel bestätigen. Die treibende wirtschaftliche Kraft, welche auf den ideologischen Abbau der Klassenschranken entscheidend einwirkt, liegt in der technisch-zivilisatorischen Entwicklung des Kapitalismus beschlossen: Erst Kino, Radio und Presse ermöglichen es ihm, das Bewußtsein der Masse auf eine un-

politische Weise zu formen. Dieselben Filme laufen im Osten und Westen der Städte, ein großer Teil der Zeitungen wendet sich erfolgreich an alle Schichten des Volkes, und die proletarische Presse ist, besonders in den nichtpolitischen Teilen (Sport, Feuilleton, Lokales, Prozeßberichte usw.) gezwungen, aus Konkurrenzgründen den bürgerlichen Blättern nachzueifern. Auch Rundfunk zu hören, ist kein Klassenprivileg.

Die ideologische Überbrückung der sozialen Schranken ändert an sich, wie gesagt, noch nicht die wirkliche gesellschaftliche Schichtung. Mit anderen Worten: Ideologische Verbürgerlichung ist nicht dasselbe wie Aufstieg. Dieser ermöglicht jene, aber es wäre oberflächlich, jene mit diesem zu verwechseln. Ein Abbau der sozialen Schranken findet erst statt, wenn Schichtwechsel von Proletariern in nennenswertem Umfang vorkommt. Hier ist zu bemerken, daß soziale Verbürgerlichung nicht zwangsläufig mit ökonomischer Aufbesserung verbunden sein muß, wie es ja auch umgekehrt möglich ist, daß sich der Reallohn für bestimmte Arbeiterkategorien erhöht, ohne daß ein Übergang in eine fremde Klasse erfolgt. Wenn Aufstiegsmöglichkeiten größeren Umfangs vorhanden sind, verliert das proletarische Dasein an Schicksalhaftigkeit, und das proletarische Bewußtsein, auf einem verlorenen Posten zu stehen, wird geschwächt. Daher vermindert der Abbau der sozialen Schranken die Spannungen innerhalb der Gesellschaft, den Widerstand des Proletariats gegen den Kapitalismus und in der Regel damit auch gegen die Verbürgerlichung.

b) Das „Geltungsstreben“

Um diese unvermeidlichen systematischen Darlegungen abzuschließen, müssen noch zwei Beziehungen klargelegt werden. Erstens: die ideologische Verbürgerlichung ist von Hendrik de Man zum wesentlichen Teil auf das *Geltungsstreben des Proletariats* zurückgeführt worden; auf die Bemühung, mehr zu scheinen, als man ist. De Man nennt sie Ausgleichsstreben sozialer Minderwertigkeitskomplexe. Dieser psychologische Faktor ist in der Tat wichtig. Günther Dehn, welcher einen sehr interessanten Beitrag zur Psychologie des Berliner Proletariats geliefert hat⁹⁾, berichtet, ihm sei nicht vorgekommen, daß ungelernete junge Arbeiter längere Zeit in einem Verein geblieben seien, dessen Mehrheit aus gelernten Arbeitern bestand. Ich selbst habe bei meiner Tätigkeit in der Arbeiterbildung Entsprechendes erfahren. So antwortete mir ein junger linksstehender und politisch aktiver Maler auf die Frage, warum sich die Maler so offensichtlich von den Maurern absondern: „Die arbeiten doch ohne Schlips und Kragen.“ Der Begriff Proletariat erweist sich bei näherem Zusehen als ein Durchschnitts- oder Idealtypus, in dem die Wirklichkeit mit ihren vielfältigen Beziehungen weltanschaulicher, beruflicher, landschaftlicher und sonstiger Art fast zum Schemen erblaßt ist. Es ist keine

⁹⁾ „Proletarische Jugend, Lebensgesinnung und Gedankenwelt der großstädtischen Proletarier-Jugend“, Berlin 1929.

Frage, daß insbesondere die vom Proletariat selbst bis ins feinste abgestufte Einschätzung der proletarischen Arbeit ein Hinweis auf das Vorhandensein solchen Geltungsstrebens ist. *Aber dieses Streben findet sich nicht nur im Proletariat, sondern bei allen Schichten der Gesellschaft.* Es ist ferner keine Erscheinung des modernen Kapitalismus, sondern schon oft von guten Beobachtern bemerkt. Bereits Mandeville hat es — 1723 — auf das geistreichste in seiner Bienenfabel beschrieben. Bei einer Untersuchung der *besonderen* Motive und Tatsachen, die eine Verbürgerlichung begünstigen, kann also von diesem *allgemeinen* Motiv abgesehen werden.

Zweitens ist der Umstand, daß Proletarier an der Nutzung zivilisatorischer Errungenschaften in einem bestimmten Maße beteiligt sind, nicht ohne weiteres eine Verbürgerlichungserscheinung. So wäre es beispielsweise auch verfehlt, die aus der neuen Erhebung über Arbeiterhaushaltsrechnungen ersichtliche Tatsache, daß der Ausgabenanteil für Bekleidung gewachsen ist, als Hinweis auf eine solche Erscheinung zu deuten. Diese Deutung wäre nur erlaubt, wenn es zum Wesen des Proletariats gehörte, in Lumpen zu gehen oder doch sich billiger zu kleiden. Verbürgerlichung in dem hier gebrauchten Sinn: als bestimmte Bewußtseinshaltung, also unterschieden von Aufstieg, steht in Beziehung zu Werten, nämlich zu Werten niedrigen Niveaus, und nicht zu Geldquantitäten.

2. Besondere Gründe: Versachlichung des Bewußtseins, Atomisierung der Klasse

Das politische Bewußtsein des Proletariats entsteht aus der sozialen Lage der Klasse — also endogen —, die Kulturanschauungen aber werden exogen von anderen Klassen beeinflusst, und zwar offensichtlich so stark, daß sich nicht selten kleinbürgerliches Bewußtsein in Kulturfragen mit proletarischem Radikalismus in politischen Dingen verträgt.

Proletarier wissen die unmittelbaren Lebenssachen, wie die der Arbeit, des Betriebes und dergleichen, welche sie aus täglicher Erfahrung kennen, sachlich, mit unbestechlicher Klarheit und erstaunlich nüchternen Präzision zu beurteilen und wiederzugeben. Aber die Phantasie ist infolge der starken Wirklichkeitsgebundenheit des proletarischen Menschen ärmer, als die der Angehörigen höherer Schichten⁷⁾. Daher gerät sie leicht in Abhängigkeit von Konventionen. Hier, wo sich das Sachlich-Praktische nicht mehr im Vordergrund hält, ist der Widerstand gegen fremde Einflüsse gering, hier setzt die Kritik aus. So wird diese Verarmung des Phantasielebens ein günstiger Boden der *Verbürgerlichung* sein, denn im Zusammenhang mit relativem Phantasieausfall zeigt sich eine Schwächung des kritischen Vermögens sowie der ästhetischen und religiösen Kräfte. „Religion braucht man nicht bei der Lehrlingsprüfung,

aber Stenographie.“ Das ist die Feststellung eines jungen Proletariats⁸⁾.

Es ist wichtig hervorzuheben, daß Versachlichung des Bewußtseins und Wirklichkeitsgebundenheit der Phantasie bei *allen* Schichten des Proletariats vorhanden sind, denn die tiefsten Wurzeln liegen in den allgemeinen Bedingungen der proletarischen Arbeit. Zugespitzt: Bei arrivierten Schichten („Arbeiteraristokratie“) treten nur deshalb Verbürgerlichungserscheinungen besonders deutlich auf, weil *der soziale Aufstieg die Entfaltung der in der ganzen Klasse — also auch bei den verelendeten Schichten — vorhandenen Anlagen gestattet hat.* Für Kulturpolitiker des Proletariats ergeben sich aus diesen Umständen zwei durchaus verschiedene Richtlinien des Handelns: Entweder sie knüpfen die Entwicklungsmöglichkeiten einer proletarischen Kultur lediglich an den Umsturz des kapitalistischen Systems. Dann gelten alle Kräfte, die sich nicht auf die Vorbereitung dieses Umsturzes sammeln, als fruchtlos zersplittert, und streng genommen, muß dann jegliche Kulturpolitik im Kapitalismus einem Verrat an der proletarischen Klasse gleichgeachtet werden. Von einem anderen Gesichtspunkt aus wird diese Ver-tagung der Kulturpolitik auf die Zeit einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abgelehnt: innerhalb des Systems muß die Abwehr gegen die kapitalistische Kultur organisiert, der proletarische Kulturwille geweckt, gefördert und gesteigert werden⁹⁾. In der Tat werden ernsthafte Anstrengungen für eine solche „*Entbürgerlichung*“ in den proletarischen Kulturorganisationen gemacht (Kinderfreunde-Bewegung, Arbeiterjugend-Organisationen, Arbeiterwohlfahrt, Freidenker-Organisationen, Arbeitersport- und Sängerbünde usw.). *Dabei besteht freilich die Gefahr, der Verbürgerlichung, statt sie zu unterbinden, nur einen besonderen organisatorischen Rahmen gegeben zu haben.* Und die Erfahrung lehrt, daß man diese Gefahr nicht immer bannen kann. Während sich das Proletariat innerhalb der Gesellschaft gleichsam eine eigene Gesellschaft aufbaut, während es oft hört und gerne glaubt, der bürgerlichen Kultur damit etwas Proletarisches Eigenes entgegengesetzt zu haben, feiert der verfemte Geist mitunter gerade dort seine Auferstehung, wo man zusammenkommt, um ihn zu bekämpfen.

Weiterer Vorschub dürfte der Verbürgerlichung im modernen hochrationalisierten Betrieb geleistet werden. Es sei hier nur erwähnt, daß Aussagen von Proletariern vorliegen, das Akkordsystem in Verbindung mit fließender Fertigung führe zu einer Aushöhlung des Solidaritätsgefühls der Belegschaft¹⁰⁾. Das Interesse am möglichst hohen Lohn dränge die Kollegialität

⁷⁾ Vgl. Günther Dehn a. a. O., S. 198.

⁸⁾ Eine gute systematische Darstellung dieser Zusammenhänge von katholischer Seite aus enthält das Buch von Desiderius Breitenstein O. F. M. „*Die sozialistische Erziehungsbewegung. Ihre geistigen Grundlagen und ihr Verhältnis zum Marxismus*“, Herder & Co., Freiburg 1930. Der Verfasser gibt auch eine Übersicht über die verschiedenen Richtungen der sozialistischen und kommunistischen Erziehungsbewegung.

¹⁰⁾ Belege z. B. in der aufschlußreichen Arbeit von Georg Beyer „*30 junge Arbeiter berichten von ihrem Leben*“ (Niederschriften der Jugendkürshörer des Freigewerkschaftlichen Seminars für Sozialwissenschaften in Köln) in „*Kulturwille*“, Leipzig, September- und Oktoberheft 1930.

und das Kameradschaftsgefühl zurück. So sind gerade diejenigen — von allen Sozialpädagogen als besonders wertvoll erkannten — *ethischen Kräfte des Proletariats von der Gefahr der Zerstörung bedroht, die am ehesten der Verbürgerlichung entgegenwirken können.* Die Atomisierung des Proletariats braucht zwar die politische Solidarität nicht unmittelbar zu berühren, aber sie dämpft ihr Pathos, da sie das Lebensgefühl des einzelnen Menschen verengt und die Resignation fördert. „Auf meine Frage, wofür interessiert ihr euch?“ — berichtet Dehn — „wurde ja immer zuerst geantwortet: Für Sport. Dann kam:

für unseren Beruf oder für technische Fragen, dann erst wurde Politik genannt... Bei alledem ist dann freilich die Zahl der politisch völlig Uninteressierten doch außerordentlich groß. *Es gibt sehr viele Jungen und Mädchen, die ein völlig privatisiertes Denken haben.* Man will gar nichts weiter, als einfach seinen Weg gehen, mit der stillen Hoffnung, irgendwie und irgendwo in eine leidlich gesicherte kleinbürgerliche Lebensstellung hineinzukommen, von der man dann gleichmütig das Leben um sich herum ablaufen sehen lassen kann.“ (Günther Dehn a. a. O., S. 49.)

(Schluß folgt)

Neue Aufgaben für die Wohnungsfürsorgegesellschaften

Von * * *

Das Wohnungsprogramm der Regierung Brüning hat im Verein mit den Anträgen der Deutschen Volkspartei im Reichstag und im Landtag die Frage akut werden lassen, ob die preußischen Wohnungsfürsorgegesellschaften in der gegenwärtigen Form aufrechterhalten werden können. Gedacht als Träger öffentlicher Wohnungspolitik, haben sie durch ihre Tätigkeit den Widerspruch privater Wirtschaftskreise hervorgerufen, sich selbst aber aus den verschiedensten Gründen nicht die Monopolstellung schaffen können, die der Gesetzgeber beabsichtigte. Wenn man die Gesellschaften nicht ganz aufgeben will, ist nach Ansicht des Verfassers, der mit den hier behandelten Problemen besonders gut vertraut ist, eine Wandlung ihrer Betätigung in der Richtung anzustreben, daß sie Träger des zweitstelligen Hypothekarkredits werden. Dieser ist aufzubauen auf dem Grundsatz der Mobilisierung des vorhandenen Hauszinssteuerhypotheken-Vermögens der öffentlichen Hand.

Das Wohnungsprogramm der Regierung Brüning hat zum erstenmal den Blick auf die Frage gelenkt, wie sich die öffentliche Subventionspolitik auf dem Gebiet des Wohnungsbaus gestalten soll, im Hinblick auf den Zeitpunkt, da der Wohnungsmarkt wieder dem freien Gesetz von Angebot und Nachfrage überlassen werden kann. Von entscheidender Bedeutung hierfür ist die Auffassung des Kabinetts, daß die Unterstützung des Wohnungsbaus mit öffentlichen Mitteln nach einer Reihe von Jahren einzustellen sei. Ob es richtig ist, daß das schon — oder erst — im Jahre 1936 der Fall ist, soll hier nicht erörtert werden. Die Tatsache als solche läßt es notwendig erscheinen, schon jetzt darüber Klarheit zu schaffen, was unter diesen Umständen aus den preußischen Wohnungsfürsorgegesellschaften werden soll, ob auch diese dann verschwinden oder zu Dauereinrichtungen umgestaltet werden sollen. Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag und im Preußischen Landtag den Antrag gestellt, die Wohnungsfürsorgegesellschaften abzubauen. Es scheint, als ob diese Frage auch schon die zuständigen Stellen im Preußischen Wohlfahrtsministerium bewegt, denn es soll ein Referentenentwurf ausgearbeitet worden sein, der den Gesellschaften eine gesetzliche Fundierung geben will. Trifft dies zu, so gewinnen die Dinge um so mehr an Bedeutung, als bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des

Preußischen Landtags das Gesetz Aussicht auf Verwirklichung hätte, während Neuwahlen eine Parteilokustellation bringen könnten, die eine Annahme zumindest in Frage stellt.

Welches ist zur Zeit die gesetzgeberische Grundlage der Gesellschaften? Im Jahre 1918 hatte der Landtag das zuständige Ministerium ermächtigt, 20 Millionen zur Beteiligung an geeigneten gemeinnützigen Wohnungsbauträgern zur Verfügung zu stellen. Man hat es damals für richtig gehalten, diesen Betrag nicht durch Beteiligung an vielen kleinen Gesellschaften oder Genossenschaften zu verzetteln, sondern hat im Laufe der Jahre durch Neugründung oder Umbildung bestehender Gesellschaften in jeder preußischen Provinz eine sogenannte *provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaft* aufgezogen, die jeweils als Heimstätte unter Zusatz des Namens der betreffenden Provinz firmiert. So haben wir heute eine Ostpreussische Heimstätte, eine Westfälische Heimstätte, eine Schlesische Heimstätte und so fort. Kapitalmäßig hat sich der Staat bei allen Gesellschaften dadurch genügenden Einfluß gesichert, daß er mindestens über 50 % des Gesellschaftskapitals verfügt. In die übrigen 50 % teilen sich Provinz, Kreise, Städte, Landesversicherungsanstalt, große Baugesellschaften, Baugenossenschaften usw. Die Gesellschaften haben also ausgesprochen öffentlichen Charakter. Gegenwärtig ist es dem Res-

sortminister überlassen, diese Regelung beizubehalten bzw. den Beteiligungsumfang des Staates zu erweitern, zu schmälern oder ganz aufzugeben. Es liegt auf der Hand, daß dieser Zustand eine gewisse Unsicherheit in die Führung der Geschäfte und die Inangriffnahme großer Aufgaben auf lange Sicht gebracht hat. Wenn man aber diesen Zustand bisher nicht geändert hat, so liegt das nicht daran, daß man die Schwäche der gegenwärtigen Lösung nicht erkannt hätte, sondern an Dingen, die sowohl im Bereich der Politik liegen als auch in Wesen und Entwicklung der Gesellschaften selbst ihre Ursache finden.

Antriebsmoment für die Schaffung der Gesellschaften war die übergroße Wohnungsnot nach dem Kriege, der tiefere Sinn ihrer Gründung aber lag in der Erkenntnis der irreparablen Kulturschäden unserer wohn-technischen Entwicklung in der Vorkriegszeit. Unter der Devise „Jedem Heimkehrer sein Heim“ wollte der Staat mit allen Mitteln die Tendenz zur Mietskaserne aufhalten und schuf sich zu diesem Zweck Instrumente, die in jeder Provinz die zentralen Auffang- und Sendestationen seiner wohnungspolitischen Bestrebungen werden sollten. In der Praxis entwickelte sich daraus eine öffentliche Treuhändertätigkeit der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften in allen technischen, finanziellen und organisatorischen Belangen des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Der Werdegang der Gesellschaften hat sich jedoch nicht reibungslos vollzogen, denn sie wurden sehr bald Prellbock für die teilweise nicht unberechtigten *Abwehrmaßnahmen* der Privatwirtschaft, die mit der öffentlichen Wohnungspolitik der Nachkriegszeit nicht einverstanden war. Die Gesellschaften hatten sich während der Inflationsjahre unter dem Druck der Geldentwertung eigene Baustoffbetriebe zugelegt, die in einzelnen Fällen bei Eintritt stabiler Verhältnisse nicht unerhebliche Verluste aufzuweisen hatten. Erklärlicherweise riefen diese Maßnahmen die Baustoffwirtschaft zu energischer Abwehr auf den Plan mit dem Erfolg, daß den Gesellschaften eine weitere Betätigung im Baustoffhandel oder in der Baustoffherzeugung untersagt wurde. Aber auch heute noch sind nicht alle Reste dieses damaligen Geschäftszweiges verschwunden. Es hat im Verlauf der Jahre weiterhin aus dem Kreise der freien Architektenschaft eine gewisse Animosität gegen die Gesellschaften eingesetzt, da der mangelnde Auftragsbestand an anderen geeigneten Objekten den Architekten seine Betätigung mehr als vor dem Kriege auch im Kleinwohnungsbau suchen ließ. Vor allem hat sich der Bund deutscher Architekten gerade in jüngster Zeit in scharfer Form gegen das technische Monopol der Gesellschaften gewandt. Zum Teil hat auch das Privatunternehmertum sich durch die preisregulierende Tätigkeit der Gesellschaften beeengt und benachteiligt gefühlt, in der Regel allerdings un begründet, da gerade bei der bauwirtschaftlichen Hausse der vergangenen Jahre Ringbildungen der Unternehmer nachteilig auf den Baumarkt einwirken konnten. Auf der anderen Seite hat aber das Unterneh-

merium anerkannt, daß durch die Betreuungstätigkeit der Gesellschaften ihr sonstiges Kundenrisiko ausgeschaltet wurde. Schließlich hat man die Gesellschaften auch in den Kreis der dafür Verantwortlichen hineingezogen, daß der private Bauherr gegenüber dem gemeinnützigen Wohnungsbau bei der Zuteilung von öffentlichen Mitteln benachteiligt würde. Diese Angriffe haben insofern ihr Ziel verfehlt, als die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften nur in verschwindendem Maße unmittelbar über ein Hauszinssteuerhypotheken-Kontingent — und das überhaupt erst in den letzten beiden Jahren — verfügen konnten.

Zu diesen von außen herangetragenen Widerständen, die den Gesellschaften unzählige Angriffe in Presse und Parlament einbrachten, traten nun noch *funktionelle Schwierigkeiten*, die auf einer gewissen Systemlosigkeit des Aufbaus beruhen. Weder horizontal noch vertikal geben die Gesellschaften einheitliche Querschnitte. Die innenbetriebliche Organisation zeigt ein sehr vielgestaltiges Bild, die vertikale Verankerung ist nach unten ausgesprochen uneinheitlich, wie Art und Zahl der Tochtergesellschaften es deutlich beweisen, und nach oben in der Entwicklung steckengeblieben, indem sie sich in der Schaffung eines mehr oder minder behinderten Reichsverbandes erschöpfte. Alle diese Mängel hätten durch eine straffe Zentralisierung in der Form einer Holding-Gesellschaft ausgeglichen werden können. Damit wären von vornherein auch zwei weitere Widerstände beiseite geräumt worden, die den Gesellschaften insbesondere für die Zukunft noch erwachsen werden. Die eine Schwierigkeit liegt in der Unterhöhlung ihres Aufgabengebiets durch die Deutsche Bau- und Bodenbank, die das Reich als zentralen Zwischenkreditgeber für die gesamte Bauwirtschaft zu einer sehr mächtigen Institution entwickelt hat. Wenn man bedenkt, daß gerade die laufende Zwischenkreditierung von Bauforderungen eine der kaufmännischen Hauptaufgaben der Treuhändertätigkeit der Gesellschaften darstellen sollte, dann ist man sich auch der Bedeutung bewußt, die die Schaffung einer Holding-Gesellschaft als den zentralen Geldgeber und Anleihenehmer für alle Gesellschaften gehabt hätte. Es liegt auf der Hand, daß ein Bankinstitut wie die Bau- und Bodenbank den Wohnungsfürsorgegesellschaften sehr wesentliche Aufgabengebiete entziehen kann.

Daneben hat man noch aus dem technischen Aufgabekreis Teile herausgeschnitten, die man bisher stets als fundamentalen Beweisgrund für die Daseinsberechtigung der Gesellschaften herausgestellt hatte. Wohnungsreform mit dem Streben nach technischer, wirtschaftlicher, hygienischer und ästhetischer Vollendung und die Durchsetzung aller bauwirtschaftlichen Kreise mit den Ideen der Rationalisierung war, wie gesagt, ein Hauptantrieb für die Gründung der Gesellschaften. Auch hier wieder hat der Mangel an einheitlichem Handeln bei Reich und Preußen in der Gestalt der „Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bauwesen“ den Gesellschaften eine Schmälern ihrer Existenzgrundlage gebracht.

Alle diese Mängel hätten in ihrer Wirksamkeit erheblich abgeschwächt werden können, wenn die Fürsprecher der Gesellschaften diesen von Anfang an die alleinige Trägerschaft für das gesamte Hauszinssteuerwesen übertragen hätten. Von geringfügigen Beträgen abgesehen, hat man sich aber von vornherein dieser Möglichkeit begeben, indem man das Recht auf Bewilligung der Hypotheken in die Hände der Kommunen legte. Damit wurde die Stellung der Gesellschaften, die an sich schon alle Hemmnisse einer Neuerscheinung zu überwinden hatten, in doppelter Hinsicht hörig, hörig gegenüber den zu gewinnenden Kunden, hörig gegenüber den die Hypotheken bewilligenden Gewalten. Dieser Mangel trat insbesondere in Erscheinung, als bedeutsame politische Faktoren, mit denen der Wohnungsbau in der Nachkriegszeit ja leider immer belastet war, auf der Grundlage gewerkschaftlicher Koalitionen Einrichtungen aufkommen ließen, die dem Wesen der Wohnungsfürsorgegesellschaften sehr nahe kamen. So haben sich die freien Gewerkschaften in der Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft) ein Instrument geschaffen, das den Wohnungsfürsorgegesellschaften mitunter als ausgesprochener Konkurrent gegenübergetreten ist. In ähnlicher Weise, allerdings nicht so bewußt parteipolitisch, hat auch die Gagfah (Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten), in der Hauptsache getragen von der Reichsversicherungsanstalt, die beabsichtigte Monopolstellung der Wohnungsfürsorgegesellschaften vereitelt.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die Stellung der Gesellschaften sehr problematisch ist. Auf der einen Seite stoßen sie sich mit Reservaten, die man lieber, wie bisher, der Privatwirtschaft überlassen sollte, zum anderen steht außer Zweifel, daß ihre anfängliche Idee derart verwässert und wirkungslos geworden ist, daß die Frage nach ihrer Zukunft tatsächlich nicht der Berechtigung entbehrt.

Bei der Beurteilung dieser Frage sollen die oben erwähnten Mängel im Aufbau außer acht bleiben, es soll lediglich von dem ausgegangen werden, was als Endziel bei der Schaffung der Gesellschaften beabsichtigt war. Die Fragestellung lautet deshalb: Ist der Bestand der Gesellschaften für jemand von Nutzen, und wenn ja, für wen? Die Antwort muß nach zwei Seiten gegeben werden. Nutzen kann für den Bauherrn entstehen, gleich, ob es sich um einen Einzelbauherrn, eine Kommune, Genossenschaft oder einen Bauverein handelt. Die Tätigkeit der Gesellschaft kann aber auch volkswirtschaftlich von Vorteil sein.

Ohne Zweifel ist die *treuhänderische Tätigkeit der Gesellschaften*, vor allem unmittelbar nach dem Kriege und in den Inflationsjahren, für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen. Die zahlreichen Neugründungen von Baugenossenschaften sind durch fürsorgliche Beratung der Gesellschaften vor ganz erheblichen Nackenschlägen bewahrt worden, oft wurde überhaupt erst durch Mitwirkung der Gesellschaften die Bildung der erforderlichen Genossenschaften

möglich. Gewiß haben die Gesellschaften auch dort, wo es an geeigneten Privatarchitekten fehlte, insbesondere auf dem flachen Lande, Vorbildliches auf dem Gebiet der Wohnungsreform leisten können, und mit aller Objektivität muß anerkannt werden, daß die gegenüber der Vorkriegszeit ja viel kompliziertere Finanzierungsmethode vielfach erst durch die Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaften die richtige Erkenntnis in der Praxis gefunden hat.

Nachdem sich aber die Verhältnisse in der Bauwirtschaft und im Baugenossenschaftswesen mehr oder minder konsolidiert haben, erhebt sich immer häufiger die Frage: Wo liegt für eine gut fundierte Baugenossenschaft der Wert einer Betreuung durch die Wohnungsfürsorgegesellschaften? Man überlege doch einmal: Als Zwischenkreditgeber tritt oft mit günstigeren Zinssätzen die Bau- und Bodenbank auf, örtliche Sparkassen schalten sich immer häufiger gern als Geldgeber dazwischen. Die private Architektenschaft arbeitet laufend weiter erfolgreich an der rationellen Lösung des Kleinwohnungsgrundrisses und zeigt auch in ihren Gebührensätzen dieser Form des Wohnungsbaus besonderes Entgegenkommen. In die Gesetzgebung über die öffentliche Finanzierung ist eine gewisse Beständigkeit gekommen. Die Hauszinssteuerhypotheken werden letzten Endes unbeeinflusst durch die Wohnungsfürsorgegesellschaften von den Kommunen verteilt und bewilligt. Schließlich wird der Umfang der öffentlichen Subventionierung, wie schon anfangs gesagt, immer mehr zurückgehen. Es ist daher an der Zeit, es einmal mit aller Offenheit auszusprechen, daß die Tätigkeit der Gesellschaften steigend von Jahr zu Jahr ein Buhlen um die Gunst der Bauherren gewesen ist, ein krampfhaftes Bemühen um neue Aufgaben, ein mit mehr oder minder starken Druckmitteln unterstütztes Suchen nach Möglichkeiten, sich tunlichst den ganzen Wohnungsneubau der Provinz zu erobern. Und es blieb letzten Endes einem aner kennenswerten Aufwand von Energie und einem nicht aner kennenswerten Aufwand von Geld doch nur ein relativ sehr bescheidener Erfolg beschieden.

Und damit ist eigentlich auch schon die Antwort auf die zweite Frage gegeben. Die Gesellschaften könnten eine *volkswirtschaftlich nützliche Tätigkeit* ausüben. Dann aber müßte ihre Stellung auch tatsächlich eine Monopolstellung im wahren Sinne des Wortes sein. Kein Pfennig an öffentlichen Mitteln dürfte anders als über sie verausgabt, keine Wohnung anders angesetzt werden als an dem von ihnen bezeichneten Standort, bezeichnet nach kritischer Prüfung aller arbeitsmarkt-, wohnungspolitischen und verkehrstechnischen Momente. Dann wären sie eindeutige Träger einer bewußten Planwirtschaft, zu der man nur noch vom weltanschaulichen Standpunkt Stellung zu nehmen brauchte. In ihrer gegenwärtigen Verfassung aber sind sie nichts Ganzes und nichts Halbes. Deshalb kann die Forderung jedes wirtschaftlich Denkenden nur dahingehen, daß die Tätigkeit der Gesellschaften in ihrer jetzigen Form beendet

wird, oder daß sie unter Herausstellung einer klaren Aufgabe in einer Weise umgewandelt werden, daß sie sich sinnvoll in den wirtschaftlichen Organismus einschalten und eine tatsächliche Lücke in ihm ausfüllen.

Es bleibt zu prüfen, ob es eine solche Aufgabe gibt, und wenn ja, ob die Wohnungsfürsorgegesellschaften zu ihrer Durchführung geeignet sind, gegebenenfalls unter welchen Abwandlungen ihrer augenblicklichen Form. Die Antwort auf die Frage nach einer geeigneten Aufgabe kann eindeutig mit ja beantwortet werden. Es ist sogar eine sehr große und eine sehr notwendige Aufgabe, die die Zukunft für die Wohnungsfürsorgegesellschaften in ihrem Schoße hält: die *Lösung des Problems der zweitstelligen Hypothek*. An diese Aufgabe muß in allernächster Zeit mit größter Energie herangegangen werden, denn eines Tages werden wir vor der Frage stehen, was an Stelle der jetzigen Hauszinssteuerhypothek zu setzen sei. Man hat den für die Wohnungsproduktion bestimmten Teil der Hauszinssteuer bereits für das Jahr 1931 erheblich gekürzt; man wird die Hauszinssteuer, wenn man sie nicht ganz beseitigt, künftig in noch größerem Umfang zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs heranziehen müssen. Deshalb sollte man vorbeugen und der kommenden Entwicklung die Wege ebnen.

Noch ein anderer Gesichtspunkt ist zu berücksichtigen: So dringend der Wohnungsbau gegenwärtig auch noch erscheinen mag, so werden wir doch einmal davon abgehen müssen, immer wieder neue Steuermittel aus der Wirtschaft herauszuziehen, um eines Tages unseren Kindern und Kindeskindern ein in die Milliarden gehendes Hauszinssteuerhypotheken-Vermögen zu hinterlassen. Die Frage der zweitstelligen Hypotheken drängt nach einer Lösung. Die Schwierigkeiten liegen in der Höhe des Zinssatzes, eine große Erleichterung stellt aber auf der anderen Seite das Milliardenvermögen dar, das die öffentliche Hand bereits an Hauszinssteuerhypotheken akkumuliert hat. *Dieses Vermögen zu mobilisieren*, ist die große Aufgabe der Zukunft. Voraussetzung dafür wäre, das gesamte kommunale Hauszinssteuervermögen einer großen Zentralgesellschaft des Reiches zu übertragen — vorher wäre eine Einigung über das Eigentum an den Hypotheken herbeizuführen —, der man das Recht der Pfandbriefausgabe, wie einem normalen Hypothekeninstitut, geben müßte. Unterstellen wir den kommenden Bestand eines Hauszinssteuerhypotheken-Vermögens von 5 Milliarden RM, dann wäre unter Zugrundelegung einer 3%igen gesetzlichen Verzinsung der Hauszinssteuerhypothek und eines zur Zeit normalen Effektivzinssatzes für Realkredit von 9% der rentierliche Vermögenswert etwa 1665 Mill. RM. Dieser wäre für die Ausgabe von Pfandbriefen belegungsfähig, oder anders ausgedrückt, einem Hypothekenbrief über 3000 RM Hauszinssteuerdarlehen stünde die Ausgabe eines Pfandbriefes über 1000 RM gegenüber. Um diesen Pfandbriefen, deren Deckung in letztrangigen Hypotheken besteht, die nötige Absatzfähigkeit zu verschaffen, wäre seitens des Reiches die

Annuität des Pfandbriefes selbst- oder gesamtschuldnerisch zu verbürgen. Unter dieser Voraussetzung könnte man trotz des schlechten Ranges der Hypotheken damit rechnen, daß der 7%ige Pfandbrieftyp kein höheres Damno ergibt als etwa 10%. Nimmt man an, daß das Reich von den 1665 Mill. RM im Zeitraum von vier Jahren je 400 Mill. RM mobilisiert, dann würden die Deckung des Damnos 40 Mill. und die Angleichung des Zinssatzes an den Hauszinssteuerhypothekensatz von 1% 24 Mill., beide Faktoren also einen Aufwand von 64 Mill. RM erfordern. Diese Summe würde sich ohne Schwierigkeiten decken lassen aus den Rückflüssen, die aus dem Hauszinssteuervermögen jährlich der öffentlichen Hand zufließen und die natürlich auch der von uns vorgeschlagenen Hypothekenanstalt zufließen müßten. Der Absatz der Pfandbriefe ließe sich besonders dadurch unterstützen, daß die Bewilligung zweitstelliger Hypotheken für einen bestimmten Bezirk abhängig gemacht würde von der Abnahme eines gewissen Anteils an Pfandbriefen durch die örtlichen Sparkassen und sonstigen Anlage suchenden Institute. Auf diese Weise würde jeder Bauherr auch von sich aus durch seine Beziehungen auf die Sparkassen einzuwirken versuchen, daß sie sein Bauvorhaben indirekt durch Pfandbriefkauf unterstützen, und jede Kommune würde zur Belebung der Wirtschaft tunlichst ihre Sparkasse Pfandbriefe zweitstelliger Hypotheken kaufen lassen. Dieser Weg, der wenn nicht in dieser, so in ähnlicher Form bestimmt gangbar ist, hätte vielerlei Vorteile. Einmal könnte das Bauprogramm voraussichtlich zunächst auf seiner bisherigen Höhe gehalten werden. Zweitens wäre demnach eine höhere Steuerbeanspruchung der Wirtschaft nicht erforderlich. Drittens wäre der Zinssatz für die zweiten Hypotheken nicht höher als der der Hauszinssteuerhypotheken, und schließlich läge auf dem Pfandbriefabsatz ein gewisser Druck durch das Interesse der Bauherren und der Kommunen.

In welcher Form sollen nun die Wohnungsfürsorgegesellschaften in diesen Aufbau eingegliedert werden? Folgender Weg wäre denkbar: Sämtliche Gesellschaftsanteile der Wohnungsfürsorgegesellschaften werden in eine Holding-Gesellschaft eingebracht, die den Mantel für das zentrale Hypothekeninstitut darstellt. Das Reich — oder aber, wenn sich keine Einigung über die Eigentumsverhältnisse ergibt, die Kommunen — bringt in diese Gesellschaft das gesamte Hauszinssteuervermögen in Form von Hypothekenbriefen ein und erhält als Gegenwert dafür in gleicher Höhe dividendenberechtigte Obligationen, d. h. die an sich zinslosen Obligationen nehmen am Ertrag der Gesellschaft in gleicher Weise wie die Gesellschafter teil. Die Wohnungsfürsorgegesellschaften werden Zweigstellen für die einzelnen Provinzen und gehen von ihrer gegenwärtigen Betreuungstätigkeit langsam zu einer ausgesprochenen Prüfungstätigkeit für die technischen und finanziellen Voraussetzungen zur Hergabe einer zweiten Hypothek über. Damit hätten sie ein Aufgabengebiet gewonnen, das tatsächlich eine Lücke in unserer Wirtschaftsorganisation ausfüllt.

Glossen

Pessimistische Tabaksteuer-Prognosen

Die gegenwärtige Situation der Reichsfinanzen findet seit einiger Zeit in offiziellen Kreisen eine Beurteilung, die von dem früher gezeigten Optimismus wesentlich abweicht. Maßgebend dafür sind pessimistische Schätzungen der zu erwartenden Einnahmen aus der Tabaksteuer. Die statistischen Unterlagen dieses pessimistischen Urteils sind einigermaßen brüchig. Sie bestehen offenbar in Meldungen der Zollämter über den Verkauf von Steuerzeichen in den ersten beiden Monaten dieses Jahres. Die Meldungen lassen angeblich auf einen Verbrauchsrückgang schließen, der über die Erwartungen des Ministeriums hinausgeht. Dabei übersieht man, daß dieser Minderverbrauch wenigstens zu einem beträchtlichen Teil nur ein statistischer, kein tatsächlicher ist. In den letzten Wochen des Jahres 1950 hat in großem Ausmaß eine Vorversorgung mit Tabakwaren stattgefunden. Bis in den März hinein sind von einzelnen Händlern noch Zigaretten geführt worden, die aus dem Jahre 1950 stammen. Die Zigarrenlager des Einzelhandels bestehen selbst heute noch vielfach zu einem großen Teil aus Ware, die „für den Weihnachtsbedarf“ eingekauft wurde. Diese Vorversorgung mußte natürlich in den ersten Monaten dieses Jahres zu einem sehr starken Rückgang des Steuerzeichenverkaufs führen. Ein ungefähres Bild der Verbrauchsentwicklung wird erst das statistische Ergebnis des zweiten Vierteljahrs 1951 bieten können, und dieses Ergebnis sollte man noch abwarten, ehe man finanzpolitische Konsequenzen aus der Einnahmeentwicklung bei der Tabaksteuer zieht. Will man jedoch sichergehen, so steht für die Einnahmeerhöhung noch immer ein zuverlässiger Weg offen: die Erhöhung der Bänderrolensteuer bei teureren Tabakwaren, wie wir sie an dieser Stelle wiederholt angeregt haben. Im übrigen muß bemerkt werden, daß die Politik des Reichsfinanzministeriums dem von ihm zur Schau getragenen Pessimismus in keiner Weise Rechnung trägt. Das Verbot des Einzelverkaufs von Zigaretten muß natürlich verbrauchslähmend wirken. Seine ratio liegt wohl ausschließlich darin, daß die Zigarettenindustrie den Wunsch hat, jeder Rabattgewährung, die bei dem Verkauf von einzelnen Zigaretten nach der Einführung der Neunerpäckung ziemlich unvermeidlich wäre, vorzubeugen.

Ist das Bier zu hoch besteuert?

Der Bierverbrauch ist erheblich zurückgegangen. Hat man bei den Biersteuererhöhungen des Jahres 1950 die Leistungsfähigkeit des Bierkonsums überschätzt? Die Verminderung des Bierverbrauchs betrug im zweiten Halbjahr 1950 rund 20%. In dieser Zeit ist die Biersteuer des Reichs und der Gemeinden um insgesamt bis zu 75% erhöht worden; man darf vielleicht einen Durchschnitt von 50% annehmen. Das kommt einem fiskalischen Mehrertrag von etwa 20% gleich; denn auf 80% des bisherigen Verbrauchs ergeben 150% der bisherigen Besteuerung rund 120% des bisherigen Ertrags. Mit der

durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1950 ermöglichten, aber wohl erst im laufenden Jahr wirklichen weiteren Erhöhung der Gemeinde-Biersteuer steigt die theoretisch mögliche Höchstbelastung je Hektoliter Vollbier von rund 10,50 RM (vor der Erhöhung der Reichsbiersteuer) auf rund 22 RM, sie erfährt also ein Verdoppeln. Würde sich der Absatzrückgang in demselben Verhältnis entwickeln wie 1950, so würde sich theoretisch eine Konsumverminderung auf 60% und ein Steuerertrag von gleichfalls 120% des vor der Biersteuererhöhung erzielten Steuerertrags ergeben. Es wäre also jener Schnittpunkt von Verbrauch und Besteuerung erreicht, bei dem eine weitere Besteuerung keinen Ertrag mehr brächte. Es fehlt jedoch bisher eine klare statistische Grundlage für die Beantwortung der Frage, ob wir uns wirklich schon an diesem Schnittpunkt befinden. Gewichtige Anzeichen sprechen dafür, daß es noch nicht der Fall ist: Der Konsum pflegt auf Verbrauchssteuererhöhungen zwar zuerst heftig zu reagieren, zeigt aber gewöhnlich alsdann die Tendenz, zu den ursprünglichen Gewohnheiten zurückzukehren. Dem steht nun freilich beim Bier im Wege, daß es teurer geworden ist, während das gesamte Preisniveau einen Abbau erfuhr und die Einkommen der Verbraucher zurückgingen — vermutlich wäre aus diesem Grunde auch ohne Steuererhöhung ein gewisser Konsumrückgang eingetreten — und daß seine Konkurrenzprodukte — Branntwein und Wein — nicht entsprechend verteuert wurden. So kommt es, daß der Verbrauch an Trinkbranntwein eine verhältnismäßig große Stabilität zeigt und der Weinabsatz eine deutliche Besserung aufweist, daß dagegen der Bierabsatz gerade in den Weinbaugebieten wie Hessen und der Pfalz einem besonders scharfen Verbrauchsrückgang ausgesetzt ist. Aus dieser Entwicklung zieht die Brauindustrie die Folgerung, die Biersteuer müsse abgebaut werden! Das wäre finanzpolitisch nicht zu verantworten; denn es ist nicht anzunehmen, daß wirklich alle Gemeinden von den Möglichkeiten der Dezember-Notverordnung Gebrauch machen, daß also der theoretische Schnittpunkt wirklich erreicht wird. Man könnte ebensogut die Erhöhung des Trinkbranntweinpreises und eine Erhöhung der Getränkesteuersätze in den Gemeinden fordern, um die steuerliche Benachteiligung des Biers auszugleichen. Mit alledem würde aber natürlich der Brauindustrie kaum geholfen werden. Entscheidend für die kritische Lage, in der sie sich tatsächlich befindet, ist die von ihr betriebene *Methode der Absatzfinanzierung*. Wir schätzten schon vor über einem Jahr die an die Gastwirte-kundschaft gegebenen Kredite der Brauereien auf mehr als eine halbe Milliarde RM (Jahrg. 1950, Nr. 5, S. 250). In einer großen Protestversammlung der Brauereien, die in Berlin stattfand, wurde die Zahl von 400 Mill. RM genannt. Diese Kredite sind nunmehr natürlich zum Teil gefährdet; denn ihre stillschweigende Voraussetzung war eine stetige Steigerung des Bierabsatzes. Durch die Steuererhöhungen sind der Konsumrückgang und die Finanzkrise der Brauereien — beides Erscheinungen, die im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit zum Teil ohnedies

eingetreten wären — zweifellos verschärft worden. Im Jahre 1931 werden viele Gastwirtskredite abgeschrieben, zahlreiche Gastwirtschaften in der Zwangsversteigerung erworben werden müssen. Die Einschränkung des Massenluxuskonsums an Bier wird also auf die Brauindustrie und ihre Finanzlage sehr ungünstig zurückwirken. Zahlreichen mittleren und kleineren Brauereien, die in der „Hektoliterjagd“ zu unvorsichtig gewesen sind, drohen finanzielle Schwierigkeiten. Es ist notwendig, dieser Tatsache klar ins Auge zu sehen. Sie gibt aber nicht jenen Unrecht, die in einer Biersteuer-Erhöhung eine unvermeidbare Notwendigkeit sahen, sondern denen, die meinten, diese Maßnahme vermeiden zu können, und so dem Gewerbe eine Hochkonjunktur verschafften, an deren Ende jetzt die Krise steht.

**Bedingte
Zollermächtigung**

Mit der letzten Erhöhung des Roggenzolls begann an den deutschen Börsen eine Getreidehaussa, die den Weizenpreis zu einer ganz außerordentlichen Höhe, die Roggennotierung bis in die Nähe des Stützungspreises der Wahltag hinauftrieb. Die selbstverständliche Folge ist eine Welle von Brotpreis-Erhöhlungen. In Berlin konnte eine Verteuerung des Brots nur durch Eingreifen des Reichsernährungsministeriums vorläufig vermieden werden. Der Reichstag hat nun als Sicherung gegen eine Übersteigerung des Brotpreises, ehe er der Reichsregierung für ein halbes Jahr die Gesetzgebungsbefugnisse auf dem Gebiet der Agrarpolitik delegierte, einen Antrag angenommen, der zwar eine mäßige Brotpreis-Erhöhlung nicht ausschließt, aber im übrigen die Reichsregierung zum Maßhalten zwingt. Der Brotpreis soll den Preisdurchschnitt der letzten sechs Monate nicht überschreiten; das bedeutet, daß der neue Richtpreis nicht gleich dem gegenwärtig geltenden ist, sondern etwa das arithmetische Mittel zwischen dem Brotpreis vor der Preissenkung vom Ende vorigen Jahres und dem gegenwärtigen Brotpreis darstellt. Die Bedeutung dieser Richtpreisformel wird der Verbraucher in der nächsten Zeit kennenlernen. Immerhin sind den Auswirkungen der Roggen- und Weizenpolitik auf die Brotpreise Grenzen gezogen, und es erscheint fraglich, ob die Bindung des Brotpreises ein Steigen des Roggenpreises über 200 RM je Tonne zuläßt, d. h. ob nicht wenigstens eine geringfügige indirekte Senkung der überhöhten Getreiderichtpreise mit der Neuregelung verbunden ist. Ähnliche Sicherungen wurden in das — neuerdings auf Agrarzölle beschränkte — *Zollermächtigungsgesetz* eingebaut. Der Index der Ernährungskosten darf nicht länger als vier Monate den Satz von 153 % überschreiten, ohne daß die Reichsregierung wirksame Maßnahmen zum Abbau der Lebensmittelpreise, auch Zollherabsetzungen, ergreift. Mit dieser Regelung wird das Ernährungskostenniveau vom Anfang dieses Jahres stabilisiert, denn im Januar belief sich der Index der Ernährungskosten noch auf 133,5 %; er sank erst im Februar auf 131 %. Für den Reichsernährungsminister ergibt sich aus diesen Kautelen eine schwierige Situation. Zum erstenmal wird ihm eine Verantwortung für die Volksernährung auferlegt; mit der ausschließlichen Orientierung der agrarpolitischen Maßnahmen an der „Ernährung der Landwirtschaft“, wie es ein industrieller Agrarpolitiker ge-

legentlich formulierte, kann nicht mehr fortgefahren, die Interessen der Landwirtschaft an ihren verschiedenen Produkten müssen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.

**Wendepunkt der
Sparkassen-Entwicklung**

Mit dem Jahr 1930 ist in mehrfacher Hinsicht ein Abschnitt in der Geschichte der deutschen Sparkassen beendet worden. Zunächst hat die Durchführung der Spareinlagen-*Aufwertung* mit dem Ende des Jahres 1930 ihren *Abschluß gefunden*. Abweichend von anderen zur Aufwertung verpflichteten Instituten haben die Sparkassen die Kosten der Aufwertung selbst tragen müssen, also keinen Verwaltungskostenbeitrag aus der Aufwertungsmaße entnehmen können. An Sonderkosten für die Aufwertung sind allein bei der Sparkasse der Stadt Berlin rund 3,5 Mill. RM entstanden; das sind etwa 4 % von insgesamt bisher gutgeschriebenen oder ausgezahlten 88 Mill. RM (einschl. Zinsen). Im Jahre 1931 wird mit einer zusätzlichen Aufwertung von 2 % (Erhöhung von bisher 15 auf 17 %) der Überschuß des Aufwertungsvermögens — rund 10 Mill. RM — den Aufwertungskonten gutgeschrieben. Ende 1931 dürfte die Abwicklung der Aufwertung im wesentlichen beendet sein. Damit werden natürlich die Unkostenkonten der Sparkassen eine beträchtliche Entlastung erfahren. Allein die Berliner Sparkasse hatte 1930 noch rund 1 Mill. RM Aufwertungskosten, die in früheren Jahren transitorisch aktiviert waren, abzuschreiben. Fast gleichzeitig mit der Durchführung der Aufwertung erreicht die bisherige *Sonderbesteuerung* der Sparkassen, die der Steuerabzug vom Kapitalertrag darstellte, ihr Ende. Für die Berliner Sparkasse brachte er eine Belastung von rund 640 000 RM im Jahre 1930. Insgesamt bedeutet der Fortfall der Aufwertungsarbeiten und der Sondersteuer eine jährliche Entlastung des Berliner Sparkassennetats um rund 1,6 Mill. RM. Diese Entlastung fällt zusammen mit dem *Abschluß des einmaligen großen Spareinlagengeschäfts*, das mit der Stabilisierung der Währung einsetzte. Wenngleich der Rückgang des Einlagenzuwachses bei den öffentlichen Sparkassen in den Jahren 1929 und 1930 zu einem erheblichen Teil besondere Gründe hatte, so ist doch nicht zu verkennen, daß auf jeden Fall die stürmische Entwicklung der Jahre 1924/1927 einmalig war und auf die Dauer keine Fortsetzung erfahren wird. In den sieben Jahren nach der Stabilisierung ist in Berlin ein Einlagenbestand von etwa 55 % des Vorkriegsbestands (ohne Aufwertungs-spareinlagen und auf den Kopf des Einwohners bezogen) erreicht worden. Damit ergibt sich für die weitere Planung und Entwicklung des Sparkassengeschäfts eine Reihe von Folgerungen. Deren wichtigste ist die Regelung des Verhältnisses von Ertrag und Unkosten. Die laufenden Unkosten der Berliner Sparkasse haben im Jahre 1930 den Betrag von etwa 5,1 Mill. RM erreicht (ohne Kapitalertragsteuer und Aufwertungsunkosten). Das sind etwa 1,1 % des Einlagenbestandes. Auf ein Sparkonto berechnet, zeigen die Unkosten die folgende Entwicklung:

1913	1,10 [RM]	1927	4,63 RM
1924	11,41 RM	1928	4,65 RM
1925	6,89 RM	1929	4,69 RM
1926	4,70 RM	1930	4,91 RM

Unter Berücksichtigung der allgemeinen Preisveränderung ist also annähernd eine Verdreifachung der

Geschäftskosten festzustellen. Besonders auffällig ist dabei die *Steigerung der Unkosten*, die mit der Verlangsamung des Einlagenzuwachses eingetreten ist. Diese Unkostensteigerung ist zum großen Teil auf die *Errichtung neuer Geschäftsstellen* zurückzuführen. Es wurden errichtet

	neue Geschäftsstellen	neue Nebenstellen
1926	2	7
1927	3	47
1928	5	27
1929	8	9
1930	7	17

Auf die einzelne Niederlassung (Geschäftsstelle und Nebenstelle) entfielen im Durchschnitt

1926	452 000 RM	Spareinlagen
1927	600 000	" "
1928	855 000	" "
1929	1 067 000	" "
1930	1 120 000	" "

Die an sich gegebene degressive Kostentendenz wird also durch die Errichtung neuer Geschäftsstellen weitgehend kompensiert. Der Apparat belastet das Sparkassengeschäft durch seine forcierte Ausdehnung mit hohen Unkosten. Das drückt sich nicht nur in der Vermehrung der Niederlassungen, sondern auch in der Zahl der beschäftigten Personen aus. Der Bestand an Beamten und Angestellten betrug am Jahresende

		davon ständiges Personal
1926	279	?
1927	447	?
1928	765	591
1929	872	738
1930	965	814

so daß auf den einzelnen Angestellten ohne wesentliche Veränderung nur etwa 450 000 RM Spareinlagen in den einzelnen Jahren entfielen. Diese Entwicklung der Unkosten bedang bei der Sparkasse der Stadt Berlin im Jahre 1930, auf die Spareinlagen bezogen, eine Zinsspanne von reichlich 2 %, da die erheblichen Abschreibungen auf Wertpapiere, Aufwertungskosten und die Neueinrichtungen der Geschäftsstellen etwa die gleiche Höhe erreichten wie die laufenden Unkosten. Daraus ergibt sich für die Sparkassenleitung die Frage, ob die gegenwärtige Ausdehnung des Geschäftsumfanges fortgesetzt werden soll. Rechtfertigen die Ergebnisse der neuen Geschäftsstellen den Aufwand? Ist im Gesamtzusammenhang der in der Reichshauptstadt arbeitenden Kreditinstitute eine Verschärfung des Wettbewerbs um das Passivgeschäft mit den Sparkunden erwünscht? Diese Fragen haben keineswegs nur akademische und kreditwirtschaftliche Bedeutung. Wie bereits erwähnt, fallen im Geschäftsjahr 1931 rund 1,6 Mill. RM öffentlicher Lasten der Sparkasse fort; ferner mußte im vergangenen Jahr eine einmalige Abschreibung auf den Bestand an Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs (Altbesitz) in Höhe von 3,7 Mill. RM vorgenommen werden. Es wäre nicht unbillig, wenn die in schwieriger Finanzlage befindliche Stadt Berlin durch einen teilweisen Rückgriff auf diesen freiwerdenden Teil des Sparkassen-Bruttogewinns zugunsten des Stadtsäckels finanzielle Entlastung suchte, zumal die Stadt für die Sparkassenaufwertung in früheren Jahren insgesamt 8,6 Mill. RM aufgewandt und der Sparkasse durch die Garantie gegenüber den Einlegern den Aufbau ihres Geschäfts erst ermöglicht hat. Es liegt also ein unmittelbares fiskalisches Interesse der Stadt an einer angemessenen Entwicklung des Verhältnisses von Ertrag und Unkosten bei den Sparkassen vor. Nach

dem Wiederaufbau des Sparkassengeschäfts sollten jetzt allgemein die kommunalen Garantieträger und mit ihnen die praktisch für deren Finanzgebarung verantwortlichen staatlichen Aufsichtsbehörden auf die Ausgestaltung des weiteren Geschäfts Einfluß nehmen, damit nicht hier, wie vielfach bei städtischen Werken, auf öffentliche Kosten ein sachlich nicht vertretbarer Aufwand bei der Ausdehnung der geschäftlichen Tätigkeit getrieben wird.

Reorganisation der Berliner Stadtbank

Nach dem Sklarek-Skandal hat die Berliner Stadtbank eine tiefgreifende Umwandlung erfahren.

Die allgemeine bankgeschäftliche Tätigkeit des Instituts wurde abgebaut; in erster Linie wurde das Börsengeschäft eingeschränkt. Während in der Bilanz vom 31. Dezember 1929 noch rund 29,1 Mill. RM Reports und Lombards erschienen, ist dieser Posten aus der Abschlußbilanz des Instituts für 1930 verschwunden. Ferner wurde das Geschäft mit großen Kunden systematisch abgebaut. Die Entwicklung drückt sich am deutlichsten in der Zahl und dem Betrag der Privatkredite über 200 000 RM aus:

	Zahl	Betrag in Mill. RM
31. 12. 1929	16	7,8
28. 2. 1930	15	6,9
31. 12. 1930	12	5,6

Über der statutarischen Höchstgrenze von 300 000 RM lagen Ende 1930 nur noch 9 (Ende 1929: 12) Kredite. Auch die Höchstgrenze von 300 000 RM ist noch reichlich hoch; sie sollte weiter ermäßigt werden. Die Zahlen des Berichts lassen erkennen, daß die Leitung der Stadtbank selbst das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Gewährung von Kleinkrediten verlegen will; denn auch bei den Krediten von 30 000 bis 200 000 RM zeigt sich eine deutliche Tendenz zum Abbau. Ähnliche Bestrebungen sind auch bei der Bauzwischenfinanzierung festzustellen; in diesem Geschäftszweig hat sich die Stadtbank eine bemerkenswerte Beschränkung auferlegt. Sie bewilligte im Jahre 1929 59 Zwischenkredite mit 15,4 Mill. RM (Durchschnittsbetrag 261 000 RM), im Jahre 1930 74 Zwischenkredite mit 3,5 Mill. RM (Durchschnittsbetrag 47 300 RM). Da gleichzeitig die Debitoren in laufender Rechnung (nach Abzug ausstehender Bankkredite) eine Steigerung um rund 28 Mill. RM zeigen, darf man wohl annehmen, daß das Darlehensgeschäft mit öffentlichen Körperschaften mehr gepflegt wurde. Der Betrag von 28 Mill. entspricht ziemlich genau dem Einlagenzuwachs. An die Stelle der Reports und Lombards ist dagegen ein Zuwachs der Nostro Guthaben bei Banken und Bankiers getreten, von denen etwa 75 %, d. h. rund 36 Mill. RM, als Termingelder (Laufzeit bis zu drei Monaten) festgelegt waren. Die Liquidität der Stadtbank hat durch diese Umstellungsmaßnahmen eine erhebliche Verbesserung erfahren; die Rentabilität hat selbstverständlich darunter etwas gelitten. Immerhin reicht der Betriebsüberschuß aus, um nach angemessenen Abschreibungen auf den Wertpapierbestand und das Inventar die Rücklagen um fast eine Viertelmillion zu stärken und an die Stadt 5 % des Grundkapitals von 5 Mill. RM als Gewinn abzuführen. Die Umstellung der Stadtbank auf bescheidenere geschäftliche Ziele, die der Bericht für das Jahr 1930 im ganzen erkennen läßt, ist zu begrüßen.

schaft wurden die Kapitalien einfach addiert, obwohl schon damals eine Kapitalverminderung wünschenswert war. Man hat jetzt das, was bei der Fusion — hauptsächlich aus Prestigerücksichten — nicht durchführbar erschien, nachgeholt. Dabei mag daran erinnert werden, daß schon bei den Ende vorigen Jahres unter maßgeblicher Mithilfe der Deutschen Bank erfolgten Fusionen in der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken das Prinzip der möglichst niedrigen Bemessung der Kapitalien radikale Anwendung fand.

Die Selbständigkeit der Bergmann-Elektrizitäts AG bedroht

Es hat den Anschein, als werde der zu erwartende Dividendenausfall bei der *Bergmann - Elektrizitäts -*

Werke AG schwerwiegende Folgen für die Selbständigkeit des Unternehmens nach sich ziehen. Vom Aktienkapital dieser Gesellschaft besitzen seit langem die *AEG* und *Siemens* je eine qualifizierte Minorität, sie verfügen also gemeinschaftlich über die absolute Majorität. Dennoch ist Bergmann ein durchaus selbständiges Unternehmen, das seinen Großaktionären häufig eine sehr unbequeme Konkurrenz bereitet. Dieser Zustand ist nur möglich infolge der Rivalität zwischen *AEG* und *Siemens*. Keiner der beiden Großaktionäre gönnte dem anderen den Machtzuwachs, der mit einer Angliederung von Bergmann verbunden gewesen wäre, und so betrachtete man die Selbständigkeit von Bergmann als das kleinere Übel, das man gern in Kauf nahm, wenn man durch Schutz dieser Selbständigkeit den Machtzuwachs des Hauptkonkurrenten vermeiden konnte. Die Bergmann-Verwaltung hat sich diese Situation zunutze gemacht und eine durchaus selbständige Geschäftspolitik betrieben, wengleich sie natürlich ständig fürchten mußte, durch eine Verständigung der Großaktionäre jedes Einflusses beraubt zu werden. In dieser Situation ist es nicht leicht, ein Unternehmen durch eine so schwierige Zeit hindurchzuführen, und man könnte sich vorstellen, daß der Dividendenausfall bis zu einem gewissen Grade mitbedingt ist durch eine begreifliche Nervosität der Bergmann-Direktion. Der Dividendenausfall muß aber natürlich wiederum die Großaktionäre in ihren Entscheidungen beeinflussen. Sie konnten sich bisher damit abfinden, daß die bei Bergmann investierten Kapitalien zwar keinen Einfluß gewährten, aber sich doch immerhin gut verzinsten. Fällt diese gute Verzinsung fort, und entwertet sich dadurch bei beiden Konzernen die Beteiligung an Bergmann, so wird der Reiz, den bisherigen Burgfrieden aufzugeben, natürlich wesentlich verstärkt. Dazu kommt weiterhin, daß auf dem Starkstromgebiet die Konzentration im letzten Jahr große Fortschritte gemacht hat. Das *Sachsenwerk* und die *Pöge AG* wurden an die *AEG* angegliedert, so daß Bergmann und *Brown Boveri* die einzigen selbständigen Großherzeuger in der Starkstromtechnik blieben. Wenn aber einmal die Zahl der Wettbewerber soweit verringert ist, erscheint es erklärlicherweise doppelt begehrenswert, sie weiter zu vermindern und sich damit einer monopolistischen Aufteilung des deutschen Markts zu nähern. Unter dem Einfluß all dieser Erwägungen haben zwischen der *AEG* und *Siemens* *Verständigungsverhandlungen* begonnen. Verlaufen sie erfolgreich, so besteht für die Bergmann-Direktion kaum noch Aussicht, die

Selbständigkeit des Unternehmens zu wahren. Ob diese Entwicklung für die Gesamtwirtschaft zu begrüßen wäre, ist sehr zweifelhaft, denn den Fortschritten der Rationalisierung, die eine Eingliederung von Bergmann unzweifelhaft ermöglichen würde, ständen ernste *Monopolgefahren* gegenüber.

Keine Fusion RWE—VEW?

Als Ende vorigen Jahres die Generaldirektoren - Krise bei der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen

AG zum Fusionsbeschuß mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk führte (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 50, S. 2302, und Nr. 51/52, S. 2557), wiesen wir auf zwei Schwierigkeiten hin; erstens sei vom Standpunkt des RWE das Umtauschverhältnis 3 VEW-Aktien : 2 RWE-Aktien nicht besonders verlockend, zweitens würden die Banken durch den Umtausch ihrer Optionsaktien (die bis zum Jahre 1934, in dem das vierjährige Bankendarlehen vom Sommer 1930 fällig wird, treuhänderisch von der DD-Bank verwaltet werden) in RWE-Aktien einen Verlust erleiden. Die zwei Reisen, die Direktor Kehl nach Amerika unternommen hat, um die amerikanischen Banken zur Rücknahme des Darlehns und zum Verzicht auf die Option zu veranlassen, sind ergebnislos geblieben. Die Generalversammlung des RWE, in der die erforderliche Kapitalerhöhung beschlossen werden sollte, wurde abgesagt. Inzwischen erkaltete das Interesse des RWE an der Übernahme der VEW. Je mehr Zeit verstrich, um so deutlicher trat die finanzielle und wirtschaftliche Schwäche der VEW auch jenen vor Augen, die um des „Sieg des gemischtwirtschaftlichen Prinzips“ willen und aus Prestige Gründen die Übernahme der VEW durch das RWE angestrebt hatten. Von der amerikanischen Gruppe wird offenbar in der ganzen Frage ein kühler Standpunkt vertreten. Die bisherige Verwaltung der VEW hat das Unternehmen miserabel geführt; notwendige Rückstellungen und Abschreibungen unterblieben, um eine unvertretbare Gewinnausschüttungspolitik zu treiben und ein ungerechtfertigtes Bilanzprestige zu wahren. Die logische Konsequenz ist also eine scharfe Zusammenlegung des Stammkapitals oder aber eine jahrelange Dividendenlosigkeit. Daß dagegen die Gläubiger auf einen Teil des ihnen zugesagten Gewinns verzichten sollten, dazu liegt ihres Ermessens kein Anlaß vor. Für das RWE büßt die Verbindung mit den VEW zunehmend an Reiz ein, denn die Kohlenkrise deckt mit größter Deutlichkeit gerade die Problematik des von den VEW betriebenen Zechenausbaus auf. Prellbock zwischen den Amerikanern und dem RWE ist die DD-Bank, die im Sommer an der Privatisierung der VEW, im Dezember an ihrer Überleitung auf das RWE führend mitgewirkt hat und sich bei diesem Geschäft sicherlich in keiner beneidenswerten Lage befindet. Es ist anzunehmen, daß unter diesen Umständen die VEW selbständig fortgeführt werden. Das Finanzierungsinstitut wird dabei auf eine mehr konservative Geschäftspolitik zu sehen haben, eine Politik, die durch den Stillstand der Kraftwirtschaft erleichtert wird. Aus dem Nettoüberschuß der VEW, der immerhin jährlich auch bei der ungünstigen Kohlenkonjunktur etwa 8—10 Mill. RM betragen wird, müßte eine langsame Tilgung der schwebenden Schulden, die auf 30 Mill. RM geschätzt werden, möglich sein, wenn

jede Anlagenerweiterung unterbleibt und der Betrieb dem knappen Rahmen seiner Finanzierung angepaßt wird. Dabei könnte in den Randgebieten auch die Abstoßung von Beteiligungen an das RWE und die Preag der Wiederherstellung der Liquidität günstig sein.

Abschreibungsbedürfnisse bei der Th. Goldschmidt AG Formell schließt die Th. Goldschmidt AG in Essen für 1930 zwar ohne Dividende, aber doch noch mit einem kleinen Reingewinn ab. Das ist nur dadurch möglich, daß man andere Wege gefunden hat, um den offenbar vorhandenen Verlusten Rechnung zu tragen. Erstens hat man den jetzt zum größten Teil freigegebenen Erlös für die vor der Beschlagnahme gerade noch rechtzeitig verkauften amerikanischen Anlagen mit 1,75 Mill. RM zu Abschreibungen auf Beteiligungen bereitgestellt, und zweitens will man neben 6,09 Mill. Vorratsaktien, die auf beiden Seiten der Bilanz gleich hoch eingesetzt sind, auch noch 4,91 Mill. andere Aktien einziehen, wobei ein Buchgewinn von 2,85 Mill. RM zu weiteren Abschreibungen auf Beteiligungen frei wird. Diese Aktien hat man in den letzten Jahren durch Großaktionäre zum Zwecke der Kursstützung aufkaufen lassen; für einen Teil hat man „über 50 %“ bezahlt; wieviel für den Rest gegeben wurde, ist nicht bekannt, denn dieser Rest war bei einer Tochtergesellschaft bisher unbewertet, d. h. also still abgeschrieben. Die Offenlegung der damit geschaffenen Rücklage und der Erwerb weiterer Aktien wesentlich unter pari bietet nun die Möglichkeit zu buchmäßiger Verlusttilgung. Nichtsdestoweniger bleibt es eine offene Frage, ob es Aufgabe der Verwaltung sein konnte, jahrelang Aktien an der Börse zum Zweck der Kursstützung anzukaufen. Wichtiger erscheint eine zweite Frage, die nach den Ursachen der Verluste, die zu tilgen sind. Sie erklären sich aus der Geschichte des Unternehmens. Die Th. Goldschmidt AG hat früher auf ihrem Hauptgebiet, der Entzinnung von Weißblechabfällen und Konservendbüchsen, praktisch ein Weltmonopol gehabt. Der Krieg hat diese Stellung untergraben, weil die Materialzufuhr aus aller Welt und ebenso der Absatz ins Ausland abgeschnitten war. Die Gesellschaft verlor auch ihre Beteiligungen in Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und Australien. Sie suchte Ersatz dafür zum Teil in der Ausdehnung oder Neuaufnahme von Nebenzweigen, zum Teil im Ankauf neuer Beteiligungen im Inland. Diese Ankäufe fanden zum größten Teil in der Inflationszeit statt, und es scheint, daß die damals fast unvermeidliche Trübung des Blickes durch die Währungunklarheit die Gesellschaft viel Geld gekostet hat. In erster Linie scheint die Übernahme der elektrotechnischen Fabrik Neufeldt & Kuhnke GmbH in Kiel, die in keiner Beziehung zum Arbeitsgebiet der Gesellschaft steht, ein Fehlgriff gewesen zu sein. Schon mehrmals wurden Abschreibungen auf dieses Engagement notwendig; es scheint auch jetzt einen großen Teil der notwendigen Bilanzberichtigung verschuldet zu haben. Die Verwaltung erklärt zwar im Bericht, daß zur Zeit in Kiel keine neuen Verluste mehr entstehen; aber es wurde dort schon früher reorganisiert — ohne dauernden Erfolg. Der Fehlgriff in der Inflationszeit mag verständlich sein; ob es aber notwendig war, dem damals verlorenen Geld immer neues nach-

zuwerfen, wie es augenscheinlich geschah, sollte ernstlich nachgeprüft werden. Hoffentlich wird die Gelegenheit der Generalversammlung auch dazu benutzt, etwas über die Aussichten der vielen Geschäftszweige des Unternehmens zu sagen. Auch wenn man von den Kieler Verlusten und anderen Einbußen bei Beteiligungen absieht, hätten die Metallbaisse und der Konjunkturrückgang ohnehin zur Dividendenlosigkeit geführt. Der Geschäftsbericht schweigt sich über die Entwicklung der Konzernunternehmungen aus; nur das Versagen der Mannheimer Prodorit GmbH wird erwähnt.

Konzentration in der Grammophonindustrie

Zu den „neuen“ Industrien, die sich in der letzten Konjunkturperiode besonders auffällig entwickelt haben, gehört auch die Schallplatten- und Sprechmaschinenindustrie. Diese war, als der Aufschwung begann, in fast verzweifelter Stimmung: Das Aufkommen des Unterhaltungsrundfunks schien damals ihre Existenzgrundlage zu erschüttern. Aber gerade die Konkurrenz des Radios wurde zum Antrieb für einen technischen und später auch für einen kommerziellen Aufschwung. Mit dem aus der drahtlosen Übertragung entwickelten elektrischen Aufnahmeverfahren führte man eine sprunghafte Verbesserung der Schallplatten herbei, und man bediente sich dann der Rundfunkvorführungen als Propagandamittel. So machten die alten Firmen der Branche ungeahnte Geschäfte, zumal ihre Zahl von früher her nicht eben groß war. Ihre hohe Rentabilität lockte jedoch *neues Kapital* in diese Industrie; besonders in England fanden zahlreiche Gründungen neuer Grammophonunternehmungen statt. Die meisten dieser neuen Gesellschaften wurden aber für die Aktionäre eine bittere Enttäuschung: Die Kurse waren von der Spekulation zeitweise sinnlos in die Höhe getrieben worden, manche Gründung erwies sich als ausgesprochen schwindelhaft, die Konkurrenz mit den eingeführten Produzenten fiel den jungen Gesellschaften schwer, da die zu einem wirklichen Wettbewerb notwendigen Patente nur unzureichend ersetzt waren, und viele der neuen Unternehmungen kamen einfach zu spät: Sie emittierten in der Zeit des Booms, bauten dann zunächst und konnten die Produktion erst aufnehmen, als die Krise schon da war. So haben die alten Erzeuger ihre Stellung im wesentlichen behauptet, vor allem die wenigen *Großproduzenten*. In den ersten Jahren nach dem Krieg hatten sie sich enger zusammengeschlossen, so daß seit einigen Jahren der weitaus größte Teil des Geschäfts in der ganzen Welt praktisch auf zwei Konzerne entfiel. Das weitaus größte Einzelunternehmen war die *Victor Talking Machine Co.*, die den nordamerikanischen Markt fast beherrschte, und außerdem seit 1920 die Mehrheit der englischen Gramophone Co. (His Masters Voice) besaß; dazu kam eine Reihe von Tochtergesellschaften dieser beiden in anderen Ländern (so z. B. in Deutschland die Electrola GmbH). Der Konkurrent dieser Gruppe war die englische *Columbia Graphophone Co.*, ebenfalls mit Tochtergesellschaften in zahlreichen Ländern, darunter der amerikanischen Columbia Phonograph Co. und der Carl Lindström AG in Berlin. Schon seit 1928 tauchten immer wieder Gerüchte auf, daß sich diese beiden Gruppen vereinigen würden.

Inzwischen ging um die Jahreswende 1928/29 die Victor Talking Machine Co. auf die *Radio Corporation of America* über, die von der General Electric und Morgan protegiert wird — und gerade dieses Bankhaus war vorher schon als Käufer von Columbia-Aktien bemerkt worden. So war es nur eine Frage der Zeit, wann eine *Fusion* perfekt würde. Jetzt ist dieses Stadium erreicht. Aus taktischen Gründen — vermutlich mit Rücksicht auf das amerikanische Antitrustgesetz — läßt man in Amerika die formelle Lage unverändert. Die beiden englischen Gesellschaften, von denen bei Columbia alle und bei His Masters Voice die meisten anderen abhängen, sollen dadurch vereinigt werden, daß eine neue Gesellschaft das gesamte Kapital der beiden alten im Tausch gegen eigene Aktien aufnimmt. Die neue englische Holding-Gesellschaft wird von der Radio Corp. kontrolliert werden, denn diese erhält 80% der $3\frac{1}{4}$ Mill. £ neuen Aktien, die für bisherige Gramophone-Aktien ausgegeben werden, und außerdem aus ihrem aufgekauften Besitz an Columbia-Aktien auch noch einen Teil der andern $2\frac{1}{2}$ Mill. £. Der ganze Komplex, der so zentralisiert wird — also ohne die Radio Corporation selber —, hat nach den gegenwärtigen Kursen einen Börsenwert von mehr als 12 Mill. £. Wahrscheinlich werden sich aus dieser Konzentration, die den beherrschenden Einfluß der alten Konzerne noch verstärkt, später auch größere industrielle Veränderungen ergeben.

Ein Wirtschaftsplan der englischen Industrie

Zu der wirtschaftlichen Umstellung Englands, die sich jetzt anbahnt, nimmt nunmehr auch die Federation of British Industries (FBI) Stellung. Es sind die üblichen Interessentenwünsche, die jedoch in diesem Fall ziemlich in der Linie dessen liegen, was — trotz Snowden — die neue Wirtschaftspolitik des Britischen Reichs zu werden verspricht. Die Denkschrift geht von der Feststellung aus, daß die Voraussetzung für eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse in ausreichender *Kapitalinvestition* liegt, und daß diese mit der Rückkehr des Vertrauens steht und fällt. Dieses Vertrauen ist in weiten Kreisen dadurch gestört, daß die britische Industrie im Gegensatz zu ihren Konkurrenten ohne Zollschutz bestehen muß, und somit steht im Mittelpunkt der Forderungen der FBI die *Errichtung eines Zollsystems*. Dieses Ziel soll in zwei Etappen erreicht werden. Die zweite besteht in der Konstruktion und Durchsetzung eines allen ökonomischen Bedingungen der englischen Wirtschaft angepaßten und sorgfältig vorbereiteten Tarifs, der zur Senkung der Produktionskosten auf dem Wege beitragen soll, den Professor Gregory als landläufige englische Theorie hier bereits geschildert hat (vgl. Nr. 2, S. 103): dadurch nämlich, daß er eine vollkommeneren Ausnutzung der Produktionsanlagen gestattet. In der Zwischenzeit, bis dieser aus lange Sicht abgestellte Plan durch-

gearbeitet ist, soll ein primitiverer *Notstandstarif* an seine Stelle treten. Die Regierung wird aufgefordert, sich die Ermächtigung zu zollpolitischen Maßnahmen zu verschaffen, die sich (unter Gewährung von Vorzugsbedingungen gegen das Empire) gegen das Dumping des Auslandes richten. Auf diese Weise soll eine Vorversorgung der englischen Importeure vor Erledigung der großen Zolltarifreform erschwert werden. Zur Ausarbeitung der endgültigen Regelung auf dem Wege einer ins einzelne gehenden Enquête mit Prüfung der Schutzwürdigkeit jeder einzelnen Industrie und Abwägungen aller beteiligten Interessen ist ein *Tariff Board* vorgesehen, dessen Vorschläge — die Einzelheiten sollen ausdrücklich unter Ausschaltung des Parlaments vorbereitet werden — allmählich auf das Notstandszollsystem aufgepfropft werden sollen, so daß der Übergang zur endgültigen Regelung schrittweise erfolgt. Zur Wahrung einer gewissen Stabilität dienen in diesem Rahmen längerfristige interimperiale Vorzugsabkommen und internationale Handelsverträge, zu deren Abschluß sich die Zölle als brauchbare Waffe erweisen werden. Besondere neu zu schaffende Instanzen sollen Zollmißbrauch durch ungerechtfertigte Preissteigerung verhüten. — Dieser Ruf nach Schutzzoll wird durch mehrere andere Vorschläge ergänzt. Als ihr Ziel gilt die Senkung der Produktionskosten zur Erhöhung der internationalen Wettbewerbskraft. Diese kann nach dem Bericht nicht von der Industrie allein durch Zusammenschlüsse usw. bewirkt werden, sondern erfordert staatliche Mitwirkung. Fragen des Arbeitsmarkts fallen nicht in die Zuständigkeit der FBI; sie bezieht sich hier auf die Empfehlungen der National Confederation of Employers' Organisations. Aber eine *Finanzreform* wird nachdrücklich propagiert, da der Fortschritt der englischen Industrie durch Steuern und Soziallasten gehemmt sei, die über denen aller anderen Länder liegen. Ein scharfer Abbau der Ausgaben wird als unumgänglich bezeichnet. Das zwingt zu einer Wendung in der *Wirtschaftspolitik*, wenn ein finanzieller Zusammenbruch vermieden werden soll. Im einzelnen werden folgende Vorschläge gemacht: In den Vorschlägen sollen bei den Sozialausgaben diejenigen Posten gesondert bezeichnet werden, die bei einer (als Norm angesehenen) Verkürzung der Etatsmittel um 30 % fortfallen müßten. Eine Konversion der Staatsanleihen erscheint um so mehr gerechtfertigt, als der Sturz des Preisniveaus die realen Werte der festen Einkommen gesteigert hat. Die „nichtproduktiven“ Gemeindeabgaben sind weiter zu ermäßigen. Zugleich wird eine Modernisierung der Bahnanlagen gefordert, die eine notwendige Voraussetzung für die Senkung der Frachtraten und damit für die Rückgewinnung der verlorenen Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Landstraße sei; der Straßenbau hingegen sei bereits in der letzten Zeit so stark gefördert worden, daß „den Notwendigkeiten der nächsten zehn Jahre“ Genüge geschehen ist.

Ungünstige Entwicklung der Reichseinnahmen im Februar

Der Ausweis über die Entwicklung der Reichseinnahmen im *Februar* zeigt im wesentlichen das gleiche Bild wie die früheren Monatsabschlüsse (vgl. „Statistik“ S. 619). An den Schätzungen über den Einnahmeausfall bei Steuern, Zöllen und Abgaben, die wir kürzlich veröffentlichten (Nr. 9, S. 438), hat sich nichts Wesentliches ge-

ändert. Auffällig ist jedoch die Verminderung der Einnahmen aus der *Einkommensteuer* und der Aufbringungsumlage. Das Lohnsteuer-Ergebnis mit 75,3 Mill. RM lag um fast 20 % unter dem des Februar 1930, obwohl die Lohnsteuererstattungen gegenüber dem Vorjahr um nur 1,2 Mill. RM größer waren und die Einnahmen aus dem Ledigenzuschlag 1930 im diesjährigen Aufkommen ent-

halten sind. Es ist für den Außenstehenden unwahrscheinlich, daß beim Zustandekommen dieses ungünstigen Resultats nicht technische Momente eine gewisse Rolle gespielt haben und der März-Ausweis nicht einen teilweisen Ausgleich bringen wird. Die *Aufbringungsumlage* ist mit 95,4 Mill. RM um über 10 % hinter dem vergleichbaren Aufkommen vom August vorigen Jahres zurückgeblieben. Demgegenüber geht das Biersteuer-Aufkommen eine günstigere Entwicklung. Es übertraf das Vorjahresaufkommen um rund 25 %. Hier wie bei der Tabaksteuer besteht Grund zu der Annahme, daß gewisse Verbesserungen gegenüber unserer Vorschätzung eintreten, denen allerdings Verschlechterungen beim Branntweinmonopol und den Zollserträgen gegenüberstehen. Im ganzen ist das Ergebnis ausgesprochen ungünstig. Trotz der Steuererhöhungen des Jahres 1930 und der Übernahme der Aufbringungsumlage in den Einnahmeausweis war die Gesamteinnahme des Reichs nur um 6,3 Mill. RM höher als im Februar 1930.

Die Abschlüsse der Commerzbank und der Adca

Der Abschluß der Commerzbank, auf den noch näher einzugehen sein wird, bringt nach den Abschlüssen der übrigen Großbanken keine Überraschung mehr. Die *Dividende* wird ebenso wie bei der DD-Bank, Dresdner Bank und Danatbank um 4 % herabgesetzt, womit sie auf 7 % kommt. Ein Rückgang des Bruttogewinns konnte durch die Senkung der Unkosten und Steuern, in der namentlich auch Auswirkungen der Fusion mit der Mitteldeutschen Creditbank zu beobachten sind, mehr als ausgeglichen werden. Eine ebenso wie bei anderen Großbanken erfolgte *Sonderabschreibung* auf Effekten und Konsortien von 4,62 Mill. führt aber trotzdem zu einem entsprechenden Rückgang des ausgewiesenen Reingewinns. Die *Bilanz* zeigt als bemerkenswertesten Posten einerseits eine Verringerung der Wertpapiere auf 24,75 (30,18) und eine neue Steigerung der Debitoren auf 808 (773) Mill., andererseits einen Rückgang der „sonstigen Kreditoren“ von 1206 auf 1080 Mill. und eine Erhöhung der Akzepte. *Auslandsgelder* betragen unter den Kreditoren noch 45 (45) %. Von großen Insolvenzen ist die Bank nach ihren Angaben verschont geblieben. Der *Umsatz* war mit 132 (139) Milliarden rückgängig. — Die *Adca*, die bereits im Vorjahr als einziges Großinstitut ihre Dividende von 10 auf 8 % herabsetzte, geht für 1930 weiter auf 5 % herab, womit sie weniger zahlt als irgendeine andere Großbank. Wiederum wird berichtet, daß die Verhältnisse in Sachsen vielfach noch ungünstiger lagen als im übrigen Reich. Der *Rückgang der Einnahmen* übersteigt erheblich die Ersparnisse an Unkosten und Steuern. Dafür wird aber, im Gegensatz zu den Berliner Banken, eine offene Abschreibung auf Effekten und Konsortien nicht vorgenommen. Das besagt natürlich nicht, daß die Bank nicht wiederum *Effektenverluste* abzubuchen hatte. Auch bei den Debitoren, die sich nur leicht vermindert haben, entstanden neue Ausfälle. Die *Kreditoren* sind um insgesamt 23 Mill. vermindert, ebenso auf der Anlagenseite vor allem die liquiden Mittel. Der Anteil der Auslandskreditoren ist relativ gering. Der *Umsatz* wird mit 22 (24) Milliarden beziffert.

Kapitalerhöhung der Bau- und Bodenbank

Der Abschluß der *Deutsche Bau- und Bodenbank AG* zum 31. Dezember 1930 läßt eine charakteristische Wandlung in der Form der Bauzwischenfinanzierung erkennen, die das Institut bekanntlich in erster Linie dient. Die Finanzierung durch Wechsel ist zum Teil durch andere Geschäftsformen ersetzt worden. Während im Vorjahr 53,8 Mill. „Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln“ und auf der Aktivseite 32,5 Mill. RM „Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen“ ausgewiesen wurden, sind die entsprechenden Posten am letzten Abschlußtermin auf 36,3 Mill. und 16,9 Mill. RM zurückgegangen. Dagegen sind Gläubiger um rund 47 auf 162,3 Mill. RM, Nostroguthaben um etwa 20 auf 35,2 Mill. RM gestiegen. Der Übergang vom Wechsel zur „freien“ Finan-

zierung ist im Hinblick auf die Gefahren, die das Wechselgeschäft in der Bauzwischenfinanzierung mit sich bringen kann (vgl. den Leitartikel in Nr. 10), zu begrüßen. Neu erscheinen in der Bilanz „Lombards gegen börsengängige Wertpapiere“ mit 4,2 Mill. RM und „Eigene Wertpapiere“ mit 4,3 Mill. RM. Die Lombards sind nicht etwa auf die Aufnahme eines neuen Geschäftszweigs zurückzuführen, sondern sie stellen nur den Ersatz für anderweitig nicht gedeckte Baukredite dar. Bei den Wertpapieren handelt es sich zum großen Teil um festverzinsliche Effekten. Während der Umsatz des Instituts nur um etwa 4 % gestiegen ist — von 5200 Mill. auf 5400 Mill. RM —, weist die Bilanzsumme eine Erhöhung um rund 25 % — von 194 Mill. auf 243 Mill. RM — auf. Dieses Mißverhältnis ist wohl zum Teil mit den zahlreichen Nebengeschäften zu erklären, die die Deutsche Bau- und Bodenbank für das Reich und andere öffentliche Körperschaften durchführt; die Mittel für diese Geschäfte dürften der Bank zum Teil erst im letzten Quartal zugeflossen sein und am Umsatz deshalb noch nicht voll teilgenommen haben. Im vergangenen Jahr kam zu der bisherigen treuhänderischen Verwaltung öffentlicher und privater Mittel u. a. die Geschäftsführung für die vom Reich gegründete Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG hinzu. Einschließlich Gewinnvortrag wurde im Geschäftsjahr 1930 ein Reingewinn von 3,75 Mill. RM erzielt (i. V. 3,2 Mill.). Daraus erhält der Reservefonds 1,2 Mill. (i. V. 1,5 Mill.), für schwebende Geschäfte wird mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage der hohe Betrag von 1 Mill. RM zurückgestellt (i. V. 200 000 RM), der Pensionsreservefonds wird mit 100 000 RM dotiert (i. V. 50 000 RM), und schließlich werden, wie im Vorjahr, 5 % Dividende ausgeschüttet. — Die Generalversammlung des Instituts, die am Mittwoch den Abschluß für 1930 genehmigte, hat auch eine *Erhöhung des Aktienkapitals* um bis zu 10 Mill. auf 34,3 Mill. RM beschlossen. Wahrscheinlich wird das Reich die neuen Aktien übernehmen; durch Aktienzeichnungen der anderen Aktionäre rechnet man damit, das Kapital auf 35 Mill. RM abrunden zu können.

Dividendenkürzung bei der Übersee-Bank

Ebenso wie die Deutsch-Südamerikanische Bank, deren Kapital bei der Darmstädter und der Dresdner Bank liegt, senkt auch die *Deutsche Überseeische Bank* (Majorität bei der Deutschen Bank) ihre Dividende um 2 %. Im Gegensatz zur Südamerikanischen Bank war aber diese Kürzung keine Notwendigkeit, soweit man aus den ausgewiesenen Bilanzzahlen erkennen kann. Vielmehr erscheint der *Reingewinn* mit 3,48 (2,99) Mill. RM *wesentlich höher* als im vorigen Jahr, da eine leichte Senkung der Einnahmen durch eine noch stärkere Verminderung der Unkosten überkompensiert wurde. Auch unter Berücksichtigung dessen, daß infolge der Übernahme der *Banco Brasileiro* anlässlich der Fusion der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft ein um 6 auf 36 Mill. RM erhöhtes Kapital zu verzinsen ist, hätte der erhöhte Gewinn nicht nur zur Beibehaltung der vorjährigen Dividende von 7 %, sondern sogar zu einer kleinen Erhöhung ausgereicht. Zu dieser *vorsichtigen Dividendenpolitik* hat sich die Bank vor allem deshalb entschlossen, weil in ihren Arbeitsgebieten (Südamerika und Spanien) noch keine Besserung der Verhältnisse zu erkennen ist und namentlich die *Währungsfragen* noch der Lösung harren. Das abgelaufene Jahr hat in fast sämtlichen bearbeiteten Ländern eine Zerüttung der Währung mit sich gebracht, die sich in Brasilien noch fortgesetzt verschärft, während in Argentinien seit Ende 1930 eine wesentliche Besserung eingetreten ist und in Spanien die Bemühungen um eine Stabilisierung ebenfalls voranschreiten. Im Gegensatz zur Südamerikanischen Bank, die den Gewinn auch sichtbar zur Deckung von Valuta-Verlusten heranziehen mußte, konnte die Überseeische Bank ihre Währungsverluste intern ausgleichen. Auch die offene Valutareserve von 5 Mill. RM bleibt unberührt. Die provisionsfreien Einlagen sind um 11,6 auf 202,4 und die sonstigen Gläubiger um 16,1 auf 194,2 Mill. Reichsmark zurückgegangen, obwohl die Fusion mit der

Banco Brasileiro eine beträchtliche Vergrößerung des Geschäftsvolumens mit sich brachte. Die Währungsentwertungen machten aber diese Ausdehnung vollkommen wett; sie ließen auch die 15 %ige Steigerung, die die Einlagen in Landeswährung gerechnet erfahren haben, nicht in Erscheinung treten. Auf der Anlagenseite kommt die *Verringerung der Bilanzsumme* vor allem in einer Senkung der Wechsel um 11 auf 141 und der Debitoren um 16 auf 251 Mill. RM zum Ausdruck. Unter den Debitoren sind offenbar auch die nicht besonders ausgewiesenen Warenvorschüsse enthalten. Barbestände sind mit 55 (40) Mill. Reichsmark kräftig erhöht, auch Wertpapiere und Bankgebäude zeigen eine leichte Steigerung. Da das abgelaufene Jahr neben der Erschütterung der Währungen in Südamerika auch zahlreiche Insolvenzen zur Folge hatte (Preisfall der Rohstoffe), muß der Abschluß der Deutschen Überseeischen Bank als recht befriedigend angesehen werden.

Österreichische Wohnbau-Anleihe

Man schreibt uns aus *Wien*: „Die österreichische Wohnbauförderungsaktion sieht unter anderem auch die Begebung einer Staatsanleihe vor. Mit ihrem Erlös sollen die Zuschüsse gedeckt werden, die der Staat im Ausmaß von 50 bis 60 % der Bausumme den Bauherren zur Verfügung stellt. Die gesamte Bausumme beträgt nach dem Gesetz 450 Mill. S, von denen die Bauherren etwa 210 Mill. und der Staat vorschußweise 240 Mill. aufbringen soll. Bisher hat sich die Regierung mit Bankkrediten geholfen, die bereits die Höhe von 85 Mill. S erreicht haben. Die vorgesehene Anleihe konnte nicht begeben werden, denn im In- und Ausland fehlten die kapitalmarktmäßigen Voraussetzungen dafür. Später kam die Anleiheperreklause der großen Internationalen Investitionsanleihe des Bundes dazwischen. Diese Sperrfrist ist jetzt abgelaufen, und die österreichische Regierung kann den Anleihemarkt im In- und Ausland wieder in Anspruch nehmen. Inzwischen haben sich auch die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt — insbesondere auf dem österreichischen — gebessert. Die Nachfrage nach Anleihen ist in Österreich ständig im Wachsen, das mobile Kapital sucht, da die Zinssätze für Spareinlagen sehr gering sind, nach besseren Anlagemöglichkeiten. Die Regierung geht deshalb nunmehr daran, die erste Tranche der Wohnbau-Anleihe im Ausmaß von 150 Mill. S zu begeben. Die Verzinsung beträgt 7 %, die Laufzeit 40 Jahre, der Begebungskurs 95 %. Für die Übernahme hat sich ein Konsortium gebildet, bestehend aus

den Wiener Großbanken, der Merkurbank, dem Reichsverband der Sparkassen, dem Creditinstitut für öffentliche Unternehmungen und dem Bankhaus S. M. Rothschild. Ein Teil der Stücke soll gesperrt bleiben, ein Teil im Ausland untergebracht werden. Der Übernahmekurs dürfte 92 — 93 % betragen. 85 Mill. S des Erlöses werden zur Rückzahlung der Bankkredite, der Rest zur Weiterführung der Wohnbau-Aktion verwendet. Der Anleihedienst ist durch eine im Wohnbauförderungsgesetz vorgesehene Zinsgroschensteuer gesichert.“

Personalia

Das geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Industriellen-Verbandes, Geheimer Regierungsrat Dr. *Alfred Kuhlo*, ist am 21. März im Alter von 56 Jahren gestorben.

Im 77. Lebensjahre starb Ministerialdirektor a. D. Wirklicher Geheimer Rat *Otto Just*, Aufsichtsratsmitglied des Nordstern Versicherungs-Konzerns, der AG für Verkehrswesen und der Accumulatoren-Fabrik AG Berlin.

Der Honorar-Professor an der Technischen Hochschule Dresden, *Alfred Rachel*, Vorstandsmitglied der Elektra-AG und der AG Sächsische Werke, ist in den Vorstand der AEG berufen worden.

Das Vorstandsmitglied der Süddeutsche Zucker-AG, Direktor *Karl Haber*, Mitglied des Landesausschusses für Südwestdeutschland der DD-Bank und Aufsichtsratsmitglied der Helvetia Konservenfabrik Groß-Gerau AG, ist am 19. März im Alter von 50 Jahren gestorben.

Im Alter von 43 Jahren starb Direktor *Erich Eliel*, Vorstandsmitglied der Ehape AG für Einheitspreise in Köln.

Der Präsident des deutschen Handwerk- und Gewerkekammertages, Stadtrat *Ernst Pflugmacher*, Magdeburg, ist zum Mitglied des Reichswirtschaftsrats ernannt worden.

Der Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer, Rechtsanwalt *Eduard Meyerstein*, wurde am 26. März 60 Jahre alt. Meyerstein ist namentlich durch die gemeinsam mit dem kürzlich verstorbenen Geheimrat Dove vorgenommene Herausgabe der „Gutachten über Handelsgebräuche“ bekannt geworden.

Der außerordentliche Professor für Wirtschaftsgeographie und geographische Produktkunde an der Universität Frankfurt, Studienrat i. R. *Alois Kraus*, ist auf seinen Antrag zum 1. April von den amtlichen Verpflichtungen entbunden worden.

Bilanzen

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

6 (10) % Dividende — Starker Kreditorenrückgang — Erhebliche Unkostensenkung

Die Fusion der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft trug im abgelaufenen Jahr bereits sichtbare Früchte. Die *Unkostensenkung* von 155,94 auf 134,39 Mill. RM ist stärker als bei anderen Banken und um so mehr zu beachten, als noch 1929 eine Steigerung um 6 Mill. RM erfolgte, die nur teilweise auf Fusionskosten beruhte. Die Ersparnisse entfallen mit 75 % auf die *persönlichen Ausgaben*. Der Personalbestand hat sich von 21 600 auf 20 051 vermindert. Auch *Steuern* erreichten etwa 6,69 Mill. weniger als im vorigen Jahr, während *Wohlfahrtslasten* und *Abfindungen* mit 15,91 noch 0,75 Mill. RM mehr beanspruchten. Im ganzen sind die Ausgaben um 27,5 Mill. RM gesenkt worden. Ein weiterer Rückgang erheblichen Umfangs dürfte für 1931 zu erwarten sein. Andererseits werden aber auch die *Einnahmen* um 21,46 Mill. RM niedriger ausgewiesen, und außerdem — ähnlich wie bei den andern Banken — nicht weniger als 21,34 Mill. RM auf *Effekten und Konsortialbeteiligungen* abgeschrieben, so daß der Reingewinn (ein-

schließlich Vortrag) nur mit 20,39 (gegen 34,18) Mill. RM erscheint. Die *Dividende*, die ebenso wie bei der Dresdner Bank um 4 auf 6 % gekürzt wird, erfordert 17,1 (28,5) Mill. RM. Der Aufsichtsrat erhält mit 0,43 Mill. RM nur noch ein Drittel der vorjährigen Bezüge. Auch die Zuweisung an den Wohlfahrtsfonds (im Vorjahr 1,5 Mill. RM) kommt in Wegfall.

Zu dem besonders starken Rückgang der Zinsen wird bemerkt, daß die *Zinsspanne rückgängig* war, was nicht alle Banken konstatiert haben. Ferner spielte natürlich mit, daß im Laufe des Jahres das Bilanzvolumen um mehr als 10 % kleiner wurde. Gleichzeitig erfolgte ein *Umsatzrückgang*, der ziffernmäßig nicht genau festzustellen ist, da die Bank für 1930 (ohne Vergleichszahlen für frühere Jahre) erstmals bereinigte Umsatzzahlen veröffentlicht. Die Umsätze mit der Kundschaft, unter Ausschaltung aller Verrechnungen mit den Filialen und Nostroverbindungen, werden mit 198,6 Milliarden angegeben. Angesichts dessen überrascht es einigermaßen, daß *Provisionen* mit 115,83 Mill. RM erheblich besser behauptet blieben als die Zinsen. Namentlich die Effektenprovisionen sind nicht weiter zurückgegangen, weil im ersten Halbjahr nicht weniger als 420 Mill. RM Pfandbriefe pla-

ciert werden konnten. Die laufenden Effekten- und Konsortialgewinne, die infolge von Sondereinnahmen bei den Fusionen in der Gemeinschaftsgruppe vermutlich erheblich waren, werden wiederum nicht ausgewiesen, sondern sofort zur Verringerung der eingetretenen Bestandsentwertungen herangezogen. Der ausgewiesene *Effektenrückgang* von 78,67 auf genau 50 Mill. RM gibt wohl gewisse Anhaltspunkte über ihren Umfang. Über das Ausmaß der *Debitorenverluste* tappt man dagegen völlig im Dunkeln. Der Bericht betont sowohl hinsichtlich der Debitoren wie der Effekten- und Konsortialbestände lediglich die vorsichtige Bewertung. Eine eingehende Darlegung hätten namentlich die mit der Abwicklung der AG für Osthandel verbundenen Verluste erfordert. Die Angelegenheit, die bekanntlich auch zum Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes geführt hat, hat die Bank nach anderweitigen Angaben volle 36 Mill. RM gekostet. Diese und andere, namentlich in Süddeutschland eingetretenen Verluste, haben an den *stillen Reserven* weiter erheblich gezehrt.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	Dtsch. Bank 31. 12. 28	Disct.-Ges. 31. 12. 28	Deutsche Bank und Disconto-Ges. 31. 12. 28 ¹⁾ 31. 12. 29 ¹⁾ 31. 12. 30		
Einnahmen					
Gewinnvortrag	1,915	0,218	2,907	2,028	2,895
Zinsen und Wechsel	50,002	50,125	100,910	101,756	88,174
Gebühren	72,057	31,018	119,120	119,887	115,829
Sorten und Zinsscheine	0,750	—	1,758	1,896	1,595
Wertpapiere	1,500	3,688	4,887	—	—
Gemeinschafts-Geschäfte	1,500	—	4,577	—	—
Dauernde Beteiligungen	2,281	2,507	5,371	5,597	2,079
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank und beim A. Schaaffhausenschen Bankverein	—	3,700	—	—	—
Ausgaben					
Handlungskosten	82,140	47,826	151,927	155,936	134,390
Steuern und Abgaben	13,740	8,053	27,126	24,893	18,202
Wohlfahrtseinrichtungen, Pensionen, Abfindungen und Versicherungsbeiträge	8,016	—	13,180	15,167	15,911
Abschreibungen	0,318	—	—	0,985	21,678
Reingewinn	25,788	15,377	—	34,182	20,389
Dividende in %	10	10	—	10	6

¹⁾ vgl. die entsprechende Anmerkung zur Bilanz.

Auch *Beteiligungen* erbrachten mit 2,08 (5,6) Mill. RM wesentlich weniger. Für 1929 wurden nämlich noch die Dividenden aus den inzwischen durch Fusion verschwundenen Beteiligungen an der Rheinischen Kreditbank und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft vereinnahmt. Der Bilanzwert der Beteiligungen hat sich auf 37,5 (35,0) Mill. Reichsmark erhöht. Anlässlich des Übertritts eines Vorstandsmitglieds füllte die Bank ihre Kommanditeinlage bei Georg Fromberg & Co. (Berlin) auf 3 Mill. RM auf. Auch hat sich der Besitz an Aktien der Firma de Bary (Amsterdam), die bekanntlich die dortige Filiale der Deutschen Bank übernahm, erhöht. Ferner wurden Aktien der Deutschen Überseeischen Bank hinzugekauft und schließlich die Kommanditbeteiligung bei Philipp Elimeyer (Dresden) verstärkt. In Abgang kamen die Beteiligung bei der Firma E. Ladenburg (Frankfurt), deren Geschäft auf die dortige Filiale überleitet wurde, und die Bestände an Aktien der Gemeinschaftsgruppe. Die übrigen Beteiligungen (u. a. Kreditbank-Sofia, Ephrussi-Wien, C. G. Trinkaus, I. Wichelhaus & Sohn-Elberfeld) arbeiteten befriedigend.

Der *Rückgang der Kreditoren* auf 4136 (4728) Mill. RM ist nicht nur absolut, sondern auch prozentual stärker als bei anderen Großbanken. Er betraf ausschließlich die von 3807 auf 3155 Mill. verringerten „sonstigen“ Kreditoren und unter diesen wieder in der Hauptsache die mittel- und langfristigen Gelder. Dagegen sind die „Kundschaftskredite bei Dritten“ und die Einlagen deutscher Kreditinstitute noch leicht gewachsen. Von dem Kreditorenrückgang entfallen etwa 400 Mill. RM auf das *Ausland*; aber auch die inländischen Abziehungen sind — nach Ansicht der Bank — mehr aus politischen als aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten erfolgt (Kapitalflucht). Die Bemühungen um die Heranziehung von *Spargeldern*

werden offenbar fortgesetzt. Die Zahl der Sparkonten ist von 80 000 auf 137 000 gewachsen; über ihren Einlagenbestand wird nichts gesagt. Die *Kontengesamtzahl* wuchs auf 837 000 (800 000). Der Kreditorenrückgang wurde auch bei der Deutschen Bank wenigstens teilweise durch die Ausdehnung der *Akzepte* von 213 auf 245 Mill. RM ausgeglichen.

Bilanz

(Mill. RM)	Dtsch. Bank 31. 12. 28	Disct.-Ges. 31. 12. 28	Deutsche Bank Disconto-Ges. ¹⁾ 31. 12. 28 ¹⁾ 31. 12. 29 ¹⁾ 31. 12. 30		
Aktiva					
Kasse, Sorten und Kupons	38,831	26,447	78,418	81,560	84,635
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	57,048	50,624	123,850	111,457	123,881
Wechsel und Schecks	644,360	407,154	1256,148	1099,837	765,258
Unverzinsl. Schatzanweisungen	28,110	29,860	57,970	150,063	173,482
Nostroguthaben bei Banken u. Bankfirmen	241,197	139,522	458,748	431,927	321,703
Reports und Lombards	157,541	102,867	303,550	152,414	90,057
Rembourskredite sichergestellt	161,611	115,198	354,335	359,284	348,087
Rembourskredite ohne dingliche Sicherstellung	134,747	78,542	261,992	293,591	322,284
Sonstige kurzfristige Kredite gegen Verpfändung marktgängiger Waren	21,007	34,558	76,811	47,100	28,998
Eigene Wertpapiere insgesamt	35,000	12,840	61,844	78,665	50,000
davon Anleihen und Schatzanweisungen	2,800	0,050	4,172	4,850	4,300
sonstige lombardfähige Wertpapiere	3,000	0,617	4,281	3,898	0,700
sonstige börsenfähige Wertpapiere	22,600	10,719	42,681	50,526	29,000
sonstige Wertpapiere	6,600	1,454	10,712	19,392	16,000
Konsortialbeteiligungen	38,000	32,788	84,554	73,559	75,900
Dauernde Beteiligungen bei Banken u. Bankfirmen	25,873 ¹⁾	71,368	67,768	35,014	37,500
Debitoren gedeckt	835,359	414,911	1502,840	1688,838	1685,670
Debitoren ungedeckt	350,682	149,271	604,823	714,163	607,147
Bürgschafts-Schuldner	192,850	56,762	300,466	353,105	331,483
Langfristige Dollar-Vorschüsse	104,450	—	104,450	104,450	104,450
Bankgebäude	42,500	32,342	97,284	99,376	93,500
Sonstiger Grundbesitz	2,500	5,361	9,295	12,530	12,000
Mobilien	1 RM	1 RM	4 RM	1 RM	1 RM
Übergangsposten der eigenen Stellen untereinander	0,480	—	0,480	—	—
Wertpapiere der Wohlfahrtskasse	—	—	0,088	—	—
Passiva					
Aktienkapital	150,000	135,000	324,000	285,000	250,000
Reserve	77,500	51,000	153,000	160,000	160,000
Seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	259,201	214,190	583,376	664,740	688,756
Guthaben von Banken, Sparkassen usw.	158,799	179,401	428,735	255,912	292,192
Sonstige Kreditoren	2035,891	1043,407	3627,660	3807,985	3155,786
Von den Guthaben und sonstigen Kreditoren sind					
innerhalb 7 Tagen fällig	1040,184	528,529	1862,346	1881,259	1717,341
bis zu 3 Monaten fällig	1067,826	630,184	2019,598	2076,102	1662,235
nach mehr als 3 Mon. fällig	86,680	64,095	174,450	106,536	68,401
Akzepte	104,846	62,249	212,600	215,158	243,337
Bürgschaften	192,850	56,762	300,466	353,105	331,483
6% Dollar-Darlehen (fällig am 1. 9. 1932)	105,000	—	105,000	105,000	105,000
Übergangsposten der eigenen Stellen untereinander	—	—	—	0,497	0,371
Nicht erhobene Dividende	0,133	0,077	0,225	0,274	0,184
Wohlfahrtsfonds	2,639	2,952	5,515	7,082	5,598
Reingewinn	25,788	15,377	45,140	34,182	20,389

¹⁾ Die Zahlen der Gemeinschaftsbilanz der Disconto-Gesellschaft, der Norddeutschen Bank in Hamburg und der A. Schaaffhausenscher Bankverein AG in Köln sind in der Spalte für 1928 mit den Bilanzzahlen der Deutschen Bank, Berlin, der Rheinischen Creditbank, Mannheim, und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft AG, Mannheim, addiert worden. ²⁾ Einschließlich Beteiligung bei der Norddeutschen Bank (12 Millionen RM) und beim Schaaffhausenschen Bankverein (25 Mill. RM).

Wie fast überall, sind auch bei der Deutschen Bank als Folge der Kreditorenverminderung die *greifbaren Mittel stark zurückgegangen*. Die ersten fünf Bilanzposten haben um fast 500 Mill. RM abgenommen und decken die Verbindlichkeiten nur noch mit 50,4 (54,1) %, nachdem bereits 1929 eine Abnahme um etwa 5 % eingetreten war. Die Bank mißt dieser Entwicklung keine besondere Bedeutung bei; die Liquiditätsberechnungen seien Spielereien. Besonders stark war die Verminderung der *Wechsel* um 311 Mill. RM. Weiter sind die schon im vorigen Jahr reduzierten *Nostroguthaben* nochmals um 110 Mill. RM gesunken, außerdem *Reports* und *Lombards* um 62 Mill. RM. Die *Warenvorschüsse*, die bei den andern Banken zum Teil noch anstiegen, blieben fast unverändert, wobei sich der Prozentsatz der Exportvorschüsse auf Kosten der Importkredite erhöhte. Die in den eben genannten Einlagen

enthaltenen *Devisenposten* deckten die Valutaverbindlichkeiten mit 65,67 (65,04) %.

Die *Debitoren* zeigen mit 2292 (2403) Mill. RM erstmals eine leichte Senkung, wobei die Bank zu erkennen gibt, daß sich der Abbau der Debitoren keineswegs mühelos vollziehe. Der Rückgang betraf fast ausschließlich die ungedeckten Kredite. Die Bewertung der *Bankgebäude* ist auf 93,50 (99,37), die des sonstigen Grundbesitzes auf 12 (12,55) Mill. RM gesunken, weil durch die Fusion überflüssig gewordener Grundbesitz abgestoßen wurde. Der größte Teil harret freilich noch der Verwertung, darunter namentlich das auf mehrere Millionen zu veranschlagende Verwaltungsgebäude der ehemaligen Disconto-Gesellschaft in Berlin, das gegenwärtig leersteht. Das Grundstückskonto umfaßt 518 bebaute und 22 unbebaute Grundstücke. — Die Ankäufe eigener Aktien bei der Börsenbaisse des vergangenen Jahres haben es der Bank ermöglicht, 35 Mill. RM ihres Kapitals zu erwerben, die sie vorläufig im Besitz zu halten gedenkt (vgl. S. 603).

Im *neuen Jahr* läßt sich bisher noch keine wesentliche Besserung erkennen. Der Umsatzrückgang hat sich erneut verstärkt; im Januar und Februar wurden durchschnittlich je 15½ Milliarden umgesetzt gegen 17½ Milliarden im vorigen Jahr.

Darmstädter und Nationalbank

Dividendensenkung von 12 auf 8 % — Anstieg der Debitoren, Rückgang der Kreditoren

Anders als die Deutsche Bank, aber ähnlich wie die Dresdner Bank, verzeichnet die Danatbank *keinen wesentlichen Rückgang der Bruttoeinnahmen*. Zinsen werden mit 34,87 Mill. RM sogar ein wenig höher ausgewiesen, wobei betont wird, daß dies auf die günstige Entwicklung der ausländischen Geldmärkte in der ersten Hälfte des Jahres 1930 zurückzuführen sei. Auch Provisionen sind mit 36,49 Mill. RM nur wenig vermindert, obwohl im Effekten- und Konsortialgeschäft naturgemäß ein erheblicher Ausfall entstand. Auch die Bewegung des *Umsatzes* steht im Gegensatz zu der Entwicklung bei der Deutschen Bank und wiederum parallel zu der Dresdner Bank, indem von einer Umsatzsteigerung auf 261,5 (245) Milliarden RM berichtet wird. Andererseits konnten an *Verwaltungskosten* etwa 3,4 Mill. RM eingespart werden, obwohl die Beamtenzahl unverändert 7300 blieb. Die persönlichen Unkosten erforderten 78,4 (79,3) % der Gesamtsumme. Die Unkostensenkung dürfte stark von den Tantiemekürzungen beeinflusst sein. *Steuern* sind mit 3,22 Mill. RM auf weniger als die Hälfte gesunken, was zum Teil auf Rückerstattungen zuviel abgeführter Beträge beruht. So werden auch bei der Danatbank 10 Mill. RM für *offene Abschreibungen auf Effekten- und Konsortialkonto* frei. Trotzdem zeigen diese beiden Konten mit 36 und 38 Mill. RM keine wesentliche Verringerung, was auf weitere Aufnahmen im Laufe des Jahres schließen läßt. Auf beiden Konten waren rund 20 (17) Mill. RM festverzinsliche Werte verbucht. Selbstverständlich sind auch bei der Danatbank die Effekten- und Konsortialgewinne zu Abschreibungen verwandt worden.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12. 26	31.12. 27	31.12. 28	31.12. 29	31.12. 30
Einnahmen					
Provisionen	35,546	40,162	41,024	38,044	36,492
Wechsel und Zinsen	31,927	33,346	34,318	34,699	34,874
Effekten- u. Konsortial-Gewinne	10,000	5,000	5,000	—	—
Gewinn-Vortrag	2,264	2,278	2,591	3,050	5,119
Ausgaben					
Verwaltungskosten	52,932	55,128	56,185	56,706	53,102
Steuern	5,846	9,387	10,037	7,269	5,217
Effekten- und Konsortialkonto	—	—	—	—	10,000
Reingewinn	20,958	16,271	16,710	11,799	8,166
Dividende in %	12	12	12	12	8

Beteiligungseinnahmen werden wiederum nicht ausgewiesen. Im einzelnen wird berichtet, daß die Internationale Bank in Amsterdam wieder eine angemessene Dividende ausschütten werde. Die Südamerika-Bank ging bekanntlich

von 6 auf 4 % herab, die Danziger Bank für Handel und Gewerbe auf 8 (10), während die Orientbank wieder 5 %, die Mercurbank in Wien wieder 6 %, die Litauische Kommerzbank in Kowno 8 % verteilen wird. Die Kommanditen (u. a. Schwarz, Goldschmidt & Co.) konnten sich den ungünstigen Verhältnissen im Kredit- und Effekengeschäft nicht entziehen.

Wieweit *Debitorenverluste* das Ergebnis schmälerten, läßt sich nicht beurteilen. Bekannt wurde u. a. die Beteiligung bei verschiedenen Bauinsolvenzen (Heinicke, Industriebau, Magdeburger Bau), die zusammen jedoch keine sonderlich großen Ausfälle gebracht haben sollen. Da die Danatbank für eigene Rechnung keine eigenen Aktien aufnahm, hat sie — im Gegensatz zur Deutschen Bank — auch kein Agio aus den stillen Reserven abzudecken. Die *Kursstützung* erfolgte, wie bei den meisten Banken, für Rechnung befreundeter Kreise, kommt also in der Bilanz nur unter den effektengedeckten Debitoren zum Ausdruck. Freilich dürften auch ohnedies die *stillen Reserven* stark zusammengeschmolzen sein. Der *Reingewinn* wird mit 8,17 (11,79) Mill. RM ausgewiesen. Durch die Dividendensenkung von 12 auf 8 % werden bei 60 Mill. RM Kapital 2,4 Millionen und an der Aufsichtsrats-Tantieme weitere 0,24 Millionen Reichsmark gespart. Schließlich fällt die vorjährige Pensionszuweisung von 1 Mill. RM weg. Noch vor zwei Jahren waren aus Effekten- und Konsortialgewinnen 5 Mill. RM den Reserven zugeführt worden, was besonders deutlich den Wandel der Zeiten zeigt. Der Vortrag bleibt mit 3,12 Mill. RM unverändert hoch; er entspricht einer Dividende von über 5 %.

Auch an der Danatbank ging der *Kreditorenrückgang* nicht vorüber. Er resultiert auch bei ihr aus in- und ausländischen Abzügen. Im einzelnen sind die *Kundschaffskredite bei Dritten*, die Ende 1928 noch 205 Mill. RM be-

(Mill. RM)	Bilanz				
	31.12. 26	31.12. 27	31.12. 28	31.12. 29	31.12. 30
Aktiva					
Kasse, Sorten und Kupons	76,384	65,268	23,089	25,375	27,525
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	—	—	69,301	54,222	54,920
Schecks, Wechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	351,401	427,710	556,863	605,316	428,204
Nostroguthaben bei Banken	200,437	217,657	270,097	257,723	189,006
davon innerhalb 7 Tag. fällig	—	—	225,863	218,604	180,043
Reports und Lombards	159,071	109,607	158,681	160,990	78,884
davon Reports allein	—	—	103,146	90,186	34,027
Rembourskredite, sichergestellt	65,595	91,694	154,515	202,768	273,903
Rembourskredite ohne dingliche Sicherstellung	18,525	38,993	86,092	149,877	159,970
Kurzfrist. Kredite gegen Verpfänd. marktgängiger Waren	—	—	25,774	24,973	19,756
Eigene Wertpapiere, insgesamt	18,101	23,215	25,000	38,000	36,000
davon:					
Reichs- und Länderanleihen bei Notenbanken beliehbar	1,514	1,884	1,273	1,152	1,613
sonst. börsenfähige Wertpapiere	7,457	3,576	2,216	2,258	2,168
sonstige Wertpapiere	6,347	15,426	19,840	32,589	30,089
Konsortialbeteiligungen	2,813	2,329	1,671	2,001	2,130
Dauernde Beteiligungen bei Banken	15,752	23,942	25,000	37,000	38,000
Banken	20,614	21,492	24,000	24,000	24,000
Debitoren, insgesamt	580,167	727,395	889,248	1016,777	1068,805
davon Kredite an Banken, Sparkassen usw.	—	—	31,286	51,856	124,744
von der Gesamtsumme sind gedeckt:					
Avale	448,294	564,177	712,370	789,810	832,606
außerdem:	44,089	74,756	75,468	83,691	82,783
Bankgebäude	25,000	25,000	25,000	25,000	25,000
Passiva					
Aktienkapital	60,000	60,000	60,000	60,000	60,000
Reserven	40,000	50,000	55,000	60,000	60,000
Kredite der Kundschaft bei Dritten	46,084	109,162	205,200	337,273	430,018
Guthaben von Banken, Sparkassen usw.	150,156	220,575	296,859	183,274	204,943
Sonstige Kreditoren	1130,320	1234,171	1580,561	1863,008	1655,692
von den Guthaben u. sonst. Kreditoren sind:					
innerhalb 7 Tagen fällig	537,687	491,884	684,923	781,092	788,359
bis zu 3 Monaten fällig	560,266	638,534	1051,995	1177,597	984,258
nach mehr als 3 Monaten fällig	31,701	103,082	140,501	87,593	88,017
Akzente	57,951	72,565	80,466	90,184	125,823
Avale	44,089	74,756	75,468	83,691	82,783
Pensionsfonds	2,000	3,000	4,000	5,000	6,000
Rückst. Dividende u. Verrechnung mit Zweigstellen	3,577	6,229	13,864	11,484	4,435
Reingewinn	20,958	16,271	16,710	11,799	8,116

trugen, stark gewachsen (430 nach 337 Mill. RM). Da aber die sonstigen Kreditoren von 1863 auf 1655 Mill. RM abnahmen, ist der Anteil der Auslandsgelder, trotz der Erhöhung der durchweg im Ausland laufenden Kundschaftskredite bei Dritten, von 34 auf 50 % der Gesamtkreditoren zurückgegangen, wobei auf ausländische Markeinlagen nur noch 5 (7) % der Gesamtkreditoren entfielen. Entsprechend dieser Bewegung gestaltete sich auch die Befristung der Kreditoren; die sofort fälligen blieben ziemlich unverändert, während die später fälligen um fast 200 Mill. RM kleiner geworden sind. Wie auch bei den anderen Banken, wurde der Kreditorenrückgang zum Teil durch eine Ausdehnung der *Akzente* ersetzt, die jetzt über 100 % der Eigenmittel ausmachen.

Unter den *Anlagen* sind die sogenannten „liquiden Mittel“ von 1481 auf 1363 Mill. RM gesunken, obwohl die *Warenvorschüsse*, entsprechend der Bewegung der Kundschaftskredite bei Dritten, von 377 auf 453 Mill. RM zunahmen und auch staatliche Schatzwechsel und -anweisungen von 78 auf 131 Mill. RM stiegen. Handelswechsel sind dagegen um fast 100 Mill. RM zurückgegangen, so daß der Gesamtbestand an Wechseln und Schatzanweisungen nur noch 559 (605) Mill. RM beträgt. Auch Reports und Lombards sind nochmals scharf gesunken. Auch auf die *Nostroguthaben* mußte erneut zurückgegriffen werden. Die „Devisenliquidität“ stellt sich auf 65,7 (63,5) %. Die dauernden Beteiligungen sind mit 24 Mill. RM nicht verändert. Im Gegensatz zu der bei andern Großbanken beobachteten Entwicklung sind die *Debitoren* mit 1068 (1017) Mill. RM nochmals etwas gestiegen, wozu die Bank bemerkt, daß sie in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres ihrer Kundschaft, der direkt aufgenommene Auslandskredite gekündigt wurden, aushelfen mußte. Interessant ist die Bemerkung, daß die Verluste hauptsächlich bei den gedeckten Krediten entstanden seien, da sich die Deckung oft als ungenügend erwies. Dennoch betraf der Neuzugang an Krediten vor allem die gedeckten Ausleihungen. *Immobilien* zeigen keine Veränderung. Die Danatbank unterhält gegenwärtig 111 (108) Filialen und 110 (101) Depositenkassen.

Barmer Bank-Verein

Dividendensenkung von 10 auf 8 % — Abnahme der Kreditoren, aber keine Steigerung der Akzente

Der Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. KGaA in Düsseldorf senkt seine Dividende im Jahre 1930 nur um 2 auf 8 %, während jene Berliner Filialgroßbanken, die im vorigen Jahr 10 % verteilten, auf 6 % herabgehen. Ob sich in diesem Unterschied bessere Ergebnisse oder lediglich taktische Erwägungen widerspiegeln, läßt sich bei der Undurchsichtigkeit der Bilanzzahlen und bei den geringen Aufschlüssen des Berichts nicht erkennen. Einige kleinere Provinzbanken haben ebenfalls ihre Dividenden im Krisenjahr 1930 weniger scharf herabgesetzt als die Berliner Großbanken und auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie von der Krise weniger stark betroffen worden seien.

Der Barmer Bank-Verein weist *Zinsen*, in denen anscheinend auch die Beteiligungserträge enthalten sind, um 740 000 RM niedriger aus. Er begründet dies mit der Verringerung der Zinsspanne; die Habenzinsen konnten den Diskontermäßigungen des ersten Halbjahrs nicht angepaßt werden. Man erinnert sich, daß im Rheinland der Zinswettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Banken im abgelaufenen Jahr zeitweise besonders scharf war. *Provisionen* erscheinen mit 7,01 Mill. RM sogar um 1,04 Mill. RM niedriger, was u. a. mit dem Rückgang des Effekten-geschäfts begründet wird. Einer Verringerung des Bruttogewinns um 1,78 Mill. RM steht eine Ersparnis an *Verwaltungskosten* von 550 000 und an Steuern von 320 000 Reichsmark gegenüber. Der *Reingewinn* erscheint danach mit 3,56 gegen 4,22 Mill. RM. Die Dividende auf das Aktienkapital von 36 Mill. RM, neben dem die Rücklagen unverändert 50 % betragen, erfordert 2,83 (3,60) Mill. RM, die Aufsichtsrats-Tantieme 150 000 (220 000) RM. Die Zu-

weisung an den Pensionsfonds (im vorigen Jahr noch 100 000 RM) fällt diesmal weg.

Sucht man sich ein Bild über die *wirklichen Ergebnisse* zu machen, so bleibt einerseits zu beachten, daß die *Umsatzsteigerung* von 48 auf 49,50 Milliarden RM auch bei dieser Bank einen ziemlich günstigen Ertrag des laufenden Geschäfts vermuten läßt. Andererseits deutet der Rückgang der *Effekten* von 4,69 auf 4,37 und der *Konsortien* von 3,49 auf 1,27 Mill. RM darauf hin, daß auf diesen Konten, wie bei fast allen großen Kreditbanken, erhebliche Abschreibungen vorzunehmen waren. Freilich waren die in dieser Anlage festgelegten Gelder nicht nur absolut, sondern auch relativ wesentlich kleiner als bei anderen Banken; infolgedessen blieb vermutlich auch der *Abschreibungsbedarf* geringer. Wieweit Debitorenverluste das Ergebnis schmälerten, entzieht sich vollkommen der Kenntnis.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12. 26	31.12. 27	31.12. 28	31.12. 29	31.12. 30
<i>Einnahmen</i>					
Gewinnvortrag	0,215	0,227	0,257	0,279	0,306
Gebühren-Rechnung	5,813	6,755	7,073	8,046	7,014
Zinsen-Rechnung	3,747	5,187	5,675	6,777	6,049
Gewinn auf Wertpapiere	1,018	1,224	1,025	—	—
<i>Ausgaben</i>					
Verwaltungskosten	6,400	7,027	7,314	7,748	7,201
Steuern und öffentliche Lasten	1,690	2,188	2,512	3,127	2,810
Reingewinn	2,703	4,179	4,205	4,226	3,358
Dividende in %	10	10	10	10	8

Die *Bilanz* läßt beim Vergleich mit den bisher bekanntgewordenen Großbankabschlüssen einige Besonderheiten erkennen. Der *Kreditorenrückgang*, von dem die Bank ebenfalls nicht verschont blieb, war nämlich nicht mit einer Steigerung der *Akzente* verbunden, die im Gegenteil (von 26,6 auf 24,4 Mill. RM) zurückgingen. Auch von dem „geliehenen Akzeptkredit“, dem *Kundschaftskredit bei Dritten*, wurde im Gegensatz zu anderen Großbanken kein vermehrter Gebrauch gemacht; dieser Bilanzposten verminderte sich vielmehr um 2,86 auf 94,62 Mill. RM; dementsprechend sanken andererseits auch die *Warenvorschüsse* um 3,78 auf 95,77 Mill. RM. Die Entwicklung dieser beiden

Bilanz

(Mill. RM)	31.12. 26	31.12. 27	31.12. 28	31.12. 29	31.12. 30
<i>Aktiva</i>					
Kasse, Sorten und Kupons ..	13,329	21,643	2,297	2,443	2,815
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			22,860	24,631	20,869
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	54,344	57,757	82,805	67,941	62,796
Nostroguthaben bei Banken ..	27,807	38,996	63,928	57,194	46,408
davon innerh. 7 Tagen fällig	—	—	58,677	50,553	38,276
Reports und Lombards	30,492	24,402	16,076	10,514	8,215
Rembourskredite, sichergestellt	18,288	21,786	15,104	36,165	47,053
Rembourskredite, ohne dingliche Sicherstellung	—	17,630	40,700	61,323	47,633
Kurzfristige Kredite gegen Verpfänd. marktgängiger Waren	—	—	2,422	2,058	1,082
Eigene Wertpapiere insgesamt .	1,792	2,466	3,876	4,092	4,380
davon:					
Reichs- und Länderanleihen	0,426	0,319	0,445	0,447	0,004
bei Notenbanken beliehbar	0,149	0,110	0,177	0,327	0,278
sonst. börsenfähige Wertp.	0,396	0,447	1,599	2,405	2,116
sonstige Wertpapiere	0,822	1,590	1,654	1,513	1,982
Konsortialbeteiligungen	1,279	3,092	3,851	3,495	1,268
Dauernde Beteiligungen bei Banken	5,504	5,545	5,641	5,821	5,821
Debitoren insgesamt	56,236	100,761	141,003	171,029	165,926
Von der Gesamtsumme sind gedeckt	33,384	65,324	98,765	124,441	129,792
<i>Avale</i>	9,389	14,582	16,373	19,606	18,661
Bankgebäude	10,146	9,970	9,970	9,970	9,970
Immobilien	2 RM	2 RM	2 RM	2 RM	2 RM
<i>Passiva</i>					
Aktien-Kommandit-Kapital	21,000	36,000	36,000	36,000	36,000
Reserven	11,167	18,017	18,017	18,017	18,017
Kredite der Kundschaft bei Dritten	22,633	43,123	55,815	97,486	94,638
Guthaben von Banken, Sparkassen usw.	12,575	14,907	40,250	31,284	37,164
Sonstige Kreditoren	135,679	163,488	231,492	243,610	210,620
Von den Guthaben u. sonst. Kreditoren sind:					
innerhalb 7 Tagen fällig	62,579	57,104	91,658	81,364	82,139
bis zu 3 Monaten fällig	66,258	99,073	165,844	177,087	152,126
nach mehr als 3 Mon. fällig	4,101	7,198	14,241	16,444	15,520
Akzente	15,433	24,308	24,725	26,613	24,407
<i>Avale</i>	9,389	14,582	16,373	19,606	18,661
Rückständige Dividende	0,025	0,026	0,029	0,033	0,030
Reingewinn	2,703	4,179	4,205	4,226	3,358

Konten läßt vermuten, daß die *Kreditorenabziehungen* dem Bank-Verein keine sonderlichen Verlegenheiten bereiten. Wie hoch der Anteil der Auslandsgelder an den Kreditoren ist, wird nicht mitgeteilt. Aus dem besonders starken Rückgang der bis zu drei Monaten laufenden Gelder (153 gegen 177 Mill. RM) darf man wohl schließen, daß der Kreditorenrückgang in erster Linie auf Geldkündigungen des Auslands zurückgeht.

Der Kreditorenrückgang wurde zum größten Teil durch eine Verringerung der *Nostroguthaben* (von 57,19 auf 46,41 Mill. RM), der *Wechsel* (von 67,94 auf 62,80) und der *Barbestände* (von 26,07 auf 23,67 Mill. RM) ausgeglichen. Der Umfang der *Rediskontoerpflichtungen* wird nicht ausgewiesen; nach den Zwischenbilanzen waren sie zeitweise ziemlich hoch. Auch die *Debitoren*, unter denen die ungedeckten mit 36,66 (46,57) Mill. RM besonders stark sanken, konnten um einige Millionen gesenkt werden. *Beteiligungen* werden unverändert mit 5,82 Mill. RM ausgewiesen. Es handelt sich bei ihnen vor allem wohl um das Interesse an den Firmen von der Heydt-Kersten & Söhne in Elberfeld und S. Falk in Köln.

Die *Liquidität* berechnet sich, wenn man den Verpflichtungen die Barguthaben, Wechsel, Nostroguthaben, Reports und Lombards sowie Wareneinschüsse und Wertpapiere gegenüberstellt, auf 66 %. Sie ist damit beträchtlich höher als bei anderen Banken.

Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt

Rohgewinn um 10,5 Mill., Reingewinn um 1 Mill. vermindert

Die Vorgänge, von denen die Bilanzen der großen Filialkreditbanken während des abgelaufenen Jahres beeinflusst wurden, machen sich in dem Rechnungswerk der Rentenbank-Kreditanstalt nicht so stark bemerkbar. Die Tatsache, daß sich die Aufnahme einer neuen Auslandsanleihe als unmöglich erwies, kann man als unmittelbare Wirkung ansehen; die mittelbaren Wirkungen, besonders die schlechtere Lage der Landwirtschaft, waren viel einschneidender.

Die Veränderungen im Rechnungswerk des Unternehmens, ebenso wie im Abschluß der Rentenbank, werden beherrscht durch die im MdW seinerzeit besprochenen gesetzlichen Änderungen, die u. a. zur Folge haben, daß der ganze Reingewinn der Hauptrücklage zugeführt wird.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12. 26	31.12. 27	31.12. 28	31.12. 29	31.12. 30
Einnahmen					
Zinsen aus Krediten und kurzfristigen Anlagen	12,258	13,120	18,111	16,297	14,625
Zinsen aus Wertpapieren und Devisen	0,604	0,914	1,415	2,268	3,037
Zinsen aus Hypothekendarlehen	18,554	31,484	58,335	53,403	44,239
Abschlußvergütungen, Verwaltungskostenbeiträge usw. ..	1,891	0,826	2,805	1,331	0,951
Ausgaben					
Handlungskosten	0,959	1,163	1,570	1,916	1,951
Sonstige Aufwendungen einschließlich Umbaukosten ...	—	—	—	—	0,796
Stempel, Emissionskosten und andere Ausgaben f. Anleihen	3,693	0,552	3,348	1,739	0,586
Zinsen für Anleihen	15,056	28,031	57,012	52,609	43,592
Abschreibung auf Wertpapiere	—	0,735	0,879	1,021	1,000
Reingewinn	13,598	15,864	17,857	16,014	14,928

Diese Dotierung ist in dem „viereckigen Verträge“ vom April 1950 festgesetzt, nach dem die Rentenbank-Kreditanstalt ihr Kapital in etwas anderer Weise, als ursprünglich vorgesehen, auf 500 Mill. RM auffüllt. Der Hauptteil der Erträge stammt, wie bei allen gemischten Hypothekenbanken, aus dem eigentlichen Bankgeschäft, denn der Zinsüberschuß im Hypothekengeschäft beträgt nur 0,63 (i. V. 0,79) Mill. RM. Daß die Zinsen aus Krediten mit denen aus kurzfristigen Anlagen zusammen ausgewiesen werden, ist bedauerlich. Die Roherträge sind um etwa 10 1/2 Mill. RM gesunken; da sich aber auch die Anleihezinsen (Golddiskontbankanleihe!) scharf vermindert haben, eine Reihe anderer Ausgabeposten ebenfalls kleiner wurde, wird ein nur um 1 Mill. RM geringerer Reingewinn ausgewiesen als vor einem Jahr; er geht an die Hauptrücklage. Da damit und mit der zweiten Überweisung von 25 Mill. RM aus der

Rentenbank im neuen Jahr das verantwortliche Kapital der Rentenbank-Kreditanstalt auf rund 485 Mill. RM steigt, ist zu erwarten, daß die erwähnte Grenze von 500 Mill. RM zu Ende des laufenden Geschäftsjahrs überschritten und bereits der Reingewinn von 1952 frei verfügbar werden wird. Zu dessen zukünftiger Verwendung bemerkt der Bericht, es solle dann „ein Teil für die Rationalisierung des Genossenschaftswesens zur Verfügung gestellt“ werden, und zwar in solcher Höhe, daß der Wert von 25 Mill. RM, bezogen auf den 1. April 1929, erreicht wird. Bis jetzt sind 8,4 Mill. RM in vier Raten geleistet worden.

Obleich die Abzahlungskredite A und B in nahezu dem vorgesehenen Umfang von 112 auf 80 Mill. RM heruntergegangen sind, standen am Bilanztag mit 293,8 rund 11 Mill. RM Personalkredite mehr aus als im Vorjahr. Es handele sich im wesentlichen um Erntefinanzierungs-

(Mill. RM)	Bilanz				
	31.12. 26	31.12. 27	31.12. 28	31.12. 29	31.12. 30
Aktiva					
Kasse, Reichsbankgiro-, Postcheck- und Bankguthaben ..	1,084	69,846	86,761	139,547	93,665
Guthaben bei der Deutschen Rentenbank	25,558	4,931	—	—	—
Wechsel u. Schatzanweisungen	—	—	—	15,594	6,773
Wertpapiere	7,479	24,864	33,414	38,924	41,989
Devisen	2,381	3,900	0,480	0,516	0,645
Beteiligungen	1,000	1,000	11,835	10,455	9,465
Personalkredite	—	—	—	—	—
bis zu 9 Monaten befristete Darlehen	—	183,740	150,718	151,439	188,485
Abzahlungskredite	209,383	—	107,466	112,449	80,523
sonst. länger befristete Darlehen (Molkereikredite) ..	—	79,579	—	—	—
Abwicklungskredite	—	—	12,047	18,327	22,299
Umschuldungskredite	—	59,951	46,174	13,165	8,404
Meliorationskredite	—	—	2,300	4,314	5,118
Dauerkredite aus Anleihe-mitteln	—	—	—	—	—
Dauerkredite aus eigenen Mitteln	15,455	17,437	19,697	20,184	17,076
Zwischenschiedskredite	—	—	8,268	27,625	19,591
Siedlungskredite	—	—	—	—	23,272
Zwischenschiedskredite	—	—	—	—	—
Dauerkredite	9,038	64,965	111,421	154,762	193,066
Hypothekendarlehen	—	0,575	15,114	37,989	49,683
aus Mitteln der 1. Amerika-Anleihe	103,381	101,633	99,761	97,756	95,610
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen	—	—	—	—	—
aus Mitteln der Golddiskontbankanleihe	3,562	0,678	3,580	3,089	2,316
Einstweilen aus eigenen Mitteln	240,900	355,716	346,539	211,698	97,479
aus Mitteln der 2. Amerika-Anleihe	59,063	0,583	—	—	—
aus eigenen Mitteln	—	101,877	123,843	122,498	121,173
aus Mitteln der 3. Amerika-Anleihe	—	0,001	1,030	0,531	0,489
aus eigenen Mitteln	—	109,885	206,178	205,607	198,999
aus Mitteln der 4. Amerika-Anleihe	—	—	0,284	2,239	3,552
aus eigenen Mitteln	—	—	97,490	106,669	104,852
Hypothekar-Stundungskredite ..	—	—	0,025	1,255	0,978
Bei der Golddiskontbank hinterlegt	—	—	—	—	29,987
Bei der Reichsbank hinterlegt	—	—	—	—	1,391
Anteilige Zinsen aus Hypothekendarlehen	—	115,001	11,827	0,211	—
Bankgebäude	8,298	13,408	14,597	12,572	9,008
Sonstige Aktiva	0,899	13,518	8,455	4,114	1,600
Passiva					
Kapital	280,000	335,000	352,200	393,900	420,000
Hauptrücklage	1,326	4,726	8,692	13,156	26,464
Schuldverschreibungen	—	—	—	—	—
1. Amerika-Anleihe (7%) ..	103,370	101,623	99,758	97,755	95,609
Golddiskontbank-Anl. (7%) ..	—	355,716	347,700	224,800	99,370
2. Amerika-Anleihe (6%) ..	—	126,000	124,051	122,653	121,170
3. Amerika-Anleihe (6%) ..	—	210,000	207,866	205,598	198,996
4. Amerika-Anleihe (6%) ..	—	—	108,381	106,667	104,865
Meliorations-Anleihe (6 1/2%) ..	—	—	—	—	19,278
Sonderrücklagen für ausgegebene Schuldverschreibung ..	3,075	12,727	23,875	35,418	37,874
7% Hypothekar-Schuldscheine ..	240,900	—	—	—	—
Sonderrücklage hierfür	0,903	—	—	—	—
Beteiligungsrücklage	—	1,000	1,000	1,000	1,000
Deutsche Rentenbank, Abwicklungskredite	—	59,951	57,988	51,674	27,747
Guthaben des Reichs	31,229	66,625	115,130	158,044	188,427
Nach Löschung von Aufwertungshypotheken auszuzahlende Beträge	—	1,326	0,984	0,053	—
Darlehen für Siedlungsdauerkredite	—	—	13,700	35,628	49,059
Anteilige Zinsen für Schuldverschreibungen und Hypothekar-Schuldscheine	9,839	13,487	19,220	16,504	12,394
Rückstellungen	—	1,943	3,775	4,802	5,005
Pensionsfonds	—	0,270	0,560	0,871	1,206
Sonstige Passiva	3,044	26,933	16,562	28,969	8,581
Reingewinn	13,598	15,864	17,857	16,014	14,928

Düngemittel- und Gräserkredite; die Rückzahlungstermine seien mit Erfolg den Bedürfnissen der Landwirtschaft angepaßt, die normalen Personalkredite bis tief in das Jahr 1931 verlängert worden. — Aus den Erläuterungen zur Abwicklung der Golddiskontbank-Anleihe geht hervor, daß zwar 10,4 Mill. RM der zweiten Rate bis zum 1. Juni 1931 gestundet worden sind, daß weitere rund 30 Mill. RM noch einen Monat länger wegen der nichtbefriedigenden Absatzmöglichkeiten für Pfandbriefe verlängert und bis zum Ablauf in 7%ige langfristige Darlehen umgewandelt werden sollen, daß aber doch in einer anscheinend nicht unerheblichen Anzahl von Fällen auch im letzten Jahr noch die dritte Rate der Golddiskontbankkredite vorzeitig zurückgezahlt worden ist. Es scheint sich dabei um etwa 10 Mill. RM zu handeln; wenigstens sind aus vorzeitigen Rückflüssen zweite Raten in dieser Höhe gestundet worden. Infolge des „für Ablösungszwecke außerordentlich günstigen tiefen Kursstandes der Schuldverschreibungen“ ist Ähnliches auch bei der zweiten, dritten und vierten Amerika-Anleihe eingetreten, und zwar mit insgesamt rund 8 Mill. RM. Bei etwa der Hälfte des Betrags wurden die getilgten Hypotheken durch solche aus eigenem Besitz ersetzt, 1 Mill. Dollar der dritten Anleihe mußte außerdem getilgt werden. Die ganzen Vorgänge sind im Hinblick auf die oft behauptete „allgemeine Notlage“ der Landwirtschaft bedeutsam, um so mehr, als auch bei den Molkereikrediten festgestellt wird, daß die Rückzahlungen in dem vereinbarten Rahmen geleistet worden seien. Hier liest man mit Befriedigung, daß das Unternehmen „besonderen Wert... auf die Nachprüfung der einzelnen Projekte nach der betriebswirtschaftlichen und kaufmännischen Seite“ gelegt habe, also einigermaßen in die Fußtapfen der Preußenkasse getreten ist. Die für Molkereikredite bereit-

gestellten Beträge werden begreiflicherweise jetzt bedeutend langsamer abgerufen; das war zum Teil Krisenfolge, zum Teil geschah es im Hinblick auf das immer noch nicht in Kraft gesetzte Reichsmilchgesetz. Zur Zeit laufen einschließlich der weitergeleiteten ungefähr 71 Mill. RM verbilligte Molkereikredite. — Die Übertragung der für die landwirtschaftliche Siedlung bestimmten Mittel auf die Deutsche Siedlungsbank ist erst im neuen Jahr erfolgt; im Jahr 1930 wurden aus Reichsmitteln 54,2 Mill. RM neu bewilligt, ferner konnten für Dauerkredite an Flüchtlings-siedler weitere 10 Mill. RM Darlehen hereingeholt werden. Die Kreditanstalt selbst hat aus eigenen Mitteln weitere 15 Mill. RM Meliorations-Zwischenkredite und $\frac{3}{4}$ Mill. RM für Hannover zur Förderung der Odlandkultivierung vom Hofe aus (jüngst vom preußischen Landwirtschaftsminister als eines der wichtigen „kleineren Mittel“ zur Förderung der Landwirtschaft erwähnt) zur Verfügung gestellt.

Zu der Bilanz wird unter anderem noch erläuternd bemerkt, daß der starke Rückgang der Bankguthaben mit der erwähnten Gewährung neuer Personalkredite unter Umwandlung fälliger Golddiskontbank- in langfristige Bardarlehen zusammenhänge. Das Steigen des Wertpapierbestands erkläre sich aus Erwerben zu Tilgungszwecken und zu Sonderrücklagen für die Amerika-Anleihe.

Die *Deutsche Rentenbank* wurde im vergangenen Geschäftsjahr im Einklang mit den Gesetzesänderungen weiter abgewickelt. In ihrer Bilanz kommt bereits der erste Übertrag von 25 Mill. RM an die Rentenbank-Kreditanstalt zum Ausdruck; der zweite ist zu Beginn des Rechnungsjahrs 1931 erfolgt. Im Zusammenhang damit sind die liquiden Vermögenswerte zusammengeschrumpft. Am Ende des Rechnungsjahrs betrug der Umlauf an Rentenbankscheinen noch 446,5 (480,4) Mill. RM.

Marktberichte

Die Konjunktur

Die gegenwärtige Wirtschaftsdepression beschränkt sich nicht auf Deutschland. Alle Länder, bei denen überhaupt regelmäßige Konjunkturschwankungen festgestellt werden können, weisen nunmehr ausnahmslos die Merkmale eines wirtschaftlichen Niedergangs auf. Relativ günstig war noch bis weit in das Jahr 1930 hinein die Lage in Frankreich und Skandinavien; auch diese Länder sind jedoch inzwischen in das Stadium der Depression getreten, so daß wir gegenwärtig eine internationale Parallelität des Konjunkturablaufs erleben, wie sie bisher noch niemals zu beobachten war. Die Lage wird dadurch verschlimmert, daß sich in keinem Lande Anzeichen eines beginnenden konjunkturellen Aufschwungs bemerkbar machen. Nach den Übersichten des Instituts für Konjunkturforschung war bis zum Ende des vorigen Jahres lediglich in Japan ein gewisser Stillstand der Abwärtsbewegung festzustellen. In allen anderen Ländern hatte sich die Lage weiter verschlechtert.

Die Konjunkturentwicklung während der letzten Jahre kommt in den Zahlen über die deutsche *Ausfuhr* deutlich zum Ausdruck. Sowohl der zeitliche Ablauf wie das Ausmaß der Depression lassen sich — wenn auch nur in den großen Linien und mit wichtigen Vorbehalten — aus dem Umfang des deutschen Exports ablesen. Während z. B. die deutsche Gesamtausfuhr von 1929 zu 1930 von 145 auf 130 % (Basis 1925) sank, konnte Frankreich noch wachsende Warenmengen aufnehmen; trotz des sinkenden Preisniveaus ist die deutsche Ausfuhr nach Frankreich sogar wertmäßig noch von 194 auf 238 % des Standes im Jahre 1925 gestiegen. Andererseits war z. B. der Rückgang bei der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten, in denen sich Depressionserscheinungen bereits Ende des Jahres 1929 deutlich bemerkbar machten, überdurchschnittlich stark (113 gegen 164 %); ähnlich lagen die Verhältnisse

beim Export z. B. nach Australien und in die südamerikanischen Staaten.

Deutschlands Ausfuhr

(1925 = 100)	1926	1927	1928	1929	1930
Frankreich	139	117	144	194	238
Dänemark	106	107	121	137	135
Großbritannien	124	126	126	139	150
Niederlande	113	112	118	136	121
Vereinigte Staaten ...	123	129	132	164	113
Australien	162	193	178	236	151
Argentinien	102	111	129	138	107
Brasilien	95	81	98	105	60
Insgesamt	112	116	129	145	130

Eine Enttäuschung brachten die vorläufigen Zahlen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung über die Lage des *Arbeitsmarkts* Mitte März. Während man nach dem Vorbild der entsprechenden Vorjahrszeit, zu der sich die konjunkturelle Verschlechterung schon deutlich bemerkbar machte, eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarkts erwarten durfte, hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden in der ersten Märzhälfte dieses Jahres noch etwas erhöht (von 4 972 000 auf 4 980 000, ausschließlich der noch in Stellung Befindlichen). Gegenüber dem Höchststand der Arbeitslosigkeit Mitte Februar ist also bisher lediglich eine Entlastung um 11 000 Personen eingetreten. Man darf jedoch hoffen, daß dieser Rückschlag auf die ungünstige Witterung zurückzuführen ist und kein Anzeichen für eine Verschlechterung der Gesamtlage darstellt. Die Erhöhung der Arbeitslosenzahl betrifft fast ausschließlich die *Saisonaußenberufe*, bei denen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs ein beträchtlicher Rückgang eingetreten war. Bei den übrigen Berufsgruppen, in denen die Arbeitslosigkeit im vorigen Jahr noch etwas gestiegen war, ist hingegen diesmal eine leichte Senkung festzustellen. Wegen des guten Wetters, das inzwischen wohl in ganz Deutschland eingetreten ist, darf man annehmen, daß sich die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarkts in der zweiten Hälfte des März deutlich fühlbar machen wird.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Die Mark am Goldeinfuhrpunkt

Auf dem deutschen Geldmarkt hat sich die Lage nicht viel verändert. *Tagesgeld* wurde nach einer leichten Verstärkung am 20. März wieder ziemlich flüssig, wie gewöhnlich vor dem Ultimo. Die *ausländischen Geldangebote* dauern an. Einzelne Firmen konnten Leihdollars auf einen Monat schon mit 3% % hereinnehmen, während im allgemeinen noch etwa 4—4½ % gezahlt werden.

1931	Berlin				Frankfurt a. M.		
	Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monats- geld	Waren- wechsel	Scheck- tausch	Waren- wechsel
19. 3.	4 3/4	4 3/4	3 3/4—5 1/2	5 1/2—7	5 1/4	3 1/2	5
20. 3.	4 3/4	4 3/4	4 — 5 1/2	5 1/4—6 1/2	5 1/4	3 1/2	5
21. 3.	4 3/4	4 3/4	3 1/2—4 1/2	5 1/4—6 1/2	5 1/4	3 1/2	5
21. 3.	4 3/4	4 3/4	3 1/2—4 1/2	5 1/4—6 1/2	5 1/4	3 1/2	5
21. 3.	4 3/4	4 3/4	3 1/2—4	5 1/2—6	5 1/4	3	5
25. 3.	4 3/4	4 3/4	3 — 4 1/2	5 1/2—6	5 1/4	3	5

Hierdurch sowie durch die Beteiligung des Auslands an dem 75 Mill. RM-Kredit für Berlin blieb die *Reichsmark fest*. Gegenüber Paris hat sie sich dem Goldpunkt stark genähert; bisher kam es zwar noch nicht zu Goldimporten, doch konnten am Dienstag in London auf dem freien Markt 100 000 £ Gold gekauft werden. Dagegen erhielt die Reichsbank eine neue Sendung *russischen Goldes*. Rußland soll auch der „unbekannte Verkäufer“ gewesen sein, der in London am Montag Gold an die Bank von England abgab. Diese erwarb übrigens auch den größten Teil des Kapgoldes, so daß sie ihre Reserven in dieser Woche um über 1 Mill. £ auffüllen konnte.

Berlin Mittelkurs:	19. 3.	20. 3.	21. 3.	23. 3.	24. 3.	25. 3.
New York.....	4,196	4,193	4,196	4,192	4,195	4,193
London.....	20,39	20,9	20,39	20,33	20,39	20,50

Arbeitslosenversicherung und Reichsbank

Der Reichsbank-Ausweis vom 23. März zeigte eine *weitere Entlastung* auf Wechsel- und Lombardkonto um 160 Mill. RM, womit die Belastung vom Februar-Ultimo endlich vollständig abgetragen ist. Die Devisenbestände sind erneut um 15 Mill. RM gewachsen. Bemerkenswert ist der fortgesetzt große *Vorrat an Scheidemünzen* (195 Mill. RM); er bildet einen der Gründe, warum die Reichsbank als Vorbedingung für die Gewährung eines Überbrückungskredits an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung (vgl. Nr. 12, S. 556) eine Umstellung ihres Zahlungsverkehrs verlangt hat. Wenn die Anstalt ihre Zahlungen in Zukunft über die Reichsbank abwickelt, so können nach Ansicht der Reichsbank der Anstalt einerseits die in der Provinz hereinkommenden Gelder rascher zugeführt werden; andererseits hofft die Reichsbank anlässlich der Auszahlungen an die Unterstützungsempfänger ihre Scheidemünzenbestände verkleinern zu können. Schließlich könnten vielleicht auch die gegenwärtig stets sehr niedrigen *Giroeinlagen* auf diese Weise verstärkt werden, was der Reichsbank aus verschiedenen Gründen sehr angenehm wäre.

Pfandbrief-Emissionen zum Quartalstermin

Angesichts des bevorstehenden Kupontermins werden zahlreiche Emissionen von 7%igen Pfandbriefen neu angeboten. So offerieren z. B. die Preussische Zentralstadtschaft 4 Mill. RM Pfandbriefe zu 95% %, die Preussische Landespfandbriefanstalt 10 Mill. RM zu 96½ %, die Hanoversche Landescreditanstalt 5 Mill. RM zu 95½ %, die Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank 10 Mill. RM zu 96½ % und die Westdeutsche Bodenkreditanstalt 5 Mill. RM zu 96½ %. Daneben laufen die verschiedenen Zeichnungsaufforderungen für *städtische Schatzanweisungen*. Ferner soll eine 7%ige Anleihe des *Ruhrverbandes* in Höhe von 6 Mill. RM zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Kürze der Laufzeit (fünf Jahre) beweist, daß die Banken dem deutschen Emissionsmarkt trotz der anhaltenden Besserung der Börsenkurse immer noch neue besonders geartete Emissionen anzubieten wagen.

Die Warenmärkte

Das bedeutsamste Ereignis der letzten Tage war die förmliche Erklärung des Bundesfarmamts, daß es *seine Stützungstätigkeit nicht auf die neue Ernte ausdehnen* werde. Trotz mehrfacher ähnlicher früherer Erklärungen wirkte diese neue doch als Überraschung und ließ die

Getreidemärkte scharf verflauen.

Freilich waren diese bis dahin auch nur knapp behauptet verlaufen. Über die Getreidemengen, auf denen das Bundesfarmamt am Ende des Erntejahres festsetzen wird, schwanken die Angaben. Senator Borah soll sie kürzlich mit etwa 200 Mill. Bushels Weizen geschätzt haben (rund 5½ Mill. t); von anderer Seite liegen Angaben vor, die noch um die Hälfte höher sind. Jedenfalls sind bisher alle Versuche fehlgeschlagen, aus den Beständen des Bundesfarmamts größere Mengen auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Es sind einige hundert Tonnen nach Belgien gegangen; im übrigen fanden nur einige (erheblich bedeutendere) Abschlüsse von Australweizen nach China statt. Die europäischen Zuschußgebiete hielten auch weiter stark zurück, und der Markt zeigte eine Lustlosigkeit wie seit langem nicht mehr. Besonders verstimmend wirkte die Tatsache, daß auch Indien beabsichtigt, einen Einfuhrzoll für Weizen zu erheben. Die günstigen Nachrichten über die Überwinterung der Ernte in fast allen Ländern der nördlichen Erdhälfte — vielleicht Frankreich ausgenommen — konnten begreiflicherweise ebenfalls nicht anregen.

Wenn (ausnahmsweise!) auch der *deutsche Markt* einmal der Bewegung des Weltmarkts entsprechend verlief, so hat das selbstverständlich andere Gründe. In Deutschland hatten sich die Preise derart „günstig“ entwickelt, daß große Erhöhungen des Brotpreises drohten; um die politischen Gefahren solcher Veränderungen abzuwenden, wurde der Markt nach unten manipuliert, was die Verwirrung nur steigern und das vorher zeitweilig etwas lebhaftere Mehlgeschäft erneut versanden lassen konnte. Auch in Deutschland wird vorerst nur vereinzelt über Winterschäden geklagt; die Gesamtentwicklung dagegen wird als durchaus günstig bezeichnet.

Die Befestigung der Wollpreise

hat weitere Fortschritte gemacht und ist insbesondere in Übersee außerordentlich deutlich bemerkbar geworden: In Australien soll vor allem Japan in stärkstem Maße als Käufer auftreten, so daß dort die Preise über Londoner Parität anzogen. Kammzüge und Garne gehen vorerst nur teilweise mit, haben sich aber doch ebenfalls weiter befestigt. Als kennzeichnend für die Lage sei ein in der Fachpresse eingehend besprochener Fall erwähnt: Eine neuseeländische Schur kam je zur Hälfte im Januar und im März unter den Hammer; sie erzielte (in London) z. B. für Kreuzzuchtvolle A im Schweiß damals 5½, jetzt 8¼ d je engl. £, für Lammwolle zweiter Wahl im Schweiß jetzt 7½ gegen 4¼ d vor zwei Monaten. Die Verringerung der Spanne zwischen einer Qualitäts- und einer abfallenden Wolle ist ebenfalls auffallend. — Dagegen hat der

Druck auf die Baumwollmärkte

weiter angehalten, wenn auch während der letzten Tage vorere Sichten vereinzelt ein wenig anziehen konnten. Das Bundesfarmamt setzt seine Taktik, während der Bestellzeit abzugeben, bewußt weiter fort — mit welchem Erfolg für die Anbaufläche, wird sich erst später herausstellen. — Zeitweilig verstimmten wohl auch die internationalen Statistiken den Markt. In der ersten Hälfte des Erntejahres sind 11,16 (Vorhalbjahr 12,01) Mill. Ballen versponnen worden, davon nur 5,28 (5,94) Mill. Ballen amerikanischer Flocke. Der Verbrauch von Außenseiterbaumwolle ist also größer als der von amerikanischer Baumwolle. Die etwas niedrigere, endgültige amerikanische Erntezahl (13,75 Mill. Ballen) konnte keinen Eindruck auf den Markt machen; denn man muß annehmen,

daß selbst von dieser kleinen Ernte noch 2½ Mill. Ballen oder mehr den bisherigen Übertrag vergrößern werden. — Auch die

Abwärtsbewegung auf den Metallmärkten

hat, von wenigen Erholungen unterbrochen, angehalten und sich besonders gegen Schluß der Berichtszeit verschärft. Der *Kupfermarkt* vermag sich von den in der vorigen Woche geschilderten Vorgängen noch nicht zu erholen, zumal die ungünstige Februarstatistik stimmungsmäßig weiter nachwirkt und das Kartell zuletzt wieder mit Doppelpreisen arbeitete. Die Schätzungen der Verkäufe des Kartells sind geradezu lächerlich klein; der „Ironmonger“ z. B. berichtet, es habe an einem Tage 25 t insgesamt verkauft, an einem anderen 15 t in England, nichts in Frankreich und 200 t in allen anderen Ländern. Übrigens haben die merkwürdigen Preisänderungen des Kartells während der Vorwoche den Anlaß zu mehreren Meinungsverschiedenheiten im Kupferhandel gegeben, die wahrscheinlich noch die Schiedsgerichte beschäftigen werden.

Der *Zinnmarkt* lag weiter ruhig, weil man sich von den Wirkungen der Einschränkung noch kein richtiges Bild machen kann. Vorerst sind die Straits-Verschiffungen groß geblieben, und auch die Bestände in England haben weiter zugenommen. Vorübergehende Stützungsversuche durch die englisch-indische Gruppe verstimmten mehr als daß sie nutzten.

Ähnlich verlief die Entwicklung auf dem *Bleimarkt*, auf dem die Zurückhaltung der Verbraucher besonders groß ist. Hier führten Nachrichten über Differenzen im Pool gegen Ende der Woche zu einem ausgesprochenen Zusammenbruch der Preise. — Der *Zinkmarkt* folgte den Schwankungen des Kupferpreises, obgleich die Nachrichten über große Fördereinschränkungen und Hüttenschließungen häufiger werden. Das Angebot ist noch immer ziemlich drängend. — Die scharfe Erholung des *Silberpreises* setzte sich zunächst weiter fort, wurde aber schließlich infolge Glattstellungen von einem deutlichen Rückschlag abgelöst. — In der Haltung der

Eisenmärkte

brachten die letzten Wochen keine wesentlichen Veränderungen. Aus England wird berichtet, daß sich die Stimmung weiter leicht gebessert habe, und gegen Schluß der Berichtszeit lagen ähnliche Nachrichten auch vom Festland vor. Hie und da soll sich auch der Auftragseingang etwas gehoben haben; von besonderer Bedeutung ist das jedoch bestimmt noch nicht, da insbesondere das Angebot auf dem Ausfuhrmarkt trotz großer Zurückhaltung einer Reihe von Gruppen stark geblieben ist. Zuletzt wurde für Stabeisen ein Preis von 3/15/6 £ genannt, also ½ s mehr als im Tiefpunkt; es wird aber ausdrücklich berichtet, daß Untergebote noch immer an der Tagesordnung seien. Die Internationale Rohstahlgemeinschaft hat ihr Produktionsprogramm mit der 30%igen Einschränkung unverändert gelassen.

Die Berichte aus *Amerika* lauten eine Kleinigkeit hoffnungsvoller; auch die Beschäftigung der Werke ist um einige Prozent (auf durchschnittlich 57% der Kapazität) gestiegen; auch einige weitere bescheidene Preiserhöhungen sind vorgenommen worden. — Auf den

Kohlenmärkten

ist die Lage ähnlich lustlos geblieben wie in den letzten Wintermonaten. Der neue Rückgang der ausgehenden Kohlenfrachten ist ein weiterer Beweis für die anhaltende (z. T. wohl auch durch den neuen Zusammenbruch der Ölpreise) Verstimmung des Marktes, die auch durch die Nachrichten von einer neuen Zuspitzung der Arbeiterverhältnisse in England nicht wesentlich beeinflusst wurde. Gegen Schluß der Berichtszeit wurde allerdings aus einzelnen englischen Bezirken eine leichte Belebung der Nachfrage zur Ausfuhr berichtet. In *Polen* sind die heimischen Kohlenpreise auf behördliche Anordnung um etwa 3—5% herabgesetzt worden.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Nach den Kursbewegungen der vergangenen Wochen ist das Niveau in der Berichtswoche einigermaßen *stabil* geblieben. Bei verhältnismäßig geringen Umsätzen spiegelte die Tendenz meist nur die kurzfristigen Einflüsse aktueller Ereignisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet wieder. Obwohl die Nachrichten, die die Börse hätten beeinflussen können, überwiegend ungünstiger Natur waren, wies das Kursniveau nicht etwa eine Tendenz nach unten auf. Bei vier namhaften Industriegesellschaften, deren Aktien im sogenannten Großverkehr gehandelt werden, wurden neuerdings *Dividendenausfälle* angekündigt, nämlich bei *Bergmann, Fahlberg List, Hackethal* und *Miag*. Bei einer weiteren Reihe bedeutender Gesellschaften wurden Gerüchte über einen Dividendenausfall verbreitet, so bei *Hamburg-Süd* und *Deutsche Linoleum*; mehrprozentige Dividendenreduktionen befürchtete man auch bei *Schuckert* und *Gelsenkirchen*. Dazu kam der Eindruck der in dieser Woche in schneller Folge veröffentlichten *Bankbilanzen*, die gewiß alles andere als gut sind und anscheinend zu der Auffassung berechtigen, daß die deutschen Großbanken zur Zeit von stillen Reserven weitgehend entblößt sind. Auch konnte es nicht ohne Einfluß auf die Börse bleiben, daß in Hannover eine beachtliche Bank-Insolvenz eintrat: Die *Gemeinbank Hannover eGmbH*, hat mit ungefähr 6 Mill. RM Passiven und unter unklaren Umständen die Zahlungen eingestellt. Allerdings waren die Auswirkungen dieses Vorfalles auf die Börse nicht sehr groß, weil die Genossenschaftsbank verhältnismäßig geringe Beziehungen zur Börse hatte.

Ferner wurde die Entwicklung schon durch den heran nahenden *Ultimo* gestört und schließlich auch durch die außenpolitische Beunruhigung, die sich aus der Ver-



Preußische Landesrentenbank Berlin,

das Realkreditinstitut für die landwirtschaftliche Siedlung, verweist für die Daueranlage von Kapital auf ihre

7% Gold-Landesrentenbriefe

Reihe V und VI

dinglich erstellig gesichert mit Staatsgarantie reichsmündelsicher

Zulassung zum Lombardverkehr der Reichsbank beantragt u. bevorstehend

Tilgung: Nur durch Auslösung zu 100% Stückelung: Goldmark 100.— bis 5000.—

Amtl. Börsenkurs: Z. Z. 93½%

Verkauf durch die Preußische Staatsbank (Seehandlung) Berlin W 56, und durch alle Banken, Sparkassen, Genossenschaften usw.

öffentlichung der *deutsch-österreichischen Zollunionspläne* ergab und die auf die Börse um so mehr Eindruck machte, als man auch die Projekte selbst nicht mit ungeteilter Freude aufnahm. Man wies darauf hin, daß sich die Industrien diesseits und jenseits der Grenze zunächst einmal auf eine neue Situation einzustellen hätten, bevor sich die Chancen des Projekts auswirken könnten.

Andererseits hat es angeregt, daß die *Stadt Berlin* nunmehr in letzter Minute vor dringenden Fälligkeiten einen Zwischenkredit von 75 Mill. RM erhalten hat. Außerdem scheinen die Verhandlungen über eine durchgreifende Konsolidierung der Berliner Finanzen erfolgversprechend zu verlaufen. Als erfreuliches Moment wurde von der Börse auch der *Aktienrückkauf bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft* aufgefaßt. Man verhehlt sich zwar nicht, daß das Verhalten der Bank aktienrechtliche Bedenken rechtfertigen kann; börsentechnisch bedeutet die Maßnahme jedenfalls die Entlastung des Markts von Angebot. Vor allem wurde es aber als ein gutes Zeichen gewertet, daß sich in den letzten Wochen trotz aller konjunkturellen Zweifelsfragen ständig eine gute Nachfrage des Publikums nach festverzinslichen Werten erhalten hat. Die dadurch bedingte *feste Haltung des Rentenmarkts* wirkte auf die Aktienmärkte zurück. Die verhältnismäßig leichte Verfassung des *Geldmarkts* (trotz des bevorstehenden Ultimos) und die *Beruhigung in der inneren Politik* wirkten in derselben Richtung.

Die Kursbewegungen im einzelnen wurden weitgehend durch die *Dividendenerörterungen* bestimmt; die Papiere, bei denen schlechte Abschlüsse erwartet werden, waren durchweg angeboten. Insbesondere wurde der Dividendenausfall bei *Bergmann* als Überraschung empfunden und löste einen förmlichen Kurssturz von 116 auf 95 % innerhalb von zwei Tagen aus. In den letzten Tagen folgte jedoch eine Erholung auf Grund von Erörterungen, nach denen möglicherweise eine Eingliederung von *Bergmann* in die Großkonzerne AEG und Siemens erfolgen werde. Auch bei *Gelsenkirchen* erfolgte nach anfänglicher Kursenkung eine Erholung, da die Gerüchte über eine Dividendensenkung als übertrieben bezeichnet wurden. Man hatte zunächst eine Dividendenhalbierung befürchtet, während zuletzt nur noch von einer Dividendenreduktion von 8 auf 6 % die Rede war. Die Aktie der *Deutschen Bank* war unter dem Einfluß des Aktienrückkaufs um mehrere Prozent befestigt; anschließend lagen auch die übrigen Bankaktien etwas höher. Für *Kunstseidenwerte* bestand vorübergehend Nachfrage auf Grund der ständig wiederkehrenden Gerüchte über das Zustandekommen einer Konvention. Bestätigt haben sich aber diese Gerüchte bisher nicht.

Frankfurter Börse

Die Frankfurter Börse lag in der vergangenen Woche ausgesprochen unsicher. Besonders der Elektromarkt zeigte sich auf den *Bergmann-Vorfall* (vgl. S. 604) empfindlich. Die *Bergmann-Aktie* ging vorübergehend von 115 auf unter pari zurück. Gut behauptet war die *Farben-Aktie* mit schließlich 144½ %. Der *Zellstoffmarkt* hatte teilweise unter Abgaben zu leiden; *Aschaffenburg* Zellstoff notierten z. B. 79 nach 85 %. Fest zeigte sich wieder der *Kunstseidenmarkt* in Erwartung einer internationalen Verständigung. *Linoleum-Aktien* waren wegen der Dividendensorgen zunächst scharf gedrückt, erholten sich aber später von 92 auf 97½ %. Sehr fest lagen *Kali-Aktien* wegen des besseren Frühjahrgeschäfts. *Elektrizitäts-Lieferung* waren ansehnlich erhöht (bis 129 %) auf die Bekanntgabe von wieder 10 % Dividende. Von Bauwerten waren *Holzmann* gut behauptet und schließlich fest bis 94 %, *Dyckerhoff & Widmann* aber angeboten und zeitweilig ohne Nachfrage; ihr Kurs fiel auf 75½ nach 80 %. Wegen des Dividendenausfalls lagen *Miag* schwach, 50½ nach 65 %, später wieder 55 %. Bemerkenswert fest waren die *Vorzugsaktien der Reichsbahn* mit 95½ nach 92, später allerdings wieder 92½ %. *Lechwerke* befestigten sich auf

87 %, da nach einer Erklärung der Verwaltung ein eventueller Rückgang der Dividende auf das Ausmaß von 1 % (also 7 nach 8 % begrenzt) ist.

Auf dem *Einheitsmarkt* waren *Schneider & Hanau* befestigt (bis 23 nach 14 %), anscheinend lagen Käufe der früher hervorgetretenen Minderheitsgruppe vor; ferner *Ver. Kasseler Faßfabriken* bei zeitweilig nur teilweiser Befriedigung der Nachfrage 13 %; *Chemische Albert* waren stark schwankend. Mangels Angebots waren zeitweilig oder dauernd gestrichen *Klein, Schanzlin & Becker, Parkbrauereien* (später 95 nach 82 %), *Feist Sektkellerei* (später 10 %), *Heidelberger Straßenbahn* (später 22 nach 19 %), und von *Versicherungsaktien* *Allianz-Leben* (Taxe 189 RM) sowie *Allianz und Stuttgarter Verein* (206 nach 194 RM). Im *Allianz-Konzern* wird ein günstiger Abschluß erwartet. Angeboten und zumeist ohne Aufnahme waren *Voigt & Haeffner, Ettlinger Spinnerei* (Taxe 90 nach 106 %), *Vereinigte Kunstwerkstätten, Emag* (50 nach 53 %), *Cement Karlstadt* (87 nach 93 %), *Memeler Zellstoff* (dann 76 nach 82 %), *Kammgarn Kaiserslautern* (58 nach 67 %) und *Süddeutsche Immobilien* (21 nach 25½ %), *Vereinigte Strohstofffabriken* (Taxe 118 nach 136 %), *Konservenfabrik Braun* (Taxe 35 nach 38 %), *Brauerei Schwartzen-Storehen* (100 nach 103½ %) und *Aktienbrauerei Aschaffenburg* (127 nach 133 %).

	19. 3.	20. 3.	21. 3.	23. 3.	24. 3.	25. 3.
Dt. Effekten- u. Wechselbank ..	94½	94½	94½	94½	94½	94½
Frankfurter Bank	92	92	92	92	93	92½
Frankfurter Hypotheken-Bank ..	151	152	152	152½	153½	154½
Cementwerk Heidelberg	79½	78	77½	77½	78	—
Saheideanstalt	130	130	132¼	131½	133	131½
Frankfurter Hof	40	40	40	40	40	40
Hanfwe. Füssen-Immenstadt ..	55	54¼	54	54	—	—
Heininger Brauerei	—	—	—	—	—	—
Hochtief	78	78	77	77½	78½	78½
Holzmann	—	89	90½	—	92	93
Meln-Kraftwerke	70	70	—	—	70	70
Metalgesellschaft	78	75	75½	75	—	75
Maschinenfabrik Moenus	25	26½	—	28	26½	26¼
Ludwigshafener Weizmühle	56	53¾	54	55	56	57½
Tellus, Bergbau u. Hüttenind. ..	40	40	40	40	40	40
Verein f. chem. Industrie	67½	65	65½	66	65½	66

Hamburger Börse

Die Stimmung war während der Berichtswoche nicht ganz einheitlich. Die Börse war zweifellos recht widerstandsfähig, auch die etwas größere Flüssigkeit des Geldmarkts regte an, aber andererseits ist der Geschäftsumfang wieder erheblich kleiner geworden. Infolgedessen gelang es nicht immer, das herauskommende Angebot ohne Kursermäßigungen unterzubringen. Auf dem *Schiffahrtmarkt* ist das Geschäft im allgemeinen recht ruhig geworden. *Hapag- und Lloyd-Aktien* wurden während der ersten Hälfte der Berichtswoche in auffallend großem Umfang hereingesucht. Es wurde bis 4 % unter Report geboten. Zu einem kleineren Teil mag ein Stückemangel aus der Prolongationsnotwendigkeit für Baisse-Engagements erklärt werden, die Tatsache, daß größere Posten, mehrere hunderttausend Mark mit einem Abschluß, gesucht wurden, läßt jedoch den Schluß zu, daß die Nachfrage auf die Verrechnungsmöglichkeit für die Kapitalertragssteuer, die ja beim Dividendenabzug fällig wird, zurückzuführen ist. Die Stimmung für *Schiffahrtswerte* war etwas schwächer im Zusammenhang mit der neuerdings wieder überaus unsicheren Entwicklung der Weltfrachtenmärkte. Außerdem wartet man auf die Geschäftsberichte, die ein klareres Bild über die wirkliche Geschäftsentwicklung bringen dürften. Der *Hapag-Kurs* ging um ¼ % auf 70 zurück, während *Lloyd* nach anfänglicher Abschwächung wieder unverändert mit 75 schlossen. Erheblich niedriger lagen *Hamburg-Süd* mit 120. Sie verloren 8 %, da die Börse wieder stärker mit der Möglichkeit eines Dividendenausfalls rechnete. Die Entscheidung ist noch nicht zu übersehen, da man mit sich selbst in beteiligten Kreisen über diese Frage nicht ganz klar ist. Zur Zeit steht jedenfalls noch nicht einmal das Datum der Bilanzsitzung fest. *Hansa-Aktien* waren mit 97 um 3 % schwächer. Der Kurs ist relativ immer noch recht hoch, da ja inzwischen die Verwaltung unsere schon mehrfach geäußerte Ansicht, daß *Hansa* dividendenlos bleiben würde, halbamtlich bestätigt hat.

Wenn die Aktien trotzdem auf pari stehen, sprechen dafür in erster Linie markttechnische Gründe mit, daneben allerdings wohl auch die Tatsache, daß gerade die Hansa mit ihrer hochwertigen Flotte schon bei einer geringen Wiederbelebung des indischen Geschäftes entsprechend größere Verdienstaussichten haben würde. Afrikawerte blieben unverändert mit 40 gesucht, Flensburger Reedereien waren geschäftslos. — Von sonstigen Verkehrswerten waren Hochbahn mit 72 % etwas niedriger zu haben. Lübeck-Büchener, für die längere Zeit zu 48½ keine Abgabeneigung bestand, wurden in den letzten Tagen mehrfach mit 48 bezahlt. Die starke Geschäftsverschlechterung (die Einnahmen sind um ungefähr 15 % zurückgegangen und eine Dividende dürfte nicht verteilt werden) hat verschiedene Besitzer zu Abgaben veranlaßt. Das Angebot wird stets von den gleichen Stellen, angeblich für Rechnung der Reichsbahn, aufgenommen. Bergedorf-Geesthachter wurden gelegentlich mit 29, also etwas unter dem rechnungsmäßigen Wert der einzutauschenden Obligationen gehandelt.

Der Bankenmarkt war ziemlich ruhig. Vereinsbank gingen um 2½ % auf 99 zurück, obwohl die Bilanz im allgemeinen verhältnismäßig günstig beurteilt worden ist. Dagegen waren Hypothekenbanken mit 133 2 % höher gesucht. Liquidations-Casse waren mit 67½ 2½ % höher.

Karstadt-Aktien waren ziemlichen Schwankungen unterworfen, obwohl die Umsätze gegenüber den Vorwochen erheblich kleiner geworden sind. Sie waren vorübergehend mit 58 zu haben, zogen dann wieder auf 61½ an und schlossen mit 60, also insgesamt um 1 % niedriger. Die Börse rechnet Karstadt offenbar zu denjenigen Werten, deren Verhältnisse am wenigsten zu übersehen sind. Das bezieht sich nicht ausschließlich auf die zur Zeit noch ganz ungeklärte Frage einer Dividendenverteilung, man hört vielmehr immer wieder Gerüchte über gewisse Unstimmigkeiten innerhalb der Verwaltung, die gleichgültig, ob sie überhaupt begründet sind, die Stimmung ungünstig beeinflussen. — Brauerei-Werte waren nach der letztwöchigen Abschwächung teilweise etwas fester. Bill-Brauerei zogen um 2 % auf 197 an, Bavaria um 1½ % auf 144, dagegen waren Holsten mit 126 3 % niedriger zu haben. Zementwerte waren nach der kräftigen Erholung der letzten Woche wieder ruhiger. Alsen sind mit 122 5½ % niedriger gesucht. Hemmoor, die eine Dividendenreduktion von 15 auf 10 % vornahmen, waren mit 125 um 1 % niedriger angeboten. Recht fest waren Nordseeaktien im Zusammenhang mit der günstigen Entwicklung der Fischerei. Sie waren vorübergehend auf 146 zurückgegangen, konnten am Schluß aber wieder auf 151 anziehen. Im übrigen waren höher: Harburg-Phönix 53 (+ 3), H. E. W. 117 (+ 1), Markt- und Kühlhallen 133 (+ 1), dagegen schwächer: Hansa Stuhlrohr 54 (- 6), Ruberoid 36 (- 4), Triton 56½ (- 3½), Wiemann Leder 102 B (- 4), Thörl 57 (- 3), Malzfabrik Hamburg 95 B (- 3), Kühl Transit 130 (- 2). Von Kolonialwerten waren höher: Deutsch-Togo 100 (+ 5), Salitrera 97 (+ 2), dagegen niedriger: Doag 60 und Neu Guinea 195 (- 5). Von unnotierten Werten waren gefragt: Oldenburg-Portugiesische 80 (+ 5), Hochseefischerei Nordstern 52 (+ 4), Stettiner Ölwerke 46 (+ 2), Kaffee Haag 147 (+ 1), dagegen verloren Deutsche Petroleum 62 (- 3), Hochseefischerei Trave 30 (- 2), Lübecker Maschinenbau 88 (- 2), Kühlhaus Zentrum 102 (- 2).

	19. 3.	20. 3.	21. 3.	23. 3.	24. 3.	25. 3.
Deutsch-Ostafrika-Linie	40	40	40G	40G	40G	40G
Wernmann-Linie	40G	40G	40G	40G	40G	40G
Flensburger Dampfercomp.						
Bavaria- u. St. Pauli-Brauerei	143	143	143G	143G	143G	143G
Bill-Brauerei	195G	198B	195G	198B	198B	198B
R. Dolberg						
Eisenwerk Nagel & Kaemp.	81G	81G	74G*	81G	74G*	74G
Flensburger Schiffsbau G.						
Lederwerke Wiemann	104	104	104 B	104 B	103B	102B
Chem. Hell & Sthamer						
Chem. Fab. Harburg-Stadfurt	34½G		34½G	34½G	34½G	34½G
H. Schlinck & Cie.	80	80	80G		80G	80G
Transp.-AG. (vorm. Gewecke)						
Malzfabrik Hamburg	98B	98B	98B	98B	98B	95G
Schwartzauer Werke	23½G	23½G	23½G	23½G	23½G	24G
Jaluit-Gesellschaft	60	60	60G	60G	60G	60G
dto. Genüßscheine	30	30	30G	30G	30G	30G
Deutsche Hand. u. Plant. Ges.	60	60	60G	60G	60G	60G
dto. Genüßscheine	40	40	40G	40G	40G	40G

* ex Div.

Pariser Börse

Auch in der abgelaufenen Berichtswoche hat sich die Pariser Börse nicht aus ihrer hoffnungslosen Lustlosigkeit aufraffen können. Das Geschäft schrumpft immer mehr zusammen. So wurden in den 20 bekanntesten Standardwerten in der Zeit vom 17. bis 24. März umgesetzt: 26 057, 12 393, 14 851, 17 513, 16 953 und 19 300 Stücke. Nur in der Kulisse war einiges Geschäft in Goldminen und Kautschukwerten zu verzeichnen.

Die technische Lage ist weiter unverändert günstig. Trotz des reichhaltigen Emissionsprogramms, das die Auflage der rumänischen Staatsanleihe, der Kolonial-Sammelanleihe, der Schneider-Creusot Polenleihe und der jugoslawischen Anleihe vorsieht, herrscht starkes Geldangebot: Tägliches Geld notiert 1 %; Einmonatsgeld ist bei 1½—1½ % reichlich zu haben; Dreimonatsgeld steht 1½ % Brief und 1½ % Geld. Selbst die Ausleihungen nach Deutschland scheinen bis vor wenigen Tagen wieder an Volumen zugenommen zu haben. Nach der Angabe des Maklerverbandes bestanden zur Mediolidiquidierung Haussepositionen in Höhe von 1270 Mill. Fr gegen 1190 Ende Februar und Baissepositionen von 535 gegen 495 Mill. Fr. Das Decouvert ist also groß genug, um technisch eine weitere Baisse als unwahrscheinlich erscheinen zu lassen.

Der Abschluß des deutsch-österreichischen Zollprotokolls hat die Börse nicht sonderlich berührt. Die aufgeregten Pressekommentare riefen aber schließlich doch eine Nervosität hervor, die der Haltung des Marktes abträglich war. Seit Montag befinden sich deshalb fast alle Kurse in deutlich rückläufiger Bewegung. Wirtschaftlich dürfte eine Zoll-Union zwischen Deutschland und Österreich auf den französischen Außenhandel nur geringen Einfluß haben; doch ist schon jetzt die Passivität des französischen Außenhandels groß genug: in den beiden ersten Monaten betrug sie nicht weniger als 2,55 Milliarden Fr gegen 1,83 Milliarden Fr in der gleichen Periode des Vorjahrs.

Dazu gehen wieder allerhand beunruhigende Gerüchte an der Börse um. Man will wissen, daß der Zusammenbruch der Gruppe Bouilloux-Lafont als endgültig anzusehen ist. Dazu operierten die Baissiers mit neuen pessimistischen Nachrichten über die Lage bei gewissen Schifffahrtsgesellschaften. Namentlich die Transatlantique soll nach dem Tode ihres Aufsichtsratspräsidenten mit mancherlei Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten zu kämpfen gehabt haben.

Die Renten lagen unverändert fest, zumal bei der Budgetberatung im Senat wieder von der Möglichkeit der Konvertierung von 70 Milliarden Fr die Rede war. Die Operation soll bei einer Zinssenkung der alten teuren Kriegs- und Nachkriegsrenten auf 4½ nicht weniger als 900 Mill. Fr, bei einer Zinssenkung auf 4 % sogar 1,2 Milliarden Fr Ersparnisse im Jahr einbringen. Da der Tresor noch über 4 Milliarden Fr flüssige Mittel verfügt, um eventuellen Rückzahlungen gerecht zu werden, könnte man — nach Angabe des Generalberichterstatters des Budgets im Senat — die Operation im neuen Jahre unbedenklich wagen. Die Bankaktien hatten unter der schleichenden Baisse am meisten zu leiden. Industriewerte konnten sich ihnen gegenüber noch verhältnismäßig gut behaupten. Trotz der Generalstreikdrohung haben die Bergwerksaktien kaum an Terrain verloren. Die Auslandswerte unterlagen ebenfalls nur mäßig der Baisse; nur die Young-Anleihe ging auf 952 zurück.

	18. 3.	19. 3.	20. 3.	21. 3.	23. 3.	24. 3.
3½ Staatsrente 1)	88,30	88,20	88,30	88,35	88,20	88,40
6½ (1927)	105,65	105,80	105,40	105,45	105,80	105,67
Banque de France 2)	18500	18550	18550	18510	18400	18300
Crédit Lyonnais 3)	2815	2635	2630	2630	2615	2605
Banque de Paris et des Pays-Bas 4)	2335	2350	2350	2380	2300	2245
Paris-Lyon-Méditerranée 5)	1550	1550	1560	1547	1545	1550
Acieries de Longwy 6)	1270	1275	1280	1280	1275	1275
Schneider & Cie (Creusot) 4)	1800	1820	1800	1815	1800	1774
Mines de Lens 1)	797	805	795	790	790	789
Cie. Paris. de Distrib. d'Electr. 5)	2250	2280	2280	2260	2235	2250
Thomson-Houston 2)	608	615	604	611	605	600
Etablissements Kuhlmann 5)	620	624	625	624	615	616
l'Air Liquide 1)	1076	1080	1042	1050	1035	1035
Péchiney 3)	2075	2090	2050	2055	2020	2020
Citroën 3)	735	742	737	730	720	724

Nominalwert der Stücke: 1) Fr 100, 2) Fr 1000 3) Fr 500, 4) Fr 400, 5) Fr 250

Londoner Börse

Das erstaunliche Ereignis, daß die Bank von England auf dem offenen Goldmarkt konkurrieren konnte, hat sich wiederholt. Schon der letzte Bankausweis ließ eine Erhöhung der Goldbestände erkennen, und diese Bewegung hat sich fortgesetzt. Auch die Devisenkurse haben sich so weit reguliert, daß eine drohende Schwäche für den Augenblick beseitigt scheint. Hierin liegt der Beweis für den Erfolg der offenen Marktpolitik, die allerdings jetzt insoweit in ein kritisches Stadium getreten ist, als der Wechselbestand der Bank auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Vorläufig ist die Tendenz des Privatdiskontmarkts immer noch behauptet. Dreimonatsbankwechsel notieren 2¹/₁₆ %. Eine auf längere Frist berechnete Aktion zur Besserung der englischen Währungs-lage — neben anderen Zwecken — scheint in der Reise von Montagu Norman nach Amerika zu liegen. Besprechungen mit Harrison von der New York Federal Reserve Bank, Morgan und Owen Young sollen letztlich dem Zweck einer neuen Bankgründung dienen, die für die zusätzliche Exportfinanzierung industrieller Länder und die Ankurbelung der Weltkonjunktur wirken soll.

Die innerenglischen Verhältnisse bleiben unklar wie bisher, und bis zu Snowdens Budgetrede am 14. April ist eine Klärung kaum zu erhoffen. Die letzten Defizitschätzungen sind etwas niedriger als bisher; auf der anderen Seite verstimmen jedoch die dauernden Streikaussichten. Sie beziehen sich auf drei große Branchen. Einmal hat sich der Streit der englischen Bergarbeiter über das Arbeitszeitabkommen zugespitzt. Zweitens ist die Lage bei den Eisenbahnen noch undurchsichtig. Der Schiedsspruch des Lohnamts trifft auf den Widerstand der Arbeiter, obwohl die Gewerkschaften die Annahme befürworten. Drittens ist auch das Baugewerbe von Arbeitskämpfen bedroht, da das Lohnabkommen Ende März abläuft und bisher neue Vereinbarungen nicht zu erzielen waren.

Die Entwicklung der Börse war an den meisten Tagen ruhig und freundlich, wenn auch die kommenden Feiertage die Spekulation zur Zurückhaltung veranlaßten. Immerhin profitierten heimische Anleihen wenigstens teilweise von der gebesserten Goldversorgung der Bank von England; andererseits erfolgten Abgaben in diesen Werten, da die Londoner Tranche der griechischen Anleihe und die Emission der Lancashire Cotton Corp. größere Goldbeträge erforderten. Bei der letzten handelt es sich um die von der Bank von England gegründete *Industrie-Rationalisierungs-Bank*, die 2 Mill. £ 6%ige Schuldverschreibungen für Lancashire aufgelegt hat, um damit die Bankvorschüsse abzulösen, die der Cotton Corp. bisher gewährt worden sind. Brasilianische Anleihen litten durch die Valutastörung. Die Young-Anleihe hat sich leicht abgeschwächt, während bei den übrigen englischen Anleihen der Kurs relativ wenig verändert blieb. Eisenbahnwerte schwankten stärker wegen der wechselnden Nachrichten über den Ausgang der Lohnverhandlungen. Einzelne Minenwerte, darunter Consolidated Diamonds, konnten die Aufwärtsbewegung der letzten Wochen fortsetzen, da wieder für südafrikanische und französische Rechnung Nachfrage vorlag.

	18. 3.	19. 3.	20. 3.	23. 3.	24. 3.	25. 3.
4% Funding Loan	93 ¹ / ₈	93 ¹ / ₁₆	93 ¹ / ₈	93	96 ¹ / ₂	98
London Midl. & Scot. Ord.	24 ¹ / ₄	25 ¹ / ₄	24 ³ / ₄	24 ¹ / ₂	24 ³ / ₄	26
Central Argentine Ord.	63	64	63 ¹ / ₂	64	62 ¹ / ₂	61 ¹ / ₂
De Beers Cons. Mines Def.	55 ⁵ / ₈	55 ¹ / ₁₆	57 ¹ / ₁₆	57 ¹ / ₁₆	57 ¹ / ₁₆	51 ¹ / ₂
Burmah Oil Co.	3 ¹ / ₄	3 ³ / ₁₆	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₄	3 ³ / ₁₆	3 ³ / ₁₆
Anglo Dutch Plantation	19 ⁵ / ₈	19 ⁵ / ₈	19 ³ / ₈	19 ³ / ₈	19 ⁰ / ₈	17 ⁹ / ₈
Courtauld	32 ⁵ / ₈	32 ⁵ / ₈	32 ⁵ / ₈	32 ⁵ / ₈	32 ⁵ / ₈	32 ⁵ / ₈
Imperial Chemical Industr.	16 ³ / ₈	16 ⁹ / ₈	16 ⁹ / ₈	16 ⁶ / ₈	16 ³ / ₈	16 ⁶ / ₈
Vickers	7 ¹⁰ / ₁₆	8 ¹ / ₁₆	8 ³ / ₁₆	7 ¹⁰ / ₁₆	8 ¹ / ₁₆	8 ¹ / ₁₆
Rio Tinto Ord.	28 ⁵ / ₈	28 ⁵ / ₈	28 ⁷ / ₈	28	27 ⁹ / ₈	28
Aktienindex 1928=100	68,3	68,5	68,4	68,0	67,9	—
Abschlüsse total.	5847	5480	5319	6982	5013	—
Staats- u. Kommunalanl.	1379	1446	1197	1510	1163	—
Verkehr u. Public Utilities	992	881	870	1204	929	—
Handel u. Industrie	1780	1778	1787	1833	1553	—
Bank, Versicherung	602	482	470	603	553	—
Minenwerte	854	725	808	976	617	—
Gelwerte	89	98	94	137	97	—
Gummi, Tee, Kaffee	91	70	98	115	101	—

New Yorker Börse

Die amerikanischen Konjunkturnachrichten sind ebenso undurchsichtig wie die New Yorker Börsensituation. Günstig wirkt die Tatsache, daß die amerikanische Stahlindustrie eine Preiserhöhung für Stahl, Blech, Form- und Stabeisen vorgenommen hat; den Beginn hat die Carnegie Steel Co. gemacht, und es ist zu erwarten, daß die Republic Steel Corp. und die Youngstown Sheet & Tube Co. sich anschließen werden. Die Nachfrage nach Eisen ist nach Meldung der Iron Age im Steigen begriffen und die Kapazität der Produktion bis zu 57 % ausgenutzt. Größeren Bedarf entwickelt vor allen Dingen zur Zeit die Autoindustrie, deren Produktion im letzten Monat eine wesentliche Zunahme erfahren hat, sowohl in Personenzug als auch besonders in Lastfahrzeugen.

Immerhin bleiben diese günstigen Meldungen ohne sehr erhebliche Wirkung auf das Kursniveau, da sie durch eine Reihe entgegengesetzt wirkender Berichte in ihrer Bedeutung abgeschwächt wurden. Es handelt sich dabei einmal um die Tatsache, daß das Defizit des laufenden Finanzjahrs immer höher geschätzt und im Augenblick mit 750 Mill. \$ beziffert wird, da die Veteranen von dem ihnen eingeräumten Recht in höherem Maße Gebrauch machen als ursprünglich vermutet war. Hinzu kommt eine Reihe von schlechten Abschlüssen. In erster Linie ist hier die Westinghouse Electric & Manufact. Co. zu nennen, deren Gewinne, um 38 % niedriger als im Vorjahr, auch die heruntergeschraubten Erwartungen nicht erfüllt haben. Schließlich war noch die Tatsache von Bedeutung, daß der Farm Board endgültig seine Tätigkeit beenden zu haben scheint; nachdem die Weizenstabilisierung abgeschlossen ist, soll nun anscheinend auch die Baumwollstützung nicht weiter fortgesetzt werden. Die 5 Mill. \$, die dem Farm Board zur Verfügung standen, sind offenbar aufgebraucht.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
17. 3. 31	180,07	100,87	20. 3. 31	187,78	100,98
18. 3. 31	183,91	100,21	21. 3. 31	185,69	100,72
19. 3. 31	183,51	100,09	23. 3. 31	184,32	101,03

Die Erhöhung der Maklerdarlehen, die seit einigen Wochen zu beobachten ist, seitdem sich das Kursniveau wieder gehoben hat, ist weiter fortgeschritten. Nahezu 100 Mill. \$ sind in der letzten Woche zusätzlich ausgeliehen worden, womit der Stand vom Jahresultimo mit 1913 Mill. \$ wieder erreicht ist. Die Geldsätze blieben vorläufig niedrig, der Medio ist äußerst leicht überwunden worden. Dagegen wird eine baldige Belastung des Marktes durch eine neue Regierungsemission zur Finanzierung der Veteranen-Bonds erwartet. Über die Emissionschancen für deutsche Werte ist das Urteil verschieden. Es scheint, daß Anleihen weniger Aussicht als Aktien haben, wofür die Sanierungsvorschläge der Berliner Elektrizitätswerke einen Anhalt geben können.

Die Börsenbewegung der Woche war uneinheitlich und an den meisten Tagen, außer am 18. und 24., abwärts gerichtet. Indessen sind die Kursdifferenzen der Woche nicht besonders hoch und nur bei einigen Spezialwerten ungewöhnlich. Zu diesen gehören, wie regelmäßig jetzt, Auburn Automobile. Leicht gebessert waren im allgemeinen Eisen- und Stahl- sowie Autowerte aus den bereits erwähnten Gründen. Rückgängig im Anschluß an die Warenpreisbewegung waren Kupferwerte und stärker anziehend chemische Werte. Die Young-Anleihe notierte mit 82¹/₂ leicht abgeschwächt.

	19. 3.	20. 3.	21. 3.	23. 3.	24. 3.	25. 3.
U. S. Steel Corporal.	149 ¹ / ₄	148 ³ / ₄	147 ³ / ₈	146 ⁵ / ₈	147 ¹ / ₄	146
American Can Co.	126 ¹ / ₄	127 ¹ / ₂	126	125 ¹ / ₄	127 ¹ / ₂	127 ³ / ₄
Anaconda Copper	39 ¹ / ₂	39 ³ / ₈	38 ¹ / ₄	37 ⁵ / ₈	3 ³ / ₈	37
General Motors	47	4 ³ / ₈	47 ¹ / ₄	46 ¹ / ₂	47	46 ¹ / ₂
Chrysler	247 ¹ / ₈	247 ¹ / ₈	241 ¹ / ₄	239 ¹ / ₄	241 ¹ / ₄	241 ¹ / ₄
General Electric	52 ³ / ₄	53 ¹ / ₂	47 ¹ / ₄	46 ¹ / ₂	45	45 ¹ / ₂
Am. Tel. & Telegr.	198	195	194 ¹ / ₄	194	196 ¹ / ₂	195 ¹ / ₂
Radio Corporation	25 ¹ / ₂	27	25 ⁷ / ₈	25 ⁵ / ₈	28	28 ¹ / ₄
Allied Chemical	157 ¹ / ₄	159	157	155 ¹ / ₂	158 ¹ / ₄	154 ¹ / ₂
Standard Oil N. J.	48 ¹ / ₂	46	45 ⁵ / ₈	45 ³ / ₈	46 ¹ / ₈	45 ¹ / ₄
Woolworth	65	65	64 ¹ / ₄	64 ³ / ₈	64 ¹ / ₂	64 ⁷ / ₈
Pennsylv. - Rairr. Co.	57 ³ / ₄	58 ¹ / ₄	58 ¹ / ₂	58 ¹ / ₂	59 ³ / ₈	59
Aktienumsatz (1000)	3500	2700	1900	2000	1900	2100

Statistik

Reichseinnahmen im Februar 1931 und im Rechnungsjahr 1930¹⁾

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Einnahmen	im Monat Februar 1931		im Vorjahr (Februar 1930)		im Vormonat (Januar 1931)		1. April 1930 bis 28. Febr. 1931		Im Entwurf des Reichshaushaltsplans ist die Einnahme für den Monatsdurchschnitt im Rechnungsjahr 1930 veranschlagt mit RM
		Reichsmark	Rpf	Reichsmark	Rpf	Reichsmark	Rpf	Reichsmark	Rpf	
1	2	3		4		5		6		7
A. Besitz- und Verkehrssteuern										
a) Fortdauernde Steuern										
1	Einkommensteuer	75 387 417	49	92 482 921	39	110 210 447	81	1207 593 639	13	280 500 000
	a) aus Lohnabzügen ²⁾	2 827 031	10	6 771 802	99	31 089 429	66	185 012 863	68	
	b) Steuerabzug vom Kapitalertrage	50 332 677	93	61 768 974	10	217 673 178	69	1261 732 049	52	
	c) andere	7 667 061	37	10 217 809	69	80 124 990	25	442 842 481	78	41 866 667
2	Körperschaftsteuer	1 261 289	78	—	—	15 212 327	30	81 092 915	43	9 893 333
3	Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes	78 435 447	58	124 064 869	15	430 427 415	34	430 427 415	47	38 750 000
4	Vermögenssteuer	95 431 768	94	—	—	1 156 709	38	801 052 172	61	29 166 667
5	Aufbringungsumlage	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Aus der Abwicklung des Industriebelastungsgesetzes und des Aufbringungsgesetzes	—	—	—	—	291 881	09	5 300 057	14	—
7	Vermögenszuwachssteuer	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Erbchaftsteuer	5 644 296	29	5 416 755	45	7 400 115	61	72 311 198	49	7 500 000
9	Umsatzsteuer	57 544 777	68	38 894 397	88	191 073 903	30	972 840 159	35	97 083 333
10	Grunderwerbsteuer ³⁾	1 836 307	84	2 693 415	17	2 213 724	80	27 006 408	00	3 333 333
11	Kapitalverkehrssteuer:									
	a) Gesellschaftsteuer	2 851 603	54	2 573 713	08	2 321 919	04	28 975 554	17	4 186 667
	b) Wertpapiersteuer	384 890	62	558 016	20	560 060	84	8 779 711	48	1 333 333
	c) Börsenumsatzsteuer	1 350 879	18	2 279 420	97	1 514 484	80	17 851 332	05	8 500 000
12	Kraftfahrzeugsteuer	12 845 533	91	13 713 848	95	14 364 715	29	190 779 254	72	19 924 999
13	Versicherungssteuer	6 498 972	83	6 477 159	92	4 957 666	71	58 937 731	19	5 416 667
14	Rennwett- und Lotteriesteuer:									
	a) Totalisatorsteuer	256 106	20	298 935	66	389 417	19	13 026 369	22	3 000 000
	b) andere Rennwettsteuer	572 437	62	636 616	30	583 654	14	15 716 170	42	4 583 333
	c) Lotteriesteuer	2 057 472	28	2 232 756	08	11 097 461	05	55 181 440	36	4 186 667
15	Wechselsteuer	2 831 171	65	3 453 016	95	3 405 141	85	36 757 810	49	—
16	Beförderungsteuer:									
	a) Personenbeförderung	11 488 288	09	12 579 364	39	13 061 668	68	162 238 093	49	15 000 000
	b) Güterbeförderung	9 643 161	17	12 556 297	85	11 118 086	55	183 729 007	00	15 000 000
	Summe a....	406 529 110	72	399 660 092	17	730 256 498	26	5 699 184 695	19	563 924 998
b) Einmalige Steuern										
17	Steuer zum Geldentwertungsausgleich bei Schuldverschreibungen (Obligationensteuer)	103 552	85	1 657 669	00	351 750	45	6 275 957	86	333 333
	Summe b....	103 552	85	1 657 669	00	351 750	45	6 275 957	86	333 333
	Summe A....	406 634 663	57	401 317 761	17	730 608 248	71	5 705 460 653	05	564 258 331
B. Zölle und Verbrauchsabgaben										
18	Zölle (einschl. Nachzölle)	61 763 884	08	71 471 758	05	130 201 409	01	1018 072 444	31	105 500 000
19	Tabaksteuer:									
	a) Tabaksteuer (einschl. Aufschlag)	71 200 435	41	68 159 992	78	93 307 148	91	790 829 795	47	92 916 667
	b) Materialsteuer (einschließlich Ausgleichsteuer u. Nachsteuer)	17 550 980	70	16 030 531	83	16 739 286	21	192 380 229	42	—
	c) Tabakersatzstoffabgabe	3 701	30	1 334	25	31 953	80	101 903	15	—
20	Zuckersteuer	14 281 301	59	12 088 629	64	15 507 941	21	153 131 598	38	14 249 999
21	Biersteuer ⁴⁾	38 359 471	57	30 735 423	56	34 422 944	03	410 439 340	36	45 833 333
22	Aus dem Spiritusmonopol	16 956 662	73	19 348 039	08	20 623 483	21	190 448 952	48	24 583 332
23	Essigsäuresteuer	176 510	35	349 431	50	116 910	10	2 301 315	15	166 667
24	Schaumweinsteuer	775 312	34	1 213 853	02	775 416	75	6 902 675	19	916 667
25	Zündwarensteuer	651 073	09	1 064 614	65	973 212	30	12 547 807	00	1 166 667
26	Aus dem Zündwarenmonopol	291 929	47	—	—	234 078	44	2 850 924	47	333 333
27	Leuchtmittelsteuer	1 272 952	90	1 374 509	90	1 240 244	21	9 973 740	33	1 083 333
28	Spielkartensteuer	288 877	90	274 648	82	268 724	50	2 169 514	16	200 000
29	Statistische Abgabe	188 781	15	242 675	80	217 334	00	2 633 370	25	250 000
30	Süßstoffsteuer	15 402	65	33 807	75	8 093	55	239 624	20	50 000
31	Mineralwassersteuer	656 864	01	—	—	818 729	58	14 281 750	81	2 916 667
32	Brandlweinsatzsteuer	8 670	86	—	—	8 242	30	55 631	23	41 667
33	Mineralölsteuer	1 035 737	30	—	—	1 152 830	55	9 339 232	78	1 000 000
	Summe B....	225 436 529	40	224 589 256	38	318 538 092	66	2 851 979 146	95	291 208 332
C. Sonstige Abgaben										
34	Aus fortgefallenen Steuern	—	—	1 339	21	—	—	—	—	—
	Summe C....	—	—	1 339	21	—	—	—	—	—
	Im Ganzen⁴⁾	632 071 192	97	625 708 356	76	1 047 146 341	37	8 557 439 800	00	855 466 668

1) Einschließlich der aus den Einnahmen den Ländern usw. überwiesenen Anteile.
 2) An Lohnsteuer sind erstattet: im Februar 1931: 27 669 507,01 RM; vom 1. April 1930 bis 28. Februar 1931: 60 532 379,60 RM.
 3) Hierin ist die von Landesbehörden erhobene Grunderwerbsteuer nicht enthalten.
 4) Einschließlich der Überweisung an die Länder in Höhe von einem Sechstel des Biersteueraufkommens.

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderberichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Produktion	Einheit	1930												1931											
		März				Januar				Februar				März											
		Woche				Woche				Woche				Woche											
		10.	11.	12.	13.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.										
3-8.	10-15.	17-22.	24-29.	19-24.	26-31.	2-7.	9-14.	16-21.	23-28.	2-7.	9-14.	16-21.	23-28.												
Kohle																									
Deutschland	1000 t	349,0	374,2	371,6	369,2	337,2	305,9	295,6	300,6	294,8	290,5	284,2	297,6	—	—										
Ruhrrev. Steinkohle ¹⁾		84,0	88,6	81,8	81,8	59,3	60,1	58,1	58,7	57,8	58,1	54,5	56,6	—	—										
Oberschlesien Steinkohle ¹⁾		52,9	55,8	53,8	58,1	61,6	61,6	63,1	63,7	60,2	56,5	56,9	61,9	—	—										
Großbritannien	Steinkohle	5 511	5 428	5 408	5 443	5 103	4 998	5 002	4 851	4 878	4 790	4 671	—	—	—										
Ver. Staaten von Amerika	Bituminöse Kohle	7 770	7 327	7 111	8 078	8 015	7 291	7 106	7 453	7 177	6 749	—	—	—	—										
	Pennsylvania Anthrazit	1 068	846	888	1 039	1 295	1 289	1 519	1 447	1 097	1 028	—	—	—	—										
Petroleum (Rohöl)	Ver. Staaten von Amerika ²⁾	1000 bbls ³⁾	2 535	2 583	2 536	2 614	2 111	2 095	2 116	2 128	2 165	2 100	2 156	2 190	2 268										
Arbeitslosigkeit																									
Deutschland ⁴⁾	1000		3 319	—	—	—	4 956	—	5 062	—	5 043	—	5 054	—	—										
Verfügbare Arbeitssuchende ⁵⁾																									
Hauptunterstützungsempfänger i. d. Arbeitslosenversicherung ⁶⁾ i. d. Krisenunterstützung				2 258	289	—	—	2 554	811	2 602	861	2 539	908	2 526	949	—									
Großbritannien ⁷⁾	Registrierte Arbeitslose ⁷⁾	1 547	1 564	1 622	1 639	2 608	2 593	2 624	2 637	2 631	2 618	2 635	2 692	2 640	—										
Umsätze und Geschäftsgang																									
Güterwagenstellung	Deutschland gesamt	1000	765,9	798,2	792,1	797,5	631,8	618,8	614,3	623,3	623,9	645,7	659,1	657,9	—	—									
	arbeitsfähig		127,6	133,0	132,0	132,9	105,3	105,1	102,4	103,9	104,0	107,6	109,8	109,7	—	—									
	Ver. Staaten von Amerika		874	892	876	885	716	719	719	721	714	682	724	734	—	—									
Einnahmen aus dem Güterverkehr	Großbritannien ⁸⁾	1000 £	1 998	2 086	2 017	1 986	1 800	1 816	1 700	1 782	1 780	1 822	1 713	1 746	—	—									
Postcheckverkehr	Deutschland (Lastschriften) ⁹⁾	Mill. RM	1 296	1 262	1 198	1 567	1 222	1 399	1 161	1 148	1 119	1 426	1 166	1 112	—	—									
Abrechnungsverkehr	Großbritannien	Mill. £	998	883	916	1 061	905	795	839	854	779	726	834	756	742	—									
	London, gesamt ¹⁰⁾	\$	11 959	10 777	12 878	11 774	7 964	7 792	8 534	6 588	9 671	7 042	9 868	8 497	—	—									
	Ver. Staaten von Amerika ¹¹⁾	Anzahl	430	367	371	316	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—									
Wechselproteste	Deutschland ¹²⁾	1000 RM	616,7	491,7	494,2	414,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—									
	Anzahl		27	23	28	28	18	22	21	23	21	26	23	27	25	—									
Vergleichsverfahren	Deutschland ¹⁾	Anzahl	40	46	43	47	46	43	45	45	41	47	45	49	43	—									
	Ver. Staaten von Amerika ¹³⁾		527	560	558	533	712	660	676	534	722	659	614	—	—	—									
Preise																									
Großhandelspreise																									
Gesamtindex	1913 = 100	127,5	126,3	126,0	128,1	114,9	113,9	113,7	114,5	114,0	114,2	113,9	114,3	114,3	114,3										
I. Agrarstoffe		112,7	109,9	108,8	109,1	104,4	104,5	104,8	106,3	105,9	106,3	106,1	107,5	107,6	—										
II. Kolonialwaren		113,6	117,5	118,7	119,0	102,0	101,6	99,9	100,2	99,5	99,8	99,8	100,0	98,4	—										
III. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren		125,8	125,2	125,5	125,7	107,0	106,8	106,8	106,6	106,6	106,7	106,4	106,2	106,3	—										
V. Industrielle Fertigwaren		153,2	153,1	152,7	152,4	141,2	140,5	140,1	140,0	139,7	139,3	139,0	138,8	138,8	—										
Produktionsmittel		154,2	153,8	153,0	153,9	134,0	133,5	133,1	132,0	132,7	131,5	132,4	132,4	132,0	—										
Konsumgüter		118,6	118,4	117,5	117,1	94,4	94,4	94,4	95,1	95,7	94,4	94,5	94,7	95,1	—										
Großbritannien ¹⁴⁾	1913 = 100	599	565	563	565	494	494	494	494	494	494	492	492	492	—										
Frankreich ¹⁵⁾	1926 = 100	91,0	90,9	90,7	90,4	77,6	77,2	76,4	77,2	77,2	77,2	77,4	77,4	77,4	—										
Ver. Staaten von Amerika ¹⁶⁾															—										
Großhandelspreise¹⁷⁾																									
Weizen, Chicago, nächst. Termin	cts je bu ¹⁸⁾	108 3/4	166 1/4	104,0	105,00	82 3/8	79 1/2	79 3/8	79 1/2	79 1/2	79 1/2	79 1/2	79 1/2	79 1/2	79 1/2										
märk., Berlin	RM je 1000 kg	229,50	235,50	238,50	247,50	258,25	264,50	268,00	268,00	270,00	285,00	292,00	292,00	290,00	278,00										
nächst. Term.		241,50	245,00	265,00	278,50	278,50	280,50	281,50	281,00	282,50	294,75	304,00	306,00	301,00	295,00										
Roggen, märk., nächst. Term.		165,00	161,50	147,00	143,50	154,50	160,00	175,50	175,50	176,25	183,00	187,00	177,00	184,00	180,00										
Weizenmehl, nächst. Term.	RM je 100 kg	30 88	30 38	30 33	31 13	33 13	33 13	33 13	33 13	33 13	33 13	33 13	33 13	33 13	33 13										
Roggenmehl, nächst. Term.		22 25	21 75	21 75	22 28	25 10	25 22	25 10	25 10	25 10	25 10	25 10	25 10	25 10	25 10										
Mais, New York	cts je bu ¹⁹⁾	96 1/2	90 3/4	92 3/4	93 1/2	81 1/2	79 00	78 1/2	81 1/2	81 1/2	81 1/2	81 1/2	81 1/2	81 1/2	81 1/2										
Chicago, nächst. Termin		85 1/2	77 3/4	83 3/4	82	67	64 3/4	64 3/4	64 3/4	64 3/4	64 3/4	64 3/4	64 3/4	64 3/4	64 3/4										
Futtergerste, Berlin	RM je 1000 kg	145,00	145,00	145,00	148,00	191,00	194,50	197,00	197,00	197,00	198,00	201,00	205,00	212,50	214,00										
Hafer, nächst. Termin		125,00	124,00	123,00	123,00	141,50	143,50	141,50	141,50	141,50	147,50	150,50	155,50	162,00	160,00										
Zucker, New York, nächst. Term.	cts je lb ²⁰⁾	1,59	1,73	1,72	1,71	1,26	1,28	1,23	1,20	1,18	1,22	1,20	1,20	1,24	1,33										
London	sh je cwt ²¹⁾	6 3/4	6,9	6,9	7,2	5 11 1/2	5 8 1/2	5 8 1/2	5 8 1/2	5 11 1/2	6 0 1/4	5 8 1/2	5 8 1/2	5 11 1/2	6 3 1/4										
Magdeburg	RM je 50 kg ²²⁾	23,00	23,00	23,00	23,00	26,00	26,00	26,00	26,00	26,00	26,00	26,00	26,00	26,00	26,00										
Kaffee, Rio 7, New York	cts je lb ²³⁾	10 1/4	10 1/4	10 1/4	10 1/4	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2										
nächst. Term.		8,79	8,77	8,95	9,00	6,12	5,78	5,98	5,90	5,44	5,11	5,00	5,13	5,16	5,00										
Hamburg ²⁴⁾	RPf je 1/2 kg	46,50	46,00	44,50	44,25	30,00	30,13	29,88	29,75	29,75	29,00	26,38	26,88	26,88	25,38										
Kakao, Accra ²⁴⁾ , London	sh je cwt ²¹⁾	37,0	36,0	35,6	36,0	22,6	23,6	21,0	19,0	19,0	20,0	19,9	19,9	20,3	20,6										
nächst. Termin		41,0	39,6	39,3	39,0	27,6	27,6	26,0	24,6	24,3	23,3	24,0	24,0	22,3	22,6										
Reis, Burma II, London	sh je cwt ²¹⁾	13,9	13,6	13,6	13,6	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0										
Leinsaat ²⁵⁾ , nächst. Term. London	£ per lg ²³⁾	18,00	17,50	18,20	18,12	11,10	11,15	15,00	15,20	15,20	15,20	15,20	15,20	15,20	15,20										
Kopra ²⁶⁾		20,17	20,17	22,00	21,20	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70	15,70										
Schmalz, Chicago, nächst. Termin	cts je lb ²⁰⁾	10 1/2	10 1/2	10 1/2	10 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2										
Baumwollöl, roh, N. Y.		7,12 1/2	7,00	6,40	7,25	6,12 1/2	6,37 1/2	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25										
Gummi, first latex crepe, N. Y.	cts je lb ²⁰⁾	15 1/2	15 1/2	15 1/2	15 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2										
London	sh je lb ²⁰⁾	0,7 1/2	0,7 1/2	0,7 1/2	0,7 1/2	0,4 1/2	0,4	0,3 1/2	0,3 1/2	0,3 1/2	0,3 1/2	0,3 1/2	0,3 1/2	0,3 1/2	0,3 1/2										
Hamburg, nächst. Term.	RM je 100 kg	140,50	140,00	140,00	142,50	—	75,00	—	—	—	—	—	—	—	—										
Baumwolle, middling, New York	cts je lb ²⁰⁾	15,00	14,30	15,55	15,30	10,20	10,50	10,50	10,50	10,50	11,35	11,20	10,95	10,75	10,80										
London	d je lb ²⁰⁾	8,38	7,98	8,23	8,51	5,39	5,64	5,61	5,77	5,96	6,11	6,15	6,02	6,02	6,85										
Liverpool		13,50	13,65	13,70	14,05	8,25	8,75	8,75	8,75	9,25	9,45	10,05	10,10	9,90	9,55										
Wolle ²⁷⁾ , dt. Inlandspreis ²⁸⁾	RM je kg	6,20	6,85	6,10	6,40	4,24	4,44	4,46	4,46	4,77	4,92	4,95	4,90	4,92	4,66										
Kammzug ²¹⁾	d je lb ²⁰⁾	17 1/2	17 1/2	17	17	13,50	13,50	13	13	13 1/2	13 1/2	13 1/2	13 1/2	13 1/2	13 1/2										
Jute, London, nächst. Termin	£ je lg ²⁷⁾	24,70	23,50	23,00	23,20	14,17,6	13,50	14,7,6	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,7,6										
Hant, Manila, London		30,00	29,00	29,50	29,10	19,15,0	19,15,0	19,15,0	19,15,0	19,15,0	18,50	17,15,0	17,15,0	18,00	19,00										
Erdöl, roh, New York	\$ je bbl ⁴⁾	2,72	2,75	2,75	2,75	1,80	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,82										

Einheit	1930												1931											
	März				Januar				Februar				März											
	10.	11.	12.	13.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.										
	Woche				Woche				Woche				Woche											
	3.-8.	10.-15.	17.-22.	24.-29.	9.-24.	26.-31.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.										
Großhandelspreise¹⁾																								
Kupfer, elektrolyt., New York ..	cts je lb ¹¹⁾	18,00	18,00	18,00	18,00	10,00	10,00	10,05	10,05	10,35	10,55	10,80	10,80	10,55	10,55									
standard, London	£ je 1gt ²⁰⁾	87 17 8	87 17 8	87 7 0	70 10 0	45 1 3	44 5 0	43 8 9	45 8 9	45 18 9	46 15 4	46 18 3	46 18 3	46 0 0	44 2 6									
London, 3 Monate		168 12 6	164 0 0	162 2 8	170 5 0	114 17 6	115 0 0	112 2 6	116 3 9	118 12 6	122 7 8	122 7 8	121 2 6	121 2 6	121 5 0									
Zinn, standard, London		5 10	5 00	4 95	4 83	4 00	4 00	4 10	4 05	4 00	3 85	4 00	4 00	4 00	4 00									
Zink, New York	cts je lb ¹¹⁾	18 10 0	17 18 9	8 5 0	19 1 5	2 11 3	12 7 6	11 15 0	12 5 0	2 6 3	12 15 1	12 17 6	12 2 4	12 3 9	11 10 0									
London, greifb.	£ je ton	8 00	5 50	5 50	5 56	4 75	4 75	4 8	4 0	4 50	4 80	4 6	4 6	4 6	4 50									
Blei, New York	cts je lb ²⁰⁾	19 15 0	18 8 9	18 15 0	19 0 0	5 13 9	13 6 3	12 18 9	13 10 0	13 10 0	13 18 9	4 2 6	13 7 6	13 1 3	11 1 9									
London	£ je ton	39 6 3	41 25	41 75	42 25	29 13	29 25	27 13	27 00	26 38	27 13	27 00	26 75	30 37	30 0 0									
Silber, New York	cts je oz fine ²⁴⁾	18 1/2	19 1/2	19 1/2	19 1/2	13 1/4	13 1/4	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2									
Barren ²⁶⁾ London	d	18 1/2	18 1/2	19	19 1/2	13 1/4	13 1/4	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2									
2 Monate																								
Einzelhandelspreise (Berlin)²¹⁾																								
Roggenbrot, ortstüchlich	RM je kg	0,39	0,39	0,38	0,38	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36									
Schweinefleisch (Bauchfleisch) ..		2 40	2 40	2 30	2 3	1 83	1 79	1 75	1 67	1 67	1 67	1 62	1 61	1 50	1 50									
Butter (Molkerei)		3 58	3 40	3 70	3 70	3 24	3 23	3 29	3 36	3 48	3 44	3 44	3 41	3 71	3 71									
Eier	RM je Stck	0,13	0,12	0,12	0,12	0,14 1/2	0,14	0,14	0,13 1/2	0,13 1/2	0,13 1/2	0,13 1/2	0,13 1/2	0,12	0,12									
Vollmilch, ab Laden	RM je l	0,27	0,27	0,26	0,26	0,29	0,29	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30									
Brünette, frei Keller	RM je Ztr	1,85	1,85	1,85	1,85	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78									
Steinkohle, frei Keller		2,50	2,50	2,50	2,50	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38									
Geld- und Kapitalmarkt																								
Tägliches Geld²²⁾																								
Berlin	% p a	7,23	4,96	4,79	5,13	4,63	5,08	6,40	4,71	5,19	5,65	6,09	4,46	4,79	3,75									
London		8,65	3,49	2,71	2 1/4	1,57	2,07	2,13	2,38	1,98	2,20	1,70	2,18	2,03	1,50									
Amsterdam		2,98	1,59	1,04	1,34	0,67	0,78	0,88	0,50	0,60	0,61	1,11	0,66	0,61	0,70									
New York		3,79	3,70	3,26	3,75	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50									
Langfristiges Geld²³⁾																								
Berlin Monatsgeld		6 73	6 50	6 19	6 02	6 34	6 50	6 38	6 32	6 25	6 30	6 38	5 88	5 94	5 50									
London 2 Mon. Bankkzente		3 39	3 49	2 68	2 29	2 18	2 34	2 41	2 5	2 50	2 66	2 51	2 47	2 6	2 57									
Amsterdam, Protokollzinsatz ²⁸⁾ ..		2 98	2 38	2 16	2 19	1 33	1 23	1 17	1 0	1 00	1 10	1 1	1 00	1 0	0 00									
New York, 3 Mon. Warenwechsel ..		4 63	4 58	4 13	4 13	2 67	2 63	2 63	2 63	2 63	2 63	2 63	2 63	2 63	2 63									
Privatdiskont²⁷⁾																								
Berlin ⁴⁵⁾		5 38	5 19	5 02	4 88	4 71	4 69	4 87	4 87	4 88	4 88	4 82	4 75	4 75	4 75									
London		3 31	3 0	2 54	2 19	2 09	2 46	2 46	2 51	2 63	2 70	2 54	2 65	2 60	2 16									
Amsterdam		2 84	2 57	2 6	2 24	1 47	1 22	1 15	1 08	1 01	1 10	1 00	1 00	1 00	1 18									
Zürich		2 63	2 63	2 56	2 56	1 03	1 03	1 00	1 00	1 05	0 91	0 88	1 00	1 18	1 18									
Paris		2 31	2 41	2 53	2 50	1 88	1 88	1 75	1 75	1 71	1 84	1 59	1 47	1 47	1 47									
New York		3 57	3 37	2 79	2 75	1 59	1 48	1 46	1 31	1 48	1 57	1 67	1 67	1 57	1 57									
Rendite																								
Frankreich, 20% Staatsrente ²⁷⁾ ..		3 44	3 46	3 43	3 39	3 47	3 45	3 41	3 38	3 40	3 40	3 39	3 38	3 40	3 39									
Deutschland ²⁹⁾		6 52	6 51	6 51	6 4	6 41	6 38	6 41	6 39	6 38	6 38	6 37	6 35	6 32	—									
50%		7 65	7 69	7 6	7 15	7 81	7 80	7 80	7 54	7 53	7 51	7 48	7 4	7 34	—									
60%		8 46	8 44	8 39	8 22	8 24	8 24	8 23	8 16	8 14	8 12	8 05	7 95	7 90	—									
70%		8 85	8 83	8 80	8 68	8 70	8 69	8 67	8 61	8 60	8 58	8 5	8 47	8 44	—									
100%		9 85	9 84	9 82	9 83	9 88	9 89	9 87	9 87	9 86	9 86	9 84	9 82	9 81	—									
Devisenkurse²²⁾																								
£ in:																								
Berlin	RM	4 191	4 194	4 182	4 188	4 208	4 208	4 205	4 208	4 208	4 207	4 207	4 201	4 198	4 195									
London	£ in \$	4 854	4 862	4 863	4 867	4 854	4 856	4 859	4 860	4 857	4 858	4 857	4 858	4 859	4 860									
Amsterdam	Fl	2 495	2 49	2 494	2 491	2 488	2 487	2 488	2 491	2 491	2 49	2 495	2 495	2 495	2 494									
Zürich	Fr	5 176	5 187	5 147	5 144	5 159	5 170	5 175	5 178	5 194	5 191	5 196	5 197	5 199	5 199									
Paris	Fr	25 582	25 568	25 568	25 532	25 522	25 519	25 507	25 506	25 513	25 518	25 518	25 518	25 518	25 518									
Mailand	L	19 10	19 09	19 10	19 0	19 10	19 10	19 10	19 10	19 10	19 10	19 10	19 09	19 09	19 09									
E in:																								
Berlin	RM	20 368	20 391	20 383	20 380	20 428	20 432	20 431	20 445	20 438	20 438	20 43	20 407	20 382	20 386									
Paris	Fr	124 23	124 23	124 30	124 33	123 89	123 91	123 93	123 97	123 92	123 95	124 0	124 12	124 1	124 50									
New York	\$	4 882	4 862	4 844	4 817	4 854	4 856	4 860	4 861	4 857	4 858	4 854	4 854	4 858	4 860									
Franz. Fr in Berlin	RM für 100 Fr	16 39	16 41	16 4	16 40	16 49	16 49	16 49	16 49	16 49	16 49	16 48	16 44	16 43	16 42									
Geldbewegung⁴⁰⁾																								
Deutschland	1000 Fr	+ 1770	+ 1839	+ 1131	+ 412	+ 2859	- 130	- 118	+ 10179	+ 11337	+ 19482	+ 285	+ 791	—	6 1									
Britannien		+ 6353	+ 679	+ 33147	+ 35776	+ 46742	+ 55588	+ 18360	+ 4222	- 817	+ 7886	+ 3457	+ 674	+ 22431	—									
Niederlande		- 24	- 17	- 8152	- 2	- 29	+ 16864	- 2	+ 16851	- 17	- 1	- 1	- 25	—	—									
Schweden		- 95	- 6	- 45	- 53	- 37	- 173	- 174	- 100	- 1	- 36	- 4	- 24	—	—									
Schweiz		+ 6	+ 15	+ 15	+ 16	+ 112	+ 16	+ 85	+ 700	+ 313	+ 127	+ 24	—	—	—									
Frankreich	Mill. RM	+ 0 4	+ 26 2	+ 6 4	+ 0 4	+ 105 4	+ 78 7	+ 20 1	+ 17 4	+ 19 7	+ 10 8	+ 23 2	+ 54 5	+ 8 7	+ 81 9									
Ver. Staaten von Amerika ⁴¹⁾		+ 24 7	- 183 2	- 18 1	+ 62 8	+ 65 4	+ 73 7	- 64 2	+ 4 5	+ 29 1	- 13 0	+ 64 6	+ 8 7	+ 81 9	—									
Effektenkurse																								
Deutschland:																								
Börsenindex d. Frkf. Ztg. ⁴²⁾ ..		107 95	107 67	108 21	109 69	73 52	73 55	76 62	78 25	78 80	79 84	81 97	81 69	82 81	—									
Aktienindex Gesamt	1928 = 100	107 49	107 34	107 39	109 01	75 84	75 82	78 39	80 0	80 29	81 93	83 42	80 18	79 75	—									
Kassawerte		08 90	108 28	109 71	110 92	69 60	69 71	73 39	76 89	76 08	76 54	78 31	81 94	79 75	—									
Terminwerte																								
Inländische Anleihen																								
Gesamt		96 84	97 24	97 48	98 95	98 38	98 88	98 90	99 54	99 73	99 78	100 48	101 88	101 70	—									
70%		98 84	99 31	9 4	92 99	98 10	98 50	98 05	92 04	92 06	92 36	93 32	94 80	95 88	—									
80%		98 15	98 18	98 8	100 0	99 65	99 70	100 15	101 18	101 21	100 92	101 40	101 52	101 8	—									
Deutsche Anleihen i. Auslande		100 97	102 19	102 46	103 38	90 70	91 14	92 85	93 98	93 98	94 92	94 20	97 93	98 06	—									
Ver. Staaten v. Amerika ⁴³⁾		160 5	162 8	164 4	167 4	97 0	99 0	97 0	70 8	72 0	75 1	72 8	72 3	73 4	—									
Maklerdarlehen																								
Ver. Staaten v. Amerika ⁴⁴⁾	1000 \$	8 593	3 720	3 841	8 820	1 757	1 734	1 716	1 749	1 772	1 798	1 790	1 819	1 913	—									

¹⁾ Arbeitstäglich.
²⁾ Tägliche Durchschnittsproduktion.
³⁾ 1 barrel (42 gallons) = 1,58

Berliner Börsenkurse vom 19. bis 25. März 1931

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Main table containing various financial data sections: Heimische Anleihen, Ausländische Anleihen, Kali-Werte, Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien, Maschinen- und Metall-Fabrik-Aktien, Montan-Werte, Textil-Werte, Sonstige Werte, Bank-Werte, Bahnen-Werte, Schiffahrts-Werte, Automobil-Werte, Chemische Werte, Elektrizitäts-Werte. Each section lists multiple items with columns for dates from 19.3 to 25.3 and corresponding values.

1) Abschlagsdividende. — 2) Ferner 2% Bonus. — 3) Ferner 0.8% Bonus. — 4) Ferner 10% Bonus. — 5) RM je Stück = 200 Schilling. — 6) Ferner 1.2% Bonus. — 7) Ferner 1% Bonus.

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	23. 3. 1931	14. 3. 1931	23. 2. 1931	22. 3. 1930
Aktiva				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1392 RM berechnet	2 286,123	2 286,184	2 265,628	2 491,759
und zwar:				
Goldkassenbestand	2 078,486	2 078,546	2 067,988	2 342,001
Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken	207,638	207,638	207,638	149,758
3. Deckungsfähige Devisen	222,592	209,184	175,402	450,828
4. a) Reichsschatzwechsel	8,660	3,000	—	—
b) Sonstige Wechsel und Schecks	1 465,900	1 626,352	1 525,632	1 504,718
5. Deutsche Scheidemünzen	194,992	179,264	202,271	165,683
6. Noten anderer Banken	20,727	18,699	21,292	21,074
7. Lombardforderungen	88,890	91,315	85,325	55,827
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	0,001	0,001	0,001	0,046
8. Effekten	1) 102,282	1) 102,284	1) 102,822	93,245
9. Sonstige Aktiva	555,653	551,145	555,887	563,841
Passiva				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122,788	122,788	122,788	122,788
b) noch nicht begeben	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	53,915	53,915	53,915	53,915
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	46,224	46,224	46,224	46,224
c) Sonstige Rücklagen	271,010	271,000	271,000	271,000
3. Betrag der umlaufenden Noten	3 765,284	3 987,994	3 704,405	4 109,157
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	342,845	265,866	401,325	593,104
5. Sonstige Passiva	340,682	339,600	334,100	150,415
Bestand an Rentenbankscheinen	52,0	43,8	56,6	61,6
Umlauf an Rentenbankscheinen	391,9	402,5	289,4	319,9
Deckungsverhältnis %	66,6	62,9	65,9	71,4
Diskontsatz %	5	5	5	5 1/2
Lombardsatz %	6	6	6	6 1/2

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich.

Geschäftliche Mitteilungen.

Muth'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Diesem Heft liegt ein Prospekt der Muth'schen Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, bei, in dem diese auf ihre Rundschau „Beleg und Bilanz“ vereinigt mit „Deutsche Buchhaltungs-Zeitung“, „Das System“ („Das Geschäft“) und „Aufwärts“ („Der Kontorfreund“) hinweist.

Preußische Landesrentenbank, Berlin. Die Preußische Landesrentenbank in Berlin veröffentlicht in der vorliegenden Ausgabe eine Anzeige, in welcher sie auf ihre 7%igen Gold-Landesrentenbriefe hinweist. Der Preußische Staat hat die Verzinsung und Tilgung garantiert, auch besitzen die Landesrentenbriefe die Reichsmündelsicherheit. Die Zulassung zum Lombardverkehr der Reichsbank ist beantragt und bevorstehend. Hervorzuheben ist, daß die Tilgung nur zu halbjährlichen Auslosungen zu 100%, nicht durch Rückkauf am freien Markt erfolgt. Die Stücke werden zum amtlichen Berliner Kurs von z. Zt. 93,50% abgegeben.

Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf. Im Anzeigenteil empfiehlt das Institut zum Umtausch der 7% Goldpfandbriefe von 1926 und zur neuen Kapitalanlage seine reichsmündelsicheren 7% Goldpfandbriefe und Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen 5. Ausgabe zu 96 1/2% bzw. 94 1/2%. Die Werte sind gedeckt durch erste Goldhypothenen bzw. Goldkommundarlehen, gesichert durch das sonstige Vermögen der Landesbank, garantiert durch die Rheinprovinz.

Finanzanzeigen in diesem Heft

- Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel: Bilanz.
- Allgemeine Deutsche Creditanstalt: Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.
- Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. K. a. A.: Geschäftsbericht und Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.
- Bayerische Vereinsbank: Bilanz und Dividende.
- Berliner Handelsgesellschaft: Bilanz.
- Berliner Stadtschafts-Bank Aktiengesellschaft: Bilanz.
- Commerz- und Privat-Bank A.-G.: Geschäftsbericht und Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.
- Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien: Geschäftsbericht und Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.
- Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft: Geschäftsbericht und Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.
- Deutsche Kreditsicherung Aktiengesellschaft: Bilanz.
- Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank, Berlin): Bilanz.
- Dresdner Bank: Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.
- Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft: Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.
- Landesbank der Rheinprovinz: Umtauschaufforderung.
- Preußische Landesrentenbank: Hinweis auf die 7%igen Gold-Landesrentenbriefe.
- Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft: Bilanz und Dividende.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
14. März 1931				
Aktiva				
Gold	28,559	21,032	8,124	8,179
Deckungsfähige Devisen	6,452	10,347	2,763	6,104
Sonstige Wechsel u. Schecks	52,988	59,680	21,262	17,194
Deutsche Scheidemünzen	0,046	0,086	0,016	0,030
Noten anderer Banken	2,149	5,147	0,288	0,353
Lombardforderungen	2,454	2,424	0,737	3,198
Wertpapiere	5,270	0,558	10,723	5,340
Sonstige Aktiva	7,508	10,476	25,754	31,440
Passiva				
Notenumlauf	68,857	64,959	20,592	24,498
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	4,508	14,187	12,435	6,457
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	0,118	5,583	23,307	23,918
Sonstige Passiva	3,014	4,520	1,732	5,562
Weitergegebene Wechsel	3,027	0,001	0,800	1,231

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Bln.-Wilmersdorf. — Für die Inserate: i.V. E. Schepke. — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin 149 296.

Schluß des redaktionellen Teils

Bayerische Vereinsbank

Kredit- und
Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern



Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Bericht der persönlich haftenden Gesellschafter.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hat nach dem Kriege in dem Rhythmus ihrer konjunkturellen Bewegung wiederholt ein Bild gezeigt, das in auffälligem Gegensatz zu dem Ablauf der Konjunktur des Auslandes stand. Der starke Aufschwung in der Zeit von 1926 bis 1927, sowie der folgende frühzeitige Abstieg, der sich dann im Jahre 1929, namentlich in dessen erstem Teil, krisenartig fortsetzte, schien losgelöst zu sein von dem Verlauf der Wirtschaftskurve anderer Länder. Die Entwicklung im Beginn des Jahres 1930 erweckte in einer für Deutschland verheißungsvollen Art erneut den Eindruck einer Bestätigung der Gegenläufigkeit deutscher und internationaler Konjunktur.

Diese Gegensätzlichkeit beruht auf durchaus natürlichen Zusammenhängen, die wegen der innigen Verbundenheit aller Wirtschaftsländer die Auslösung unvermeidlicher Reflexerscheinungen zur Folge haben. Insbesondere leidet die wirtschaftliche Dynamik Deutschlands seit der Stabilisierung unserer Währung infolge ihres Abhängigkeitsverhältnisses vom ausländischen Geld- und Kapitalmarkt in empfindlicher Weise an einer inneren Unausgeglichenheit. Die auf- und abgehenden Bewegungen vollziehen sich, unabhängig von den logischen Konsequenzen praktischer und theoretischer Kenntnisse und Erfahrungen nicht in gleichmäßigem Rhythmus, sondern stoßartig. Sie verstärken dadurch die depressiven Zustände eines Volkes, das, nach tragischen Erlebnissen von ungeahntem und fast unmenschlichem Ausmaß nunmehr seit Jahren zwischen Enttäuschungen und Hoffnungen hin- und hergeworfen, von dem mit lebensbehahendem Willen betriebenen Aufbau einer besseren und zufriedeneren Zukunft immer wieder abgedrängt wird.

Das Jahr 1930 schien berufen zu sein, Deutschland eine vorteilhafte Sonderstellung in dem Ablauf der gewaltigen Weltwirtschaftskrise zu geben. Denn diese Krise zeitigte für unser Land durch dessen geld- und kapitalmäßige Abhängigkeit und besondere Struktur als ein auf ausländischen Rohstoff angewiesenes weiterverarbeitendes Industrieland Symptome, die sich zwar noch nicht als durchgreifende, aber doch als unverkennbare und bedeutsame Entspannungen darstellten. Die Kurse der deutschen Auslandsanleihen stiegen, und das Ausland war geneigt, das sich bei ihm ansammelnde und dort unverwendbare Kapital Deutschland zur Verfügung zu stellen. Es ist anzunehmen, daß im Zuge dieser Entwicklung die an sich bedenkliche Abhängigkeit vom ausländischen Geldmarkt langsam und sicher durch die Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige Anleihen auf ein erträgliches Maß gemildert worden wäre und daß auch die notwendige Verbilligung der deutschen

Zinsleistungen hätte erkämpft werden können. Damit wären wichtige Voraussetzungen für eine Sicherung und Kräftigung unseres wirtschaftlichen Daseins gegeben gewesen, wenn auch wahrscheinlich die tiefe Depression in der Welt eine Auswirkung zur eigentlichen Konjunktur verhindert hätte.

In seinem weiteren Verlauf hat jedoch das Jahr 1930 den Beweis dafür erbracht, in welchem Umfang die Wirkung aller hemmend empfundenen Abhängigkeit übersteigert wird durch den überragenden Einfluß, den die Politik auf das wirtschaftliche Denken und Handeln, auf das sichere und richtige Funktionieren wirtschaftlicher Dispositionen ausübt. Wir haben uns in diesem zweiten Teil des Jahres infolge der innerpolitischen Vorgänge in Deutschland weit entfernt von den aussichtsreichen Bestrebungen, aus dem kritischen Zustand der Weltwirtschaft Vorteile für uns zu schöpfen. Darüber hinaus haben wir das traurige Schauspiel erleben müssen, daß Deutschland selbst den ausländischen Geld- und Kapitalmärkten in einer fast psychopathischen Übertreibung pessimistischer Auffassung die natürlichen Schwächen und Gefahren einer vom Auslande abhängigen Wirtschaft in übernatürlicher Größe vor Augen führte, indem es sich selbst in starkem Ausmaß an der Geld- und Kapitalabwanderung beteiligte. Wir erlebten unter dem Einfluß des seelischen Druckes, der aus der politischen oder besser gesagt aus der parteipolitischen Konstellation hervorging, einen jähen Zusammenbruch des Vertrauensverhältnisses zwischen in- und ausländischem Kapital und unserem nationalen Wiederaufbau. Unser Volk geriet schließlich in einen so tiefgehenden Erregungszustand, daß niemand mehr nach der Möglichkeit zu suchen schien, einen Ausweg aus der Krise zu finden, sondern daß weite Kreise sich in der egozentrischen Devise zusammenfanden: „Rette sich, wer kann!“ Land und Wirtschaft kamen unter Auswirkung einer so verhängnisvollen psychologischen Atmosphäre der Gefahr einer katastrophalen Gestaltung der Dinge nahe, da die Vertrauenskrise als Konsequenz die Unrentabilität und den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen nach sich zog und gleichzeitig die Freisetzung großer Mengen arbeitsfreudiger Menschen bewirkte. Das Ansteigen der Arbeitslosenziffer bis Ende 1930 war wohl das wichtigste und gefährlichste Moment unserer Krisenentwicklung, und die Diskussion über diese Erscheinung, wie über die Krisis überhaupt, hat auch hier in einer krankhaft anmutenden Willensschwäche viel weniger nach einem Ausweg gesucht, als sich in einen ermüdenden Kampf um die Schuldfrage verloren.

Im Rahmen des Rückblicks auf die kurze Zeitspanne eines Jahres ist es nicht möglich, dieses wichtige Kapitel der Gestaltung unserer Gegenwartsentwicklung erschöpfend zu behandeln. Es ist jedoch vielleicht vom Standpunkt einer verantwortungsbewußten Vertretung individualistischer und kapitalistischer Denkungsart aus am Platze, auf dabei zutage tretende Tendenzen hinzuweisen, die eine starke Förderung durch die Propaganda einer kollektivistisch-bolschewistischen Welt finden. Der innerpolitische Kampf wird bei uns, verschärft durch die Argumente, die die seelische und materielle Not der Gegenwart ihm liefert, um die Beeinflussung der verschiedenen wirtschaftlichen Faktoren geführt, vielfach unter einseitiger, schlagwortartiger Ausnutzung schicksalhafter Entwicklungen, die uns überkommen haben und deren wir nur in weiter Zeitspanne und in systematischer Arbeit und Anspannung aller Kräfte Herr werden können. Die Politik hat durch diesen Kampf das wirtschaftliche Leben unseres Volkes gleichsam mit einem Krankheitskeim infiziert, der sich unter den Entbehrungen der Nachkriegsepoche mehr und mehr auch in die gesunden Zellen unserer Wirtschaftsordnung hineinfressen konnte und so allmählich die erwähnten Zustände eines hoffnungslosen Pessimismus erzeugte. In steigendem Maße kommen Vertreter der verschiedensten weltanschaulichen und politischen Richtungen zu dem sehr billigen und einfachen Ergebnis, die kapitalistische Wirtschaft überhaupt, ihr System und ihre Organisation für die Krise in Deutschland und in der Welt verantwortlich zu machen. Zahlreiche Menschen, die Opfer der unglücklichen Gestaltung der Dinge wurden, aber auch nicht betroffene und nicht immer sachkundige Beobachter fühlten sich zu falscher und zu weitgehender Kritik und Diagnose der kapitalistischen Ordnung gedrängt. Demagogischer, verantwortungsloser Radikalismus bezog aus diesen Kreisen eine breite Anhängerschaft. Alle Lösungen wirtschaftlicher Probleme aber, die diktiert werden vom demagogischen Geist irgendwelcher Machtpolitik, erweisen sich früher oder später als verhängnisvoll für den anzustrebenden gleichmäßigen Gang der Entwicklung und enden zwar früher oder später mit der Erstarkung und der Aktivität der gegnerischen Kräfte, doch nicht ohne erbitterte, den organischen Fortschritt hemmende Kämpfe. Die Diktatur unseres Schicksals hat die Schar der Unzufriedenen unablässig anwachsen lassen, und nur der bewunderungswürdige Ordnungssinn und der Lebenswille unseres Volkes haben hieraus drohende Gefahren abgewendet.

Es wird in der Welt niemals ein kapitalistisches oder ein sozialistisches System in Reinkultur geben, und niemals werden wir uns zu Gesundheit und Fortschritt durch Anwendung eines starren Systems durchzuringen vermögen. Viel zu sehr aber ist heute schon in die kapitalistische Ordnung die kollektivistisch orientierte Organisation, eine entseelte und verflachte, weil mißverständene Demokratisierung zu Lasten des unternehmungsmutigen und verantwortungsfreudigen Individuums eingedrungen. Die großen Probleme unserer Zeit werden sicherlich zu einem guten Teil nur durch die Zeit selbst wieder entwirrt werden können. Die Wirtschaftsführung muß aber überall da, wo veraltungsmäßige Erledigung der Geschäfte nicht ausreicht, wieder auf die Grundlage der individualistischen Weltanschauung zurückgebracht werden, wenn sie die Verantwortung für eine Neuordnung übernehmen soll. Man darf nicht einen Kapitalismus schmähen, den man eines

guten Teiles seiner Wesensart entkleidet hat und der dadurch mehr und mehr in fehlerhafte Tendenzen und Handlungen verstrickt wird. Man soll dem freien Spiel der Kräfte, das das Wesen der kapitalistischen Ordnung ausmacht, wieder Raum geben. Dann wird sie durch ihr lebendiges Anpassungsvermögen an die zeitgeschichtlichen Forderungen und durch das ihr innewohnende Streben nach Vervollkommenung die sich im geschichtlichen Entwicklungsprozeß wandelnden Ideen zu neuen Formen gestalten können. Wer aber immer glaubt, das System den Anforderungen einer anders gestalteten Zeit noch weiter anpassen zu müssen, wird freilich, wie die Beispiele unserer Zeit, besonders im Osten, zeigen, die Gesichtspunkte hierfür nicht aus der kollektivistischen Weltanschauung heraus schöpfen können.

Der Wert der kapitalistischen Ordnung in Deutschland sowohl wie in der Welt ist nicht allein in den vielhundertjährigen Errungenschaften und Erfahrungen nachgewiesen, die hinter uns liegen, er ist gerade auch vor unseren Augen durch die Stärke der Leistungen, die dieses System in der Nachkriegsperiode vollbringen konnte, belegt. Deutschland hat nach der gewaltigen Katastrophe des Jahres 1918, wie nach der völligen Vernichtung der deutschen Währung im Jahre 1923, so jetzt zum dritten Male sein Wirtschaftsleben und damit sein nationales Dasein mit Erfolg und Energie zu verteidigen verstanden. Sowohl im Jahre 1929, gelegentlich der Verhandlungen des Youngplanes, wie im Jahre 1930 hat es niemals einen berechtigten Zweifel an der Währungsgrundlage unseres Landes gegeben. Deutschland hat den gesamten politischen und industriellen Umbau seines Landes in der kurzen Zeitspanne von nur 5 bis 6 Jahren in Angriff genommen und aussichtsreich in seinen Grundlagen gefestigt. Es hat verstanden, auch das Aufeinanderprallen der durch die geschilderten Vorgänge auf die äußerste Spitze getriebenen sozialen Gegensätze zu meistern, obwohl von Westen und Osten mit mehr oder weniger großer Intensität gefahrvolle Beeinflussungen unsere politische und wirtschaftliche Arbeit störten.

Man muß diese bekannten, aber meist zu wenig gewürdigten Tatsachen oft wiederholen, um die notwendige und berechtigte psychologische Wirkung auf unser Selbstbewußtsein zu erreichen und um den bedenklich erstarkten Minderwertigkeitskomplex im Volke hinter ein gesundes Souveränitätsgefühl zurückzudrängen. Die deutsche Wirtschaft sollte sich auf ihre Leistungen besinnen und daraus neue Kräfte zur Überwindung der Schwierigkeiten und zur Lösung der Probleme schöpfen. Sie hat bereits wesentliche Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit und aus den Verlusten gezogen, die ihr durch Fehlleitung von Kapital entstanden sind, indem sie zahlreiche Betriebe aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet, sich also nicht an die Substanz geklammert, sondern den Willen bekundet hat, mit Energie zu lebensspendender und wohlstandschaffender Rentabilität zu streben. Sie sollte sich verbinden mit allen, die einen gesunden Aufbau unseres Volksganzen in zielbewußter organischer Entwicklung herbeischnen und sich vor allem geschlossen hinter eine Staatsführung stellen, die den Weg, den sie gehen muß, erkannt hat und den Beweis erbracht hat, daß sie auch entschlossen ist, ihn zu gehen. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Fruchtbarmachung dieses Entschlusses ist die Tatsache, daß die Erkenntnis der Irrtümer der Vergangenheit und der Notwendigkeit ihrer Abstellung schon in weite Kreise des Volkes, vor

allem auch der Arbeitnehmerschaft eingedrungen ist. Von dieser wertvollen Grundlage ausgehend, wird die Staatsführung ihre ersten Schritte zur Gesundung des Etats und zur Herbeiführung einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Sozial- und Lohnpolitik fortsetzen können und müssen.

Neben den innerpolitischen Ursachen wirken auch die Erscheinungen, die zur Entstehung der Weltkrise geführt haben, unmittelbar auf Deutschland zurück. Dabei ist auch hier die Politik zum ausschlaggebenden Faktor geworden insofern, als die internationalen politischen Konstellationen nach wie vor die natürlichen Kraftzentren des wirtschaftlichen Kreislaufes, Kapital und Geld, in ihrer Freizügigkeit behindert und den natürlichen Lauf des Kapitals von den Stätten des Überflusses zu den Stätten des Mangels häufig in entgegengesetztem Sinne beeinflußt haben. Die Fehlleitung der Kapitalströme mußte sich im Jahre 1930 gerade für Deutschland außerordentlich schädigend auswirken. Die deutsche Zahlungsbilanz hatte einmal auf der Passivseite die Reparationsleistungen und Zinszahlungen zu verbuchen. Daneben mußten im zweiten Halbjahr die gewaltigen landesflüchtigen Beträge sowie die großen Kreditkündigungen des Auslandes und schließlich ein mehrmonatlicher, zeitweilig panikartiger Verkauf deutscher Aktien und Obligationen seitens ausländischer Eigentümer einen Ausgleich finden. Das Aufhören des bisherigen Kapitalzufflusses hatte notwendigerweise eine entschiedene Verringerung der Investitionstätigkeit zur Folge, eine Situation, die noch besonders dadurch verschärft wurde, daß die öffentliche Hand infolge der allgemeinen Finanzlage keine Erleichterung durch erhöhte Auftragserteilung zu schaffen vermochte, sondern im Gegenteil zu einschneidender Drosselung aller Aufträge übergehen mußte. Die deutsche Produktionsmittelindustrie geriet damit als erste in eine kritische Phase. Allmählich griff aber die Produktionsverringering auf alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens über und trat namentlich dort scharf hervor, wo schon seit Jahren die Selbstkostenkrise, zu der unsere Steuer- und Lohnpolitik geführt hat, die Rentabilität zu einem problematischen Begriff hatte werden lassen.

Deutschland muß das Vertrauen des in- und ausländischen Kapitals wiedergewinnen. Das Ausland hat einen guten Überblick über unser wirtschaftliches Können und unsere wirtschaftliche Stärke und glaubt zuverlässlicher als viele Deutsche selbst an die Zukunft unseres Landes. Es hat auf Grund der Erfahrungen der Nachkriegszeit ein weitgehendes Verständnis für das Zeitmaß, dessen wir zu unserer Gesundung bedürfen. Wir werden Sorge zu tragen haben, daß die mangelhafte und ungleichmäßige Kapitalversorgung einer besseren Verteilung zu billigeren Bedingungen Platz macht. Die deutsche Wirtschaft kann in der gegenwärtigen Übergangsperiode eine langandauernde Verringerung der Investitionsmöglichkeit mit ihren uns jetzt genügsam bekanntgewordenen Folgen nicht tragen. Die dadurch bedingte Schrumpfung der Produktion schaltet die Kapitalbildung in weitestem Maße aus, und die mangelnde Kapitalbildung führt ihrerseits wieder eine Erhöhung des Kapitalzinssatzes herbei, wie wir sie im Laufe des Jahres 1930 verhängnisvoll erlebt haben. Der Wiederanschluß Deutschlands an die ausländischen Kapitalmärkte ist besonders auch notwendig, um den seit 1929 unterbrochenen Umschuldungsprozeß kurzfristiger Kredite in langfristige Anleihen fortzusetzen und für die Zukunft unsere Kapitalbedürfnisse

in höherem Maße durch langfristige Kreditoperationen zu befriedigen. Wenn wir dann auch zunächst durch die wachsende Wareneinfuhr äußerlich ein schlechteres Bild unserer Handelsbilanz erhalten, so gewinnen wir doch nur auf diese Weise die Möglichkeit, durch eine Erhöhung unserer produktiven Kräfte allmählich die innere Kapitalbildung zu steigern und dadurch in einer späteren Zeit jenen Dauerüberschuß unserer Handelsbilanz zu erringen, zu dem wir als schließliche Voraussetzung für eine volle Selbständigkeit unserer Wirtschaft wieder kommen müssen.

Die Rentabilität unserer Wirtschaft wird nur erreicht werden können, wenn wir uns von einer Arbeitslosigkeit befreien, die über das konjunkturell bedingte Maß hinausgeht und zu einer Dauererscheinung zu werden droht. Diese Arbeitslosigkeit ist gewiß nicht allein, aber doch wesentlich auf eine künstliche Erhöhung der Löhne durch eine staatlich begünstigte monopolistische Lohnpolitik zurückzuführen, die einerseits zu einer übersteigerten Rationalisierung und Zusammenfassung von Betrieben und damit zur Freisetzung von Arbeitskräften geführt, andererseits einem Teil der Arbeitnehmer zu Lasten der übrigen einen zu starken Anteil an dem Sozialprodukt gesichert hat. Es erübrigt sich, an dieser Stelle nochmals eine Analyse der Ursachen der deutschen Arbeitslosigkeit zu geben, mit der sich die öffentliche Diskussion fast täglich lebhaft beschäftigt. Wir wollen uns mit der daraus zu gewinnenden Erkenntnis begnügen, daß wir alles aufbieten müssen, um durch eine den Gesetzen der freien Marktwirtschaft entsprechenden Lohngestaltung die rentable Verwendung von Arbeitskraft in hinreichendem Umfang wieder zu ermöglichen. Allen Kaufkrafttheorien zum Trotz kann die Entstehung einer gesunden Konjunktur nicht durch die Nachfrage nach Konsumgütern, sondern nur durch eine gesteigerte Nachfrage nach Produktivgütern angebahnt werden, die ihrerseits wieder den Bedarf nach menschlichen Arbeitskräften und damit folgerichtig einen volkswirtschaftlich berechtigten Konsum auslöst. Nirgends hat sich der große Irrtum der Kaufkrafttheorie stärker erwiesen als in Amerika. Gerade von hier wurden wir im Jahre 1929 von einem Zusammenbruch überrascht, der in der Folgezeit allmählich in allen Teilen der Welt fühlbar wurde und eine Krise hervorrief, die alle bisherigen Erschütterungen der kapitalistischen Wirtschaft an Stärke übertraf. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Arbeitszeitverkürzungen können die Situation mildern. Sie müssen auch insofern angewandt werden, als sie am deutschen Kapitalfonds nicht weiter zehren, können aber nur dazu dienen, die Zeit bis zur Rückkehr zu einer grundsätzlich richtigeren Lohnpolitik zu überbrücken. Dann wird das kapitalistische System auch auf diesem Gebiete seine natürliche Elastizität wieder gewinnen, deren Wiederherstellung ganz besonders im wohlverstandenen Interesse der breiten Masse selbst liegt. Nur bei natürlicher und organischer Entwicklung kann der Kapitalismus seine sozialen Funktionen, den Menschen Arbeit und größtmögliche Wohlfahrt zu verschaffen, erfüllen.

Je mehr wir in der theoretischen Durchforschung auf die Fehler im wirtschaftlichen Wiederaufbau der Nachkriegszeit kommen, um so mehr wächst die Erkenntnis, daß es sich nicht um ein Versagen der kapitalistischen Ordnung handelt, sondern daß sich diese Weltkrise zwar durch ihre Intensität von großen Krisen zurückliegender Epochen unterscheidet, daß sie aber im übrigen nach vieler Richtung hin deutliche Merkmale mit

früheren Krisenentwicklungen gemeinsam hat und daß ihr Entstehen und ihr Ablauf in weitem Maße mit den bisher gemachten Erfahrungen übereinstimmen. Dabei müssen wir uns daran erinnern, daß wirtschaftliche Krisen häufig die Folge großer kriegerischer Verwicklungen gewesen sind und daß naturgemäß die krisenhaften Erscheinungen nach einem so gigantischen Ereignis wie dem Weltkrieg allein bereits infolge der gewaltigen Umschichtung der agrarischen und industriellen Produktion unvergleichlich größer sein müssen, als diejenigen, die nach kriegerischen Epochen der Vergangenheit eingetreten sind. Darüber hinaus haben die aus der Innen- und Handelspolitik der Nationen hervorgegangenen staatlichen Einwirkungen auf die Wirtschaft eine besonders scharfe Auswirkung der kritischen Vorgänge verschuldet. Der staatliche Protektionismus und die staatlichen Subventionen haben hemmend auf den Warenverkehr der Welt eingewirkt, und Valorisationsmaßnahmen verschiedenster Art haben an vielen Rohstoffmärkten ein künstliches Preisniveau gezeitigt, das in dem Augenblick zum Zusammenbruch gelangen mußte, wo ein natürlicher Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage wieder bestimmend für die Festsetzung des Preises wurde. Zu den vielfach von der Wirtschaft aus in einer falschen Einstellung zu den Gesetzen der kapitalistischen Ordnung unterstützten Maßnahmen kamen preishaltende Tendenzen hinzu, die aus der Notwendigkeit hervorgingen, die durch staatliche Eingriffe gestörte Rentabilität wiederherzustellen und die eine gewisse Starrheit in ein System hineinbrachten, dessen Überlegenheit gerade auf einem natürlichen Warenaustausch beruht. Auch in der Politik der Nachkriegszeit, die in der ungesunden Atmosphäre des Versailler Vertrages leben muß, liegt ein ständig hindernder Faktor für die gleichmäßige internationale Entwicklung der Wirtschaft. Das gilt natürlich auch für die Reparationszahlungen, die für die ohnehin kapitalschwachen Schuldnerländer einen weiteren Kapitalverlust und für die reichen Gläubigerländer einen neuen Goldzufluß darstellen, wobei infolge des gestiegenen Goldwertes sich die Leistung des Schuldners noch erhöht, und zwar nicht nur gegenüber dem Gläubigerstaat, sondern auch gegenüber den Besitzern der Young-Anleihe. Wenn darüber hinaus diese in starken Kapitalpolstern steckenden Länder, wie Frankreich, durch politische Momente veranlaßt werden, statt des Kapitalexports das Zurückziehen der Goldreserven von überall her zu bewirken, so liegt hierin ein ebenso großer Widersinn, wie darin, daß Deutschland unter den heutigen Verhältnissen Kapital ins Ausland schafft. Es ist erfreulich, daß sich in zunehmender Weise Männer der Praxis mit diesen aus dem Lager der Politik kommenden Fehlmaßnahmen des letzten Jahrzehnts beschäftigen und daß gerade in diesem Jahr maßgebende Stellen der englischen und amerikanischen Bankwelt bedeutsame Hinweise für einen Ausweg aus der Krise gegeben haben, um insbesondere die Spannungen in der Güterproduktion und in der Kapitalversorgung der Welt zu beseitigen. Hierdurch würde auch der Kapitalzins wieder zum bestimmenden Faktor für den freizugehenden Lauf der Kapitalströme und damit für die Richtung der Investitionen werden. Es ist wichtig, daß die leitenden Notenbanken der Welt inmitten der politischen Gegensätze in einer ständigen Zusammenarbeit stehen, wodurch auch im Jahre 1930 manche Gefahrenpunkte beseitigt wurden, und es ist zu wünschen, daß von hier aus allmählich die

Basis für eine rationellere Kapitalverteilung der Welt gefunden werden kann.

Deutschland ist in erheblichem Maße an diesen weltwirtschaftlichen Problemen und deren Lösung interessiert, und es wird seine Politik darauf einstellen müssen, daß es noch für eine lange Reihe von Jahren auf Kapitalzuschüsse angewiesen ist, die es nur erhalten kann, wenn es ständig im Auge hat, dem Kapital die Sicherheit seiner Betätigung zu bieten. Deutschland kann durch die Eigenart seines volkswirtschaftlichen Aufbaues nicht daran denken, autarkische Zustände einzuführen, und dahinzielende Bestrebungen sind nur geeignet, uns von dem Weg abzudrängen, den wir vernünftigerweise gehen müssen. Durch die Rentabilität unserer Wirtschaft, durch eine Selbstkostenbasis, die in Parallele mit den konkurrierenden Wirtschaftsländern läuft, ziehen wir genügend fremde Kapitalien an uns und gewinnen weiter an Boden auf den Weltwarenmärkten. Dadurch kommen wir zu einer Ordnung und Erstarkung der inneren Verhältnisse, und nur von hier aus können wir die Welt zu der Überzeugung bringen, daß sie sich selbst nützt, wenn sie Störungen, die aus der falschen Einstellung zu Deutschland kommen, beseitigt.

Die hier im Zusammenhang mit der Behandlung einiger materieller und psychologischer Probleme nur strichweise angedeuteten großen Krisenzustände des Jahres 1930 mußten mit allen ihren Folgen das deutsche Bankgewerbe in empfindlicher Weise treffen. Der Abzug der Kapitalien in den letzten Monaten des Jahres erforderte eine außergewöhnliche Bereitschaft, die nicht bewerkstelligt werden durfte durch umfangreiche Kreditrestriktionen oder durch einen zu scharfen Eingriff in die verschiedenen Teile der Wirtschaft. Die deutschen Kreditbanken waren ohnehin durch die vielen in Industrie, Handel und Gewerbe hervortretenden Zahlungseinstellungen und Zusammenbrüche von dieser Seite aus verlustreich betroffen. Der ungewöhnlich starke Rückgang an den Börsen bewirkte erhebliche Sonderverluste auf dem Gebiete des Effekten- und Konsortialgeschäfts und verhinderte die Liquidation einer großen Anzahl laufender Transaktionen. Es ist nur natürlich, daß solche Zustände die Bankbilanzen fühlbar beeinflussen mußten, was auch bei unserem Institut in einem Rückgang der Dividende um 4% und in einem Ausweis von 10 Millionen RM für Abschreibungen auf Effekten- und Konsortialbestände seinen Ausdruck findet.

Auf dem Provisions-Konto sind die Erträge im Berichtsjahr zurückgegangen. Wir konnten zwar eine Steigerung des Umsatzes von rund 245 Milliarden RM im Jahre 1929 auf rund 261,5 Milliarden RM auf einer Seite des Hauptbuches verzeichnen, doch konnte das Provisions-Konto aus dieser Ausdehnung des Geschäftsumfanges infolge des weitgehenden Ausfalles im Effekten- und Konsortial-Geschäft keinen Nutzen ziehen. Die im allgemeinen Teil unseres Berichtes mehrfach erwähnten günstigen Verhältnisse auf den ausländischen Geldmärkten in der ersten Hälfte des Jahres 1930 haben uns dagegen in den Stand gesetzt, auf dem Zinsen-Konto eine bescheidene Erhöhung der Einnahmen auszuweisen.

Unser Handlungskostenkonto haben wir im abgelaufenen Jahre um rund 3 600 000,— RM senken können. Von einem Personalabbau haben wir im vergangenen Jahre abgesehen. Erst ganz zum Schluß haben wir unter dem verstärkten Druck der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung in schonender Weise eine be-

schränkte Anzahl von Kündigungen bzw. Pensionierungen mit Wirkung für das neue Jahr vorgenommen. Von den Unkosten entfallen auf persönliche Ausgaben 78,44 % der gesamten Unkosten (exkl. Steuer gerechnet), während sich der Prozentsatz bei Hinzuziehung der Steuer auf 73,97 % ermäßigt.

An Steuern hatten wir für 1930 3 216 782,26 RM zu zahlen, gegen 7 268 751,25 RM. Die Herabminderung unserer steuerlichen Verpflichtungen erklärt sich insbesondere durch Rückzahlungen von in früherer Zeit zuviel gezahlten Beträgen.

Der Pensionsfonds für Beamte ist mit 6 000 000,— RM unverändert geblieben.

Für Wohlfahrtseinrichtungen, Pensionen usw. wandten wir im vergangenen Jahre rund 5 250 000,— RM auf, während wir der Pensionskasse für unsere vom gesetzlichen Versicherungszwang nicht erfaßten Beamten 324 000,— RM überwiesen.

Wir beschäftigen zur Zeit 7999 Beamten, d. h. die gleiche Anzahl wie in den Vorjahren.

Die Zahl unserer Filialen und Depositenkassen ist annähernd unverändert geblieben. Wir unterhalten gegenwärtig 111 (108) Filialen und 53 (53) Berliner, sowie 57 (48) auswärtige Depositenkassen.

Die Internationale Bank te Amsterdam hat ihren Abschluß bei Drucklegung dieser Zeilen noch nicht zur Vorlage gebracht, sie kann aber auf ein relativ günstig abgelaufenes Geschäftsjahr zurückblicken, bei dem sie von nennenswerten Verlusten im Kontokorrent-Geschäft und auf anderen Gebieten verschont geblieben ist, so daß sie wiederum eine angemessene Dividende zur Verteilung bringen wird.

Die Deutsch-Südamerikanische Bank hat ihren Dividendensatz von 6 % auf 4 % reduziert. Die starken Währungsschwankungen in den von ihr bearbeiteten südamerikanischen Ländern in Verbindung mit den Schwierigkeiten auf den diese Länder speziell interessierenden Rohstoffmärkten nötigten das Institut zu einer vorsichtigen Dividendenpolitik.

Die Deutsche Orientbank hat ihre günstige Entwicklung auch im Berichtsjahre in erfreulicher Weise beibehalten können und wird wiederum die Verteilung einer Dividende von 5 % in Vorschlag bringen.

Die Danziger Bank für Handel und Gewerbe hat bei befriedigender Weiterentwicklung ihre Dividende von 10 % auf 8 % ermäßigt.

Die Mercurbank in Wien, deren Abschluß noch nicht vorliegt, wird voraussichtlich wiederum eine Dividende von 6 % ausschütten.

Die Litauische Kommerzbank in Kowno hat sich weiter erfolgreich entwickelt und wird eine Dividende von 8 % verteilen.

Die geschäftliche Entwicklung unserer Kommanditen konnte sich naturgemäß der Beeinflussung durch die ungünstigen Verhältnisse im Kredit- und Effekten-geschäft nicht entziehen.

Die für das Jahr 1930 aus dem Konto „Dauernde Beteiligungen“ zu erwartenden Einnahmen werden wir erst im nächsten Jahre zur Verrechnung bringen.

In den Zahlen des Konsortial- und Effekten-Kontos haben wir, gerechnet mit dem buchmäßigen Wert für insgesamt rund 20 Millionen RM festverzins-

liche Werte zur Verbuchung gebracht. Auch im Berichtsjahre sind den Banken aus der Entwicklung der Börsenlage weitgehende Verpflichtungen in der Pflege des Marktes der Aktien und der festverzinslichen Werte entstanden, denen wir uns nicht entziehen konnten.

Wir waren im Jahre 1930 an einer Reihe größerer Transaktionen und Gemeinschaftsgeschäfte beteiligt. Besondere Erwähnung hierbei verdient die bedeutungsvolle Transaktion der Zusammenfassung einer Reihe von Hypothekenbank-Instituten zur Deutschen Zentralbodenkredit A.-G., die ihrerseits der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken beiträgt. Wir wirkten ferner u. a. bei der Fusion der Schultheiß-Patzenhofer Brauerei A.-G. mit der Ostwerke A.-G. mit. In freundschaftlichem Zusammenwirken mit einer Reihe führender Auslandsbanken sowohl wie mit befreundeten Inlandsinstituten haben wir uns an der Gründung der Compagnie Centrale des Prêts Fonciers in Amsterdam beteiligt, deren Aufgabe es sein wird, ihr Interesse besonders dem europäischen Realkreditwesen zuzuwenden.

Zu den einzelnen Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung bemerken wir folgendes:

Die Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen bestehen zu rund 83,30 % (83 %) aus Auslandsguthaben. Die Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen haben eine Steigerung von rund 20 % erfahren. Die Positionen Reports und Lombards sind entsprechend der Börsenlage erheblich kleiner geworden und enthalten auch in diesem Jahre nur börsenmäßige, gegen Wertpapiere gedeckte Vorschüsse.

Die Debitoren setzen sich der Größe der im einzelnen gewährten Kredite nach wie folgt zusammen:

Kredite bis unter RM	5 000	= 61 %
„ „ „ „	10 000	= 71 %
„ „ „ „	15 000	= 77 %
„ „ „ „	50 000	= 91 %
„ „ „ „	100 000	= 95 %

Die gleiche Statistik der Kreditoren ergibt folgendes Bild:

Kreditoren bis unter RM	5 000	= 89 %
„ „ „ „	10 000	= 94 %
„ „ „ „	15 000	= 96 %
„ „ „ „	50 000	= 98 %
„ „ „ „	100 000	= 99 %

Von unseren Bürgschaften sind 44 721 122,62 RM in deutscher Währung und 38 062 017,71 RM in fremder Währung geleistet.

Das Konto Bankgebäude, das, wie bisher, unverändert weitergeführt ist, enthält 137 (138) eigene Grundstücke, von denen 103 (111) lediglich Bankzwecken und 34 (27) auch anderen Zwecken dienen.

Von der Gesamtsumme der Kreditoren in laufender Rechnung entfallen 30 % (34 %) auf ausländische Guthaben, wovon 25 % (27 %) in ausländischer und 5 % (7 %) in Markwährung unterhalten werden.

Die ausländischen, in fremder Valuta gebuchten Kreditoren sind durch eigene Devisenforderungen aus den ersten 5 Posten der Bilanz zu rund 65,70 % (63½ %) gedeckt.

Nach erheblichen Abschreibungen und Rückstellungen

ergibt sich laut Gewinn- und Verlust-Konto unter Einrechnung des Gewinnvortrages per 1929 im Betrage von

RM
3 119 172,17

ein Bruttogewinn von 74 484 723,16

Nach Absetzung RM

der Handlungskosten mit . . . 53 101 918,13

der Steuern mit 3 216 782,26

der Abschreibung auf Effek-

ten- und Konsortial-Konto

mit 10 000 000,—

insgesamt: 66 318 700,39

verbleibt ein Reingewinn von 8 166 022,77

dessen Verteilung wir wie folgt vorschlagen:

RM

8 % Dividende 4 800 000,—

Tantieme des Aufsichtsrats 240 000,—

insgesamt: 5 040 000,—

so daß als Vortrag auf neue Rechnung

3 126 022,77 RM

verbleiben.

Es ist uns ein aufrichtig empfundenes Bedürfnis, zum

Schluß unseres diesjährigen Berichtes der Herren zu gedenken, die zum Teil nach jahrzehntelanger Mitarbeit mit Ablauf dieses Geschäftsjahres uns verlassen haben. Die Herren Direktoren

Hermann v. Grumbkow
Carl Mailländer
Julius Schwarz
Heinrich Hahn
Theodor Marba
Arthur Wagner
und Edmund Wolfson

sind in den Ruhestand getreten. Wir widmen den Herren auch in dieser Stelle Worte herzlichen Dankes für ihre treue Pflichterfüllung und für ihre unermüdliche Bereitschaft, den Interessen und dem Ansehen unseres Institutes mit Hingabe zu dienen.

Berlin, im März 1931.

Die persönlich haftenden Gesellschafter

Dr. Beheim-Schwarzbach. Bodenheimer. Goldschmidt.

Dr. Rosin.

Dr. Strube.

Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank, Berlin)

Bilanz am 31. Dezember 1930

Aktiva		RM	Passiva		RM
1. Kasse, Reichsbankgiro-, Postscheck- und Bankguthaben		93 664 825,15	1. Kapital		420 000 000,—
2. Wechsel und Schatzanweisungen		6 772 597,54	2. Hauptrücklage		26 464 437,55
3. Wertpapiere		41 989 325,19	3. Sonderrücklagen für ausgegebene Schuldverschreibungen		37 873 670,—
4. Devisen		645 227,31	Hiervon getrennte Sonderrücklagen		
5. Beteiligungen			a) für die 1. Amerika-Anleihe	RM 5 035 380,—	
a) an der Finanzierungsgesellschaft für Landkraftmaschinen Aktiengesellschaft	RM 1 000 000,—		b) für die 2. Amerika-Anleihe	RM 6 168 120,—	
b) gemäß § 3 Ziffer 3a des RKA.-Gesetzes	RM 8 464 651,68	9 464 651,68	c) für die 3. Amerika-Anleihe	RM 10 279 920,—	
6. Personalkredite			d) für die 4. Amerika-Anleihe	RM 5 242 230,—	
a) bis zu 9 Monaten befristete Darlehen	RM 188 485 489,75		e) für die Mellorations-Auslandsanleihe	RM 963 900,—	
b) Abzahlungskredite	RM 80 523 199,50		4. Beteiligungsrücklage		1 000 000,—
c) sonstige länger befristete Darlehen (Molkereikredite)	RM 22 298 605,85	291 307 295,10	5. 1. Amerika-Anleihe		
7. Abwicklungskredite		8 404 087,44	7% Schuldverschreibungen U.S.A.	\$ 25 000 000,—	
8. Umschuldungskredite		5 117 711,64	hiervon getilgt	\$ 2 236 000,—	
9. Mellorationskredite			\$ 22 764 000,—	85 608 800,—	
a) Dauerkredite aus Anleihenmitteln	RM 17 075 908,60		6. Golddiskontbankanleihe		
b) Dauerkredite aus eigenen Mitteln	RM 19 591 250,50		7% Hypothekar-Schuldscheine		99 370 000,—
c) Zwischenkredite	RM 23 273 118,56	59 939 277,66	7. 2. Amerika-Anleihe		
10. Siedlungskredite			6% Schuldverschreibungen U.S.A.	\$ 30 000 000,—	
a) Zwischenkredite	RM 193 066 438,98		hiervon getilgt	\$ 1 150 000,—	
b) Dauerkredite	RM 49 682 744,39	242 749 183,37	\$ 28 850 000,—	121 170 000,—	
11. Hypothekendarlehen			8. 3. Amerika-Anleihe		
aus Mitteln der 1. Amerika-Anleihe		95 609 574,08	6% Schuldverschreibungen U.S.A.	\$ 50 000 000,—	
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen		2 316 411,31	hiervon getilgt	\$ 3 620 000,—	
aus Mitteln der Golddiskontbankanleihe		97 978 901,—	\$ 47 380 000,—	198 996 000,—	
aus Mitteln der 2. Amerika-Anleihe		121 172 648,94	9. 4. Amerika-Anleihe		
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen		488 536,84	6% Schuldverschreibungen U.S.A.	\$ 26 000 000,—	
aus Mitteln der 3. Amerika-Anleihe		198 998 857,62	hiervon getilgt	\$ 1 037 000,—	
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen		8 552 358,22	\$ 24 963 000,—	104 844 600,—	
aus Mitteln der 4. Amerika-Anleihe		104 851 817,77	10. Mellorations-Auslandsanleihe		
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen		978 077,96	6½ % Schuldverschreib. schw. Fr. 25 000 000,—		
12. Hypothekar-Stundungskredite		29 987 327,36	hiervon getilgt	schw. Fr. 1 200 000,—	
13. Bei der Golddiskontbank hinterlegt zur Deckung von Hypothekar-Schuldscheinen			schw. Fr. 23 800 000,—	19 278 000,—	
14. Anteilige Zinsen aus Hypothekendarlehen		1 391 099,—	11. Guthaben des Reichs		188 426 878,18
15. Bankgebäude		9 007 829,41	12. Darlehen für Siedlungsdauerkredite		49 059 332,87
16. Mobilien und Bürotensilien		1 600 000,—	13. Deutsche Rentenbank		27 746 636,40
17. Sonstige Aktiva		1,—	14. Noch einzulösende Zinsscheine		320 692,—
		3 964 745,24	15. Anteilige Zinsen für Schuldverschreibungen und Hypothekar-Schuldscheine		12 394 124,13
		1 431 952 367,88	16. Rückstellungen		5 005 269,62
			17. Pensionsfonds		1 205 939,10
			18. Sonstige Passiva		8 260 175,73
			19. Reingewinn		14 927 812,25
					1 431 952 867,83

Gewinn- und Verlustrechnung

Soll		RM	Haben		RM
Handlungskosten		1 951 000,38	Zinsen aus Krediten und kurzfristigen Anlagen		14 625 363,11
Sonstige Aufwendungen einschl. Umbaukosten		796 340,—	Zinsen aus Wertpapieren und Devisen		8 036 639,83
Stempel, Emissionskosten und andere Ausgaben für Anleihen		585 679,86	Zinsen aus Hypothekendarlehen		44 239 250,49
Zinsen für Anleihen		43 591 875,43	Abschlußvergütungen, Verwaltungskostenbeiträge usw.		951 394,49
Abschreibung auf Wertpapiere		1 000 000,—			
Reingewinn		14 927 812,25			
		62 852 707,92			62 852 707,92

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

Geschäftsbericht für das Jahr 1930

Vertrauenstörende politische Entwicklung hat im Jahre 1930 in wirtschaftlicher Auswirkung verschiedener Art den Welthandel fühlbar gemindert (gegen 1929 mengenmäßig um reichlich 10%, wertmäßig auf Grund des allgemeinen Preissturzes annähernd doppelt so viel) und die bereits vorhanden gewesene Depression der Weltwirtschaft noch sehr verstärkt. Das Bankgeschäft hat daher allerorten infolge der gesunkenen Warenpreise wie Wertpapierkurse und dadurch beeinträchtigter Kreditsicherheit ein ungünstiges Jahresergebnis zu verzeichnen, zumal in Deutschland, wo die gemeinsamen Schwierigkeiten noch durch besondere innerpolitische Faktoren und den Druck der Reparationsverpflichtungen vermehrt werden.

Finden in unseren Umsatz- und Bilanzfiguren sowie in der vorgeschlagenen geringeren Dividende die widrigen Verhältnisse ihre Auswirkung, so können wir andererseits mit Genugtuung auf den bisher erzielten Erfolg unserer durch die Fusion ermöglichten, Arbeit und Kosten sparenden Betriebsrationalisierung hinweisen. Sie läßt im laufenden Jahre weitere Fortschritte erhoffen.

Im Geschäftsjahr 1930 haben wir mit unserer Kundschaft (also unter Ausschaltung aller Verrechnungen mit unseren Filialen und Nostroverbindungen) RM 198,69 Milliarden umgesetzt.

Die Wirtschaftsentwicklung brachte Umsatzzshumpfung mit sich und gebot Zurückhaltung in Kreditgewährung und in Anbahnung neuer Geschäftsverbindungen. Eine Verminderung erfuhren die Umsatz- und die Bilanzfiguren auch durch Überführung der laufenden Geschäfte unserer Amsterdamer Filiale auf die Handel-Maatschappij H. Albert de Bary & Co. N. V.

Die Zahl der Konten stellte sich am Jahreschlusse auf 837 000 (gegen 800 000 im Vorjahre). Es sind dabei 137 000 umsatzlose Spar-Konten gegen nur 80 000 solcher Konten im Vorjahre mitgezählt, so daß die eigentlichen Umsatzkonten sich um 20 000 vermindert haben, größtenteils durch Umwandlung in Spar-Konten.

Wir unterhalten an 301 Plätzen Niederlassungen, daneben 193 Stadtdepositenkassen, davon 61 in Berlin.

Unser Personalbestand hat sich von 21 600 Köpfen weiter auf 20 051 vermindert. Wir möchten es nicht unterlassen, allen Mitarbeitern, im besonderen den Herren in leitender Stellung oder mit langjähriger Dienstzeit, die infolge der Fusion haben auscheiden müssen, auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung für ihre treuen Dienste zu sagen. Die Zahl der aus leitenden Stellungen ausgeschiedenen Mitarbeiter ist natürlich infolge der Zusammenlegungen unserer Niederlassungen an den einzelnen Plätzen prozentual höher als die der Tarifangestellten. Nicht weniger Anerkennung verdient der Dienstleister der bei uns verbliebenen Angestellten aller Grade, an deren Leistung und Hingebung die einschneidende Umorganisation in geschäftlich schwieriger Zeit hohe Anforderungen gestellt hat. Um so schmerzlicher ist es uns, daß die allgemeinen Verhältnisse, die zur Einschränkung auf allen Gebieten zwingen, uns nicht darauf verzichten lassen, von allen unseren Angestellten die Opfer an ihrem Gehaltseinkommen ab 1. Januar 1931 zu verlangen, die die Staatsbeamten bringen müssen.

Auch die Zahl der Vorstandsmitglieder hat eine Verminderung erfahren. Im November ist Herr Dr. Paul Bonn und am Jahreschlusse Herr Selmar Fehr ausgeschieden. Herr Fehr, dessen Wahl in unseren Aufsichtsrat der Generalversammlung vorgeschlagen wird, ist am 1. Januar 1931 als Teilhaber in die Firma Georg Fromberg & Co. in Berlin eingetreten. Diese altangesehene Firma war im Jahre 1877 von dem Schlesischen Bankverein in Breslau kommanditirt worden, und wir hatten nach der Fusion mit dem Schlesischen Bankverein das Kommanditverhältnis fortgesetzt. Durch die Goldumstellung im Jahre 1924 ist unsere Einlage auf einen verhältnismäßig geringen Betrag vermindert worden; wir haben sie anlässlich des Eintritts des Herrn Fehr auf RM 3 000 000 erhöht.

Die schon im letzten Bericht erwähnte Übernahme der Firma L. Pfeiffer, Kassel, und deren Niederlassungen ist im abgelaufenen Geschäftsjahre durchgeführt worden und hat sich für den Kasseler Filialbezirk günstig ausgewirkt. Die Überleitung der Geschäfte der Bankfirma J. Frank & Cie., Krefeld, auf die

wir bereits im Vorjahre hingewiesen haben, brachte unserer Krefelder Filiale einen erfreulichen Geschäftszuwachs. Die Übernahme der Geschäfte der Firma Bankhaus Doertenbach & Cie., Stuttgart, durch unsere Filiale ist erfolgt. Die daran geknüpften Erwartungen haben sich erfüllt. Die Übertragung des laufenden Geschäfts der Firma E. Ladenburg in Frankfurt a. M. auf unsere Frankfurter Niederlassung wurde auf Grund der seinerzeit veröffentlichten Richtlinien durchgeführt und hat sich programmäßig vollzogen.

Die uns nahestehende Handel-Maatschappij H. Albert de Bary & Co. N. V. in Amsterdam kann für das am 30. September vorigen Jahres abgelaufene Geschäftsjahr trotz der auch auf dem holländischen Arbeitsgebiet fühlbaren Wirtschaftskrise und Rohstoffkrise und des Rückschlages im internationalen Emissionsgeschäft ein sehr befriedigendes Ergebnis aufweisen. Aus einem Reingewinn von rund hfl. 1,6 Millionen konnten wieder 7% Dividende auf das Aktienkapital von hfl. 15 Millionen ausgeschüttet und hfl. 500 000 den offenen Reserven zugeführt werden. Die Übernahme der Geschäfte unserer Amsterdamer Filiale hat den Wirkungskreis der Gesellschaft erweitert und zugleich zu einer erheblichen Einsparung von Kosten geführt.

Die Kreditbank, Sofia, dürfte für 1930, obwohl sich in Bulgarien die Krisis kaum gemildert hat, auf das erhöhte Kapital von Lewa 15 000 000 die gleiche Dividende von 9% wie im Vorjahre verteilen.

Bei dem Bankhaus Ephrussi & Co., Wien, entsprachen die Ergebnisse unseren Erwartungen.

Die Deutsche Überseeische Bank hat die Fusion mit dem Banco Brasileiro Allemão im Laufe des Geschäftsjahres durchgeführt. Sie hat im abgelaufenen Jahre ihren Geschäftsumfang ausdehnen können; infolge des starken Absinkens der Währung in den meisten Ländern, in denen sie ihre Geschäfte betreibt, ist die Geschäftsmehrung aus den Bilanzfiguren allerdings nicht ersichtlich. Diese Unsicherheit der Wechselkurse, wie überhaupt die wirtschaftlichen und politischen Nöte, denen sie entspringt, veranlassen die Verwaltung, die Dividende auf das erhöhte Aktienkapital auf 5% (7%) zu ermäßigen, um nach Vornahme reichlicher Abschreibungen und Rückstellungen einen gegenüber dem Vorjahre stark erhöhten Betrag als zukünftig verfügbarem Gewinnüberschuß auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Bankfirmen C. G. Trinkaus und Ernst Wilhelm Engels & Co. in Düsseldorf fusionierten mit Wirkung ab 1. Januar 1930. Es hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahre unsere Annahme bestätigt, daß sich die beiden Bankhäuser in ihren besonders gepflegten Geschäftszweigen gut ergänzen. Die neue Firma C. G. Trinkaus Inh. Engels & Co. beschloß ihr erstes Geschäftsjahr mit einem guten Ergebnis.

Die J. Wichelhaus P. Sohn A.-G., Wuppertal-Elberfeld, konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz der schwierigen Lage des Großhandels und der Industrie des Wuppertales einen zufriedenstellenden Abschluß herausbringen, der die Verteilung einer Dividende von 6% gestattet.

Die Kommandite Philipp Elimeyer, Dresden, hat im laufenden Geschäft befriedigend gearbeitet.

Zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung bemerken wir folgendes:

Unser Aktienkapital beträgt RM 265 000 000, die ausgewiesenen Reserven belaufen sich auf RM 160 000 000.

Der Betrag des Aktienkapitals hat sich aus den Fusionsbedingungen ergeben. Er ist angemessen unter der Voraussetzung gedeihlicher Entwicklung der deutschen Wirtschaft und demgemäß des Geschäftsvolumens unserer Bank. Ende 1929 entsprachen unsere ausgewiesenen Eigenmittel an Aktienkapital und Reserven 8¼% der Gläubigersumme, einschließlich Akzepten und Bürgschaften, Ende 1930 ist dieser Prozentsatz infolge der Geschäftszshumpfung auf 9¼% gestiegen. Die entsprechenden Ziffern betragen bei den englischen Großbanken 6—7¼% und bei den größten französischen Depositenbanken 7½—8¼%. Da nun die all-

gemeinen Verhältnisse wie in allen Aktien auch in den Aktien unserer Bank alten festen Besitz gelockert und zum Angebot an der Börse gebracht haben, ohne daß sich beurteilen läßt, ob die schwimmend gewordenen Beträge in absehbarer Zeit wieder in den von uns gewünschten Dauerbesitz übergehen werden, haben wir im Laufe des Sommers beschlossen, diese Umstände zu benutzen, um an der Börse bis zu RM 35 000 000 unserer Aktien allmählich zurückzukaufen. Die so aufgenommenen Aktien sollen im Besitze der Bank verbleiben, bis bei geänderten Verhältnissen durch Generalversammlungsbeschluß über ihre Verwendung bestimmt wird.

Bis zum Jahreschluß hatten wir RM 23 202 500 zu einem Durchschnittskurse von 115½% gekauft. Den an der beabsichtigten Aufnahmehöhe fehlenden Betrag haben wir von Freunden erworben mit der Maßgabe, ihn zum Erwerbskurse zurückzugeben, insoweit sich uns Gelegenheit zu weiteren börsenmäßigen Käufen bietet. In unserer Bilanz haben wir die gesamten RM 35 000 000 zum Nennwert verrechnet und das gezahlte Agio intern abgeschrieben.

Für unsere Aktionäre ergibt sich aus dieser Transaktion der Vorteil, daß die unverändert gebliebenen offenen Reserven von insgesamt RM 160 000 000 = 56% des Aktienkapitals von RM 285 000 000 sich auf 64% der nunmehr in Umlauf befindlichen RM 250 000 000 Aktien berechnen.

Das Konto der Gläubiger in laufender Rechnung hat sich, nachdem es bis zum März angestiegen war, vom April ab und namentlich im letzten Jahresquartal erheblich vermindert. Politische Einwirkungen trugen dazu mehr bei als die wirtschaftliche Entwicklung. Von der Gesamtabnahme von RM 615 Millionen entfielen RM 200 Millionen auf Inländer, auch hier weit mehr aus politischen Gründen als aus wirtschaftlicher Notwendigkeit. Eine mäßige Zunahme haben die bei Dritten benutzten Kredite erfahren. Der Unterschied zwischen den niedrigen Zinsen an den ausländischen Geldmärkten und unserem hohen Inlandzins war zu bedeutend geworden, als daß die am Außenhandel interessierte Kundschaft nicht nach der billigeren Kreditmöglichkeit drängte. Für den Einfuhrhandel wurden zwar in Übereinstimmung mit den geringeren Importziffern etwa RM 80 000 000 weniger beansprucht, dagegen hatten wir für Exportkredite etwa RM 100 000 000 mehr bereitzustellen.

Der Anteil der Ausländer an der Gesamtsumme der Gläubiger unserer inländischen Niederlassungen ist auf 37½% (40%) zurückgegangen. Scheidet man die seitens der Kundschaft für unsere Rechnung bei ausländischen Banken benutzten Kredite, denen verfrachtete oder eingelagerte Waren zugrunde liegen, aus, so verbleiben an Auslandsgeld 24½%, davon 8,30% (10,30%) in Reichsmark und 16,20% (19,15%) in ausländischer Währung.

Unser Akzeptkonto hat sich entsprechend der von der Reichsbank geförderten Erweiterung des Marktes für Bankwechsel erhöht.

Die von uns geleisteten Bürgschaften haben sich um RM 21 600 000 ermäßigt. Zoll- und Steuerbürgschaften sind um etwa RM 12 000 000 gewachsen, dagegen wurden infolge des geringeren Außenhandels um etwa RM 30 000 000 weniger Bietungs- und Lieferungsgarantien benötigt.

Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sind unter Diskontabzug eingesetzt. Der Einlauf von auf Reichsmark lautenden Verrechnungs-Schecks und Wechseln (also ohne Berücksichtigung der Valuta-Abschnitte) betrug RM 19,259 Milliarden.

Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen enthalten über 72% (75%), Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren 97¼% (97½%) Valuta-Forderungen.

Reports und Lombards, die sich schon im Vorjahre auf die Hälfte ermäßigt hatten, sind infolge der Schrumpfung des Börsengeschäftes wieder um 40% zurückgegangen. Börsenreports betragen nur noch RM 30,8 Millionen.

Unsere sämtlichen Verpflichtungen in fremder Währung stehen entsprechende Aktivposten gegenüber; der in den ersten fünf Bilanzposten enthaltene Devisenbesitz unserer inländischen Niederlassungen deckt allein 65,67% (65,04%) unserer Valuta-Verpflichtungen an Inländer und Ausländer.

Eigene Wertpapiere und Beteiligungen an Gemeinschafts-Geschäften sind mit einem um 27¼ Millionen Reichsmark niedrigeren Betrage eingestetzt als im Vorjahre. Unsere sämtlichen Wertpapiere einschließlich der Gemeinschaftsgeschäfte und des Anteils an dem Interventions-

konsortium stehen, soweit sie an Börsen notiert sind, zu den Kursen vom 31. Dezember 1930 oder darunter, soweit nicht börsenfähig, zu sehr vorsichtigen Wertansätzen zu Buch. Das gleiche gilt für unsere Dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen. Die Erhöhung auf diesem Konto entspringt im wesentlichen der Vermehrung unseres Besitzes an Aktien der Deutschen Überseeischen Bank, der Handels-Maatschappij H. Albert de Bary & Co. N. V., der Übernahme von Aktien der J. Wichelhaus P. Sohn A.-G. und der Erhöhung unserer Kommanditbeteiligung bei der Firma Philipp Elimeyer. Die hauptsächlichsten Bestandsverminderungen betreffen die Kommanditbeteiligung bei der Firma E. Ladenburg im Zusammenhange mit der vorerwähnten Überleitung des laufenden Geschäfts auf unsere Frankfurter Filiale und die Abstoßung von Aktien, die bei der Fusion von Hypothekenbanken der Gemeinschaftsgruppe benötigt wurden. Dieser auf unsere Initiative hin und unter unserer Führung vollzogene Zusammenschluß von Hypothekenbanken war von unseren Konsortialgeschäften des abgelaufenen Jahres weitaus das bedeutendste. Der Zahl nach haben sich unsere Beteiligungen an Gemeinschaftsgeschäften gegenüber dem Vorjahre sehr vermindert.

Schuldner in laufender Rechnung. Über die nötigen Abschreibungen hinaus ist den Risiken, die sich aus der Wirtschaftslage ergeben, durch Rückstellungen Rechnung getragen.

Von unseren Debitoren (ohne Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren) waren durch börsengängige Wertpapiere gedeckt 22,50%, durch sonstige Sicherheiten gedeckt 51,30%, ungedeckt 26,20%.

Der Abstoßung unserer durch die Fusion verfügbaren Bankgebäude und unseres sonstigen Grundbesitzes war die Zeit ungünstig; der Buchwert unseres Immobilienbesitzes konnte nur um 6½ Millionen Reichsmark ermäßigt werden und beträgt am Ende des Berichtsjahres insgesamt RM 105 500 000. Er umfaßt 518 behaute und 22 unbebaute Grundstücke. Von den an 231 Plätzen belegenen 332 Bankgebäuden dienen 266 dem Geschäftsbetrieb. Der sonstige Grundbesitz verteilt sich auf 95 Plätze.

Von unseren Wohlfahrts-einrichtungen wurde unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders viel Gebrauch gemacht. Wir konnten den Wünschen unserer Angestellten in Berlin insofern entgegenkommen, als wir in Berlin-Mariendorf 21 Häuser als selbständige Beamten-siedelung mit insgesamt 124 Wohnungen herstellen ließen, die im Laufe des Jahres bezogen wurden. Da wir auch aus laufenden Mitteln im Berichtsjahre erhebliche Beträge für Unterstüzungen von Beamten aufgewendet haben, sehen wir diesmal von einer Dotierung der Dr. Georg von Siemens- und David Hansemann-Wohlfahrtsfonds ab.

Der Gewinn aus Zinsen und Wechseln hat sich gegenüber dem Vorjahre erheblich vermindert, weil insbesondere im zweiten Halbjahr politische Störungen den Zinsfuß für Guthaben hochhielten, während die Rücksicht auf die Wirtschaftslage einer Erhöhung der Zinsbelastung im gleichen Ausmaße entgegenstand. Auch die Einnahme aus Gebühren hat sich, allerdings nicht so erheblich, ermäßigt. Die Abnahme verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf Kredit-, Umsatz- und Konsortial-Provisionen. Nur im Effekten-geschäft ist kein Gebührenaussfall entstanden, weil der Entgang am Börsengeschäft durch Mehreinnahme aus dem Absatze festverzinslicher Anlagewerte ausgeglichen werden konnte. Wir haben allein an Hypothekenbankpfandbriefen und landschaftlichen Pfandbriefen 420 Millionen Reichsmark, rund 30% der Jahres-Gesamtmission dieser Papiere, in unserem Kundenkreise verkauft.

Die Abschreibungen, die wir an Wertpapieren und Gemeinschaftsgeschäften vorgenommen haben, betragen über die Gewinne, die auf diesen Konten zur Verfügung standen, hinaus 6,1 bzw. 15,2 Millionen Reichsmark.

Das Erträgnis aus Dauernden Beteiligungen ist hauptsächlich durch den Fortfall der Dividende aus Aktien der mit uns fusionierten Rheinischen Creditbank und Süddeutschen Disconto-Gesellschaft beeinflusst.

Die Verminderung unserer Handlungskosten um 21½ Millionen Reichsmark zeigt, wie sich im ersten Jahre die Fusion ausgewirkt hat. Drei Viertel der Summe ist an persönlichen, ein Viertel an sachlichen Ausgaben eingespart worden.

Steuern und Abgaben erfordern infolge des verminderten Gewinnergebnisses geringeren Geldbetrag. Relativ ist die Belastung aber gestiegen; sie geht jetzt über den Betrag der Dividenden-Ausschüttung hinaus.

Einschließlich des Vortrags aus dem Jahre 1929 von Reichsmark 2 895 038,53 beläuft sich das

Erträgnis des Jahres 1930 auf	RM 20 389 371,58
Hiervon erhalten zunächst die Aktionäre (nach § 27 b der Satzungen) 4 % Dividende auf RM 285 000 000,—	RM 11 400 000,—
Von den verbleibenden	RM 8 989 371,58
abzüglich RM 2 860 339,32 Vortrag auf neue Rechnung erhält (nach § 27d der Satzungen) der Aufsichtsrat	RM 429 032,26
Wir schlagen vor, von den restlichen	RM 8 560 339,32
2 % Superdividende auf RM 285 000 000 mit	RM 5 700 000,—
zu verteilen und den Überschuß von	RM 2 860 339,32

auf neue Rechnung vorzutragen.

Es würde demnach erhalten

jede Aktie von nom. RM 1000,—: RM 60,— } = 6% Dividende.
jede Aktie von nom. RM 1000,—: RM 60,— }

Berlin, den 24. März 1931.

Der Vorstand der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft

Blinzig Boner Frank Kehl Mosler
Schlieper Schlitter Solmsen v. Stauff Wassermann
Stellvertretend: Abshagen Berne Bruck Brunswig Burghardt
Heinrichsdorff Kiehl Mandel Rösler Rummel Sippell Sperber
Weigelt Wintermantel

Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

am Mittwoch, dem 22. April 1931, vormittags 11 Uhr, in Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 2—4.

Aktionäre, die das Stimmrecht ausüben wollen, müssen ihre Aktien, Zwischenscheine oder Hinterlegungsscheine einer Effektingirobank eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes oder eines deutschen Notars spätestens am 16. April 1931 bei der Gesellschaft oder folgenden Stellen hinterlegen:

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft,	} in Berlin
Berliner Handels-Gesellschaft,	
Bankhaus S. Bleichröder,	
Bankhaus Delbrück Schickler & Co.,	
Bankhaus Hardy & Co., G. m. b. H.,	} in München
Bankhaus Hardy & Co.,	
Darmstädter u. Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,	} in Berlin, Aachen, Breslau, Frankfurt a. M., Köln, Leipzig
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft,	
Dresdner Bank,	
Bankhaus E. Heimann,	
Bankhaus Gebrüder Sulzbach,	} in Frankfurt a. M.
Frankfurter Bank,	
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.,	} in Köln
Bankhaus A. Levy,	
Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie.,	
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt,	in Leipzig
Schweizerische Kreditanstalt,	in Zürich u. Basel.

Die Hinterlegung kann auch derart erfolgen, daß Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer Bank bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Tagessordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes, der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1930.
2. Beschlußfassung über Genehmigung der Bilanz, Erteilung der Entlastung und Verwendung des Reingewinnes.
3. Wahl zum Aufsichtsrat.

Berlin, den 23. März 1931.

Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft

Der Aufsichtsrat: Andreae, Vorsitzender.

Zum

Umtausch

der am 1. April ds. Js. zur Rückzahlung kommenden 7% Goldpfandbriefe vom Jahre 1926 in reichsmündelsichere

7% Landesbank der Rheinprovinz

Goldpfandbriefe, 5. Ausgabe

unkündbar bis 1. 4. 1936, zum Kurse von

96,50%

oder

7% Goldkommunal-Schuldverschreibungen der Landesbank

der Rheinprovinz, 5. Ausgabe,

unkündbar bis 1. 4. 1935, zum Kurse von

94,25%

und zur hochverzinslichen, sicheren neuen Kapitalanlage

empfehlen die genannten Werte

Landesbank der Rheinprovinz Düsseldorf

Filialen in Aachen, Essen, Köln, Trier.

BAYERISCHE VEREINSBANK

Bilanz vom 31. Dezember 1930.

Aktiva.		Reichsmark	Passiva.		Reichsmark
Kassa, fremde Geldsorten und Coupons	9 605 051,77		Aktienkapital	31 050 000,—	
Noten- und Abrechnungsbanken	3 840 784,67		Reserven	14 562 982,51	
Wechsel	23 633 658,84		Kreditoren	204 849 496,34	
Nostroguthaben bei Banken	19 748 509,11		Akzpte	23 459 190,—	
Reports und Lombards	3 921 177,10		Hypotheken-Pfandbriefe in Feingold ..	375 858 580,—	
Rembourskredite	2 940 234,96		Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt ...	4 021 562,17	
Eigene Wertpapiere	40 005 311,36		Kommunalobligationen in Feingold ...	10 817 000,—	
Konsortialbeteiligungen	3 951 208,20		Unerhobene Coupons und Dividenden ..	353 361,69	
Dauernde Beteiligungen bei Banken ..	17 969 255,74		Reingewinn	4 401 346,42	
Debitoren	139 510 306,91				
Hypotheken-Darlehen in Feingold (einschließlich Rentenbankdarlehen)	385 599 896,05				
Kommunal-Darlehen in Feingold	12 245 124,42				
Bankgebäude	4 111 000,—				
Sonstige Immobilien	2 292 000,—				
		669 373 519,13			669 373 519,13
Aval- und Bürgschafts-Debitoren	5 728 007,98		Aval- und Bürgschafts-Verpflichtungen	5 728 007,98	

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1930

Soll.	Reichsmark	Haben.	Reichsmark
Gehalte, Steuern u. sonstige Unkosten	12 266 488,74	Vortrag aus dem Jahr 1929	396 036,23
Abschreibung auf Bankgebäude	42 000,—	Provisionen	5 383 033,38
Zinsenausgaben der Hypoth.-Abteilung	25 003 165,23	Zinsen, Wechsel-, Coupons- und Sorten-	
Reingewinn	4 401 346,42	Gewinn	5 712 603,29
		Effekten- und Konsortial-Gewinn	50 861,83
		Zinseneinnahmen der Hyp.-Abteilung ..	28 756 601,18
		Provisionsüberschuß der Hypotheken-	
		Abteilung	1 413 864,48
	41 713 000,39		41 713 000,39

Durch Beschluß der heutigen Generalversammlung ist die Dividende für das Geschäftsjahr 1930 für die Stammaktien auf 10 % festgesetzt worden.

Sie ist vom 21. März l. J. ab zahlbar gegen Einlieferung der Gewinnanteilscheine Nr. 8

unserer Stammaktien zu RM 1000,— Lit. A (Nr. 1—12 500) mit RM 100,—
 " " " " 100,— „ B (Nr. 15 001—175 000) „ „ 10,—
 " " " " 20,— „ C (Nr. 1—75 000) „ „ 2,—

— abzüglich 10 % Kapitalertragsteuer —

**bei der bayerischen Vereinsbank in München und Nürnberg
sowie ihren sämtlichen Niederlassungen,**

ferner: in Berlin bei dem Bankhause Mendelssohn & Co., bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, dem Bankhause E. L. Friedmann & Co. und der Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien; in Frankfurt a. M. bei den Bankhäusern Bass & Herz und Gebr. Bethmann, bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Frankfurt a. M., der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank, der Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien und dem Bankhause Gebrüder Sulzbach; in Köln bei den Bankhäusern A. Levy und Sal. Oppenheim jr. & Cie.; in München bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, der Bayerischen Notenbank, der Bayerischen Staatsbank und bei dem Bankhause Merck, Finck & Co.; außerdem bei den sämtlichen übrigen Niederlassungen der Bayerischen Notenbank und der Bayerischen Staatsbank.

München und Nürnberg, den 20. März 1931.

Die Direktion.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Hamburg-Berlin

61. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1930

Die Erscheinungen, die im Jahre 1929 den wirtschaftlichen Niedergang einleiteten, haben im Berichtsjahr ausnahmslos eine erhebliche Verschärfung erfahren. Mehr oder weniger litten alle Länder unter einer schweren Wirtschaftskrise, deren Ursachen und Folgen allerdings nicht überall die gleichen waren. In Deutschland war es vornehmlich das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, das Staats- und Privatwirtschaft vor schwer lösbare Aufgaben stellte. Die sogenannte Rationalisierung der Betriebe hat sich vielfach als Fehlschlag ausgewirkt. Erhebliche Mittel wurden zur Vergrößerung und Verbesserung der Betriebseinrichtungen aufgewendet, ohne daß durch entsprechende Absatzsteigerung daraus hätte Nutzen gezogen werden können. Die damit verbundene Ausschaltung menschlicher Arbeitskräfte hat die Zahl der Erwerbslosen beträchtlich vermehrt, nahezu 5 Millionen Beschäftigungslose sind heute auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angewiesen. Finanzielle Schwierigkeiten waren bei vielen Unternehmungen die unausbleibliche Folge des aus der geschwächten Kaufkraft weiter Bevölkerungskreise sich ergebenden Absatzrückganges. Recht ungünstig blieb die Lage der deutschen Landwirtschaft, ihre Gesundheit dürfte eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft sein.

Eine schwere Sorge bildete nach wie vor die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Der Rückgang der Einnahmen konnte nur zum Teil durch Ersparnisse ausgeglichen werden, an Stelle der versprochenen Steuersenkungen trat ein weiteres Anziehen der Steuerschraube. Daß unter diesen Umständen eine genügende Kapitalbildung nicht möglich war, liegt auf der Hand, ebenso wie die Tatsache, daß dieser Mangel nicht durch eine Vergrößerung der Auslandsverschuldung behoben werden kann. Nicht unerwähnt seien auch die wachsenden Schwierigkeiten, die das Reparationsproblem verursacht.

Die Weltwirtschaftskrise und insbesondere die Auswirkungen des Zusammenbruchs der New-Yorker Börse im Spätherbst 1929 verschonten auch die übrigen Effektenbörsen nicht. Nach einer kurzen Erholung zu Beginn des Jahres blieben die Effektenkurse stark rückläufig. Speziell an den deutschen Börsen wurden im weiteren Verlauf des Jahres die Kurse auf einen seit langem nicht mehr beobachteten Tiefstand herabgedrückt. Nach der von uns geführten Statistik der an der Berliner Börse gehandelten Aktienwerte ergibt sich, daß am Ende des Jahres 1930 nur noch 27,5% aller Werte über pari notierten gegen 45% Ende 1929.

Die am deutschen Geldmarkt in den ersten Monaten des Jahres in Übereinstimmung mit den internationalen

Märkten eingetretene Verflüssigung blieb ohne nachhaltigen Einfluß auf die allgemeine Lage. Die Reichsbank ermäßigte in rascher Folge ihren Diskontsatz zwischen dem 13. Januar und 20. Juni 1930 jeweils in Abständen von $\frac{1}{2}\%$ von 7% auf 4%. Vorübergehend kam das dem Anlagemarkt zustatten, die meisten deutschen Hypothekenbanken konnten im Jahre 1930 einen Rekordabsatz für ihre Pfandbriefe feststellen. Im zweiten Halbjahr ergaben sich zeitweise starke Anforderungen an die Reichsbank, die nach Abgabe großer Devisenbeträge am 9. Oktober ihren Diskont wieder von 4% auf 5% erhöhte. Trotz der niedrigen Zinssätze an den ausländischen Märkten blieben die Zinsforderungen des Auslands bis zum Jahresende unverändert hoch.

Das Bankgewerbe hatte unter den geschilderten Verhältnissen im Berichtsjahr einen besonders schweren Stand. Die Ziffern unserer Bilanz weisen keine allzu großen Veränderungen gegenüber denjenigen des Vorjahres auf. Der nicht erhebliche Rückgang der Kreditoren hat im wesentlichen durch die Verringerung der flüssigen Mittel seinen Ausgleich gefunden. Auch in den schwierigen Zeiten erwies sich unser sorgfältig gepflegtes laufendes Geschäft als das Rückgrat unserer Erträge. Unsere Filialen und Depositenkassen sowie unsere Kommanditen haben wieder befriedigend gearbeitet. Die Einnahmen auf Provisionskonto blieben unverändert, diejenigen auf Zinsen- und Wechselkonto waren, den ermäßigten Zinssätzen entsprechend, geringer. Beachtliche Einsparungen konnten in den Handlungskosten erzielt werden. Dagegen waren auf Wertpapierkonto und Konsortial-Beteiligungen Abschreibungen in erheblichem Ausmaß nicht zu vermeiden.

Die Zahl unserer Beamten ermäßigte sich von 8525 zu Beginn des Jahres auf 7601 Ende 1930.

Der Gesamtumsatz betrug RM 132 Milliarden. Die Zahl der Konten ist von 316 506 auf 338 386 gestiegen.

Die N. V. Hugo Kaufmann & Co's Bank, Amsterdam, bringt, wie im Vorjahr, 8% Dividende zur Verteilung.

Im Geschäftsjahr 1930 haben wir an folgenden Konsortialgeschäften, teilweise führend, mitgewirkt:

a) Übernahme und Börseneinführung von Anleihen, Pfandbriefen und Obligationen: $5\frac{1}{2}\%$ Internationale Anleihe des Deutschen Reiches, 6% Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost, 6% Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, 7% Bayerische Kommunal-Anleihe, $7\frac{1}{2}\%$ Anleihe des Freistaates Mecklenburg-Strelitz, 8% Schatzanweisungen des Freistaates Braunschweig, 8% Anleihe der Provinz Brandenburg, 8% Anleihe der Provinz Hannover, 8% Anleihe der Provinz Pommern, 8% Anleihe

der Provinz Schleswig-Holstein, 8% Schatzanweisungen der Stadt Berlin, 7% Schuldscheindarlehn der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke Wiesbaden, 7% Pfandbriefe der Danziger Hypotheken-Bank, 7% Schuldverschreibungen des Königl. Rumänischen Monopol-Instituts, 7% und 8% Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekenbank, 8% Kommunalobligationen der Rheinischen Hypothekenbank, 8% Schiffspfandbriefe der Deutschen Schiffsbeleihungsbank A.-G., 8% Schatzanweisungen der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden, 8% Pfandbriefe der Landeskreditkasse Kassel, 8% Pfandbriefe der Lübecker Hypothekenbank, 8% Obligationen der Mainzer Aktien-Bierbrauerei, 8% Pfandbriefe und 8% Kommunal-Schuldverschreibungen der Thüringischen Landes-Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Weimar.

b) Kapitalerhöhungen und Fusionen von Aktiengesellschaften sowie Börseneinführungen von Aktien: Altenburger Glashütte Aktiengesellschaft, Altenburg, Aronwerke Aktiengesellschaft, Berlin, Boswau & Knauer, Aktiengesellschaft, Berlin, Brandenburgische Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Aktiengesellschaft, Berlin, Brauerei Wulle Aktiengesellschaft, Stuttgart, Deutsche Asbestzement-Aktiengesellschaft, Berlin, Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft, Berlin, Deutsche Hypothekenbank, Meiningen, Dresdner Nähmaschinenzwirn-Fabrik, Dres-

den, Carl Dürfeld Aktiengesellschaft, Chemnitz, Eisenbahn-Verkehrsmittel Aktiengesellschaft, Berlin, Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke Aktiengesellschaft, Odermünde bei Stettin, Humboldt-Deutzmotoren Aktiengesellschaft, Köln, Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft, Hamburg, Mercedes Büromaschinen-Werke Aktiengesellschaft, Zella-Mehlis, Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn Aktiengesellschaft, Gunnersdorf, Pittler Werkzeugmaschinenfabrik Aktiengesellschaft, Leipzig, Porzellanfabrik Königszelt, Königszelt i. Schles., Sächsische Bodencreditanstalt, Dresden, Schultheiß - Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft, Berlin, Leonhard Tietz, Aktiengesellschaft, Köln, Ulmer Brauerei-Gesellschaft, Ulm.

c) Gründungen: B. M. Gasmesser G. m. b. H., Berlin, Fernschreiber Aktiengesellschaft, Berlin.

Aus dem in der vorliegenden Bilanz ausgewiesenen Reingewinn von RM 7 423 679,25 (inkl. RM 1 842 081,20 als Vortrag) beantragen wir, 7% Dividende zu verteilen und demgemäß den Gewinn wie folgt zu verwenden:

4% auf das Aktienkapital von	RM 75 000 000,—	RM 3 000 000,—
Gewinnanteil an den Aufsichtsrat	„	329 043,—
3% weitere Dividende	„	2 250 000,—
Vortrag	„	1 844 636,25
		<u>RM 7 423 679,25</u>

Der Vorstand

Berliner Goetz Harter Lincke Neubourg Reinhart Schultze Sobernheim.

Hamburg, im März 1931.
Berlin,

Berliner Stadtschafts-Bank Aktiengesellschaft, Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 1930

Aktiva.	RM
1. Kasse, Sorten und Kupons	108 074,51
2. Guthaben bei Reichsbank, Postscheckamt und Kassen-Verein	100 479,90
3. Schecks und Wechsel	25 825,85
4. Kurzfristige Anlagen bei Banken	71 311,09
5. Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	3 186 820,28
6. Wertpapiere	3 972 854,85
7. Beteiligungen	375 000,—
8. Schuldner in laufender Rechnung	1 922 233,58
davon gedeckt	1 839 361,28
9. Mobilien	1,—
10. Verrechnungsposten	988 355,91
11. Avale und Bürgschaftsschuldner	28 500,—
	<u>10 748 456,97</u>

Passiva.	RM
1. Aktienkapital	1 100 000,—
2. Reservefonds	150 000,—
3. Gläubiger	
davon fällig bis zu 7 Tagen	620 737,76
davon fällig bis zu 4 Wochen	4 152 852,29
davon fällig darüber hinaus	4 572 462,12
4. Verrechnungsposten	160 021,73
5. Avale und Bürgschaftsverpflichtungen	28 500,—
6. Gewinn	2 383,07
	<u>10 748 456,97</u>

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1930

Aufwand.	RM
Handlungskosten und Steuern	283 444,32
Steuernachforderung für 1925/26	184 206,10
Gewinn	2 383,07
	<u>480 033,49</u>

Ertrag.	RM
Vortrag aus 1929	16 413,65
Zinsen, Devisen und Provision	281 407,19
Effekten	182 212,65
	<u>480 033,49</u>

Berlin, im März 1931.

Berliner Stadtschafts-Bank Aktiengesellschaft
Thieme. Schneider.

Deutsche Kreditsicherung Aktiengesellschaft

Bilanz am 31. Dezember 1930

Aktiva	RM
Bankguthaben	995 916,21
Kassenbestand	25 294,58
Gedekte Kredite	229 906,50
Effekten	346 901,35
Geschäftseinrichtungsgegenstände	1,—
Debitoren	357 117,13
	<u>1 954 236,77</u>

Passiva	RM
Grundkapital	500 000,—
Treuhand sicherungsrückstellung	500 000,—
Allgemeiner Reservefonds	300 000,—
Steuer- und Versicherungsrestbeträge für 1930	94 399,21
Kreditoren einschl. der im Jahre 1930 für das Jahr 1931 vereinnahmten Beträge	405 385,33
Gewinn zur Verteilung	154 452,23
	<u>1 954 236,77</u>

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll	RM
Unkosten	1 759 441,15
Abschreibungen	1 146,86
Gewinn zur Verteilung	154 452,23
	<u>1 915 040,24</u>

Haben	RM
Gewinnvortrag aus 1929	66 520,17
Brutto-Geschäftsgewinn	1 848 520,07
	<u>1 915 040,24</u>

Berlin, den 19. März 1931.

Der Vorstand:

Dr. Ebers. Boeszororny.

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Barmen-Düsseldorf

Bericht der Geschäftsinhaber

Das verflossene Geschäftsjahr stand während seines ganzen Verlaufes im Zeichen eines allgemeinen Konjunkturrückganges. Die Schwierigkeiten, denen sich die deutsche Wirtschaft mehr und mehr gegenübergestellt sah, sind zu einem großen Teil als ein Ausschnitt aus der Weltwirtschaftskrise zu betrachten, die im abgelaufenen Jahre nahezu sämtliche Länder erfaßte und gleichzeitig sich in ihrer Intensität nicht unbeträchtlich verschärfte. Ihren äußeren Ausdruck findet die weltwirtschaftliche Depression vor allem in dem starken Anschwellen der Arbeitslosigkeit, von der in den Kulturländern gegenwärtig mindestens 20 Millionen Menschen betroffen sind. Ein nicht minder deutliches Symptom stellen die Preisrückgänge dar, die infolge einer übermäßigen Ausdehnung der Produktion und einer Kaufkraftschwächung weiter Teile der Welt auf fast allen Warenmärkten zu verzeichnen sind. Nicht ohne Einfluß sind dabei zweifellos auch Verschiebungen im inneren Wert des Geldes geblieben, die vornehmlich von der außerordentlich unzweckmäßigen Verteilung der Weltgoldbestände ihren Ausgang nahmen. Die Anhäufung großer Goldmengen in den Vereinigten Staaten und in Frankreich sowie die starken Ungleichmäßigkeiten in der Kapitalversorgung der einzelnen Länder stellen einen für die gesamte Weltwirtschaft höchst abträglichen Zustand dar, der nicht zuletzt durch die wirtschaftlich widersinnige Regelung der Reparationszahlungen verursacht ist.

Regierung und Wirtschaft waren in den Grenzen ihrer Kraft bemüht, dem fortschreitenden Niedergang der Konjunktur entgegenzuarbeiten. Angesichts der Tatsache, daß die schwierige Lage der Industrie hauptsächlich in der Höhe und der Starrheit ihrer Kostenfaktoren begründet ist, mußte es eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, auf diesem Gebiete eine größere Beweglichkeit herzustellen. Mit der von ihr eingeleiteten Lohn- und Gehaltssenkung erstrebte die Reichsregierung, die überhöhten Lohnsätze mit den Erfordernissen der jetzigen Wirtschaftslage in Einklang zu bringen. Trotzdem läßt auch heute noch die amtliche Lohn- und Sozialpolitik den Grad an Elastizität vermissen, der es dem Unternehmer ermöglichen würde, seine Entschlüsse der jeweiligen Konjunkturlage schneller anzupassen und den deutschen Erzeugnissen mehr als bisher die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu sichern.

Die Erwartung, daß das Berichtsjahr auch auf dem Gebiet der Finanzpolitik fühlbare Erleichterungen bringen werde, hat sich leider nicht verwirklicht. Da mit dem Abflauen der Wirtschaftskonjunktur auch die Steuererträge zurückgingen, gleichzeitig aber die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge beträchtlich anwuchsen, erwies sich noch zweimal im Laufe des Jahres eine nicht unwesentliche Erhöhung der Steuern und der Arbeitslosenbeiträge als unvermeidbar. Immerhin ist auch hier insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als sich bei den verantwortlichen Stellen mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß ein Haushaltsausgleich keinesfalls mehr durch Steuererhöhungen, sondern allein durch Ausgabenbeschränkung herzustellen ist. Zu wünschen bleibt, daß im Rahmen des von der Reichsregierung verfolgten umfassenden Reformprogrammes alsbald auch die Ordnung der Kommunal Finanzen in Angriff genommen wird, — ein Problem, das mit der Frage der Arbeitslosenversicherung und mit der Neuordnung des Finanz- und Lastenausgleichs in engem Zusammenhang steht.

Ihr besonderes Augenmerk hatte die Wirtschaftspolitik nach wie vor auf die Notlage der Landwirtschaft zu richten, die man durch eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen zu erleichtern suchte. Gegenüber den übertriebenen wirtschafts- und namentlich zollpolitischen Forderungen, wie sie aus Kreisen der Landwirtschaft vielfach erhoben werden, ist jedoch darauf hinzuweisen, daß jede Agrarpolitik ihre natürliche Grenze in den Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft finden muß.

An den internationalen Geldmärkten brachte das abgelaufene Jahr eine fortschreitende Verflüssigung, die den Notenbanken eine kräftige Herabsetzung ihrer Diskontraten, zum Teil bis auf einen seit Jahrzehnten nicht verzeichneten Tiefstand, ermöglichte. Die Gestaltung der deutschen Geldsätze stand bis zum Sommer im Einklang mit dieser internationalen Entwicklung. Die Reichsbank konnte von Januar bis Juni ihren Diskont von 7 % schrittweise auf 4 % abbauen; der Privatkont erreichte im August mit 3½ % einen ungewöhnlich niedrigen Stand. Seit September machte sich jedoch die innerpolitische Beunruhigung auch am Geldmarkt stark bemerkbar, so daß sich die Reichsbank veranlaßt sah, am 9. Oktober ihren Diskont wieder auf 5 % zu erhöhen. Auch als im November die Anspannung des Devisenmarktes im wesentlichen als überwunden betrachtet

werden konnte, verharren die Geldsätze noch auf einem Niveau, das im Hinblick auf den geringen Beschäftigungsgrad der Wirtschaft und den Tiefstand der ausländischen Zinssätze als verhältnismäßig hoch bezeichnet werden muß. Die Geldansprüche der öffentlichen Hand waren auf diese Entwicklung nicht ohne Einfluß.

Die Geldverflüssigung der ersten Jahreshälfte hat sich nur in einem vergleichsweise geringen Ausmaß auf den Kapitalmarkt übertragen. Zwar zeigten auch die langfristigen Geldsätze und die Renditen der festverzinslichen Werte bis zum Sommer eine rückläufige Bewegung, doch blieb ihr Abstand zu den kurzfristigen Geldsätzen anormal groß. Der Absatz an festverzinslichen Werten, insbesondere an Hypothekenpfandbriefen, war im ganzen nicht ungünstig und überschritt wesentlich den des Vorjahres. Dagegen bedeutete für die Börse das Berichtsjahr eine Zeit ständig neuer Enttäuschungen und unaufhaltsamer Kursrückgänge, die erst im neuen Jahr eine teilweise Korrektur erfuhren.

An die Geschäftspolitik der Banken stellte das abgelaufene Jahr außerordentlich hohe Anforderungen. In besonderem Maße gilt dies vom Kreditgeschäft, das im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ständig die stärkste Aufmerksamkeit erforderte, zumal die Lage vieler Unternehmungen durch mancherlei Faktoren, wie hohe Verschuldung, Entwertung der Bestände, abnehmende Rentabilität und Debitorenausfälle, beeinträchtigt war. Obwohl die den Banken zur Verfügung stehenden fremden Gelder erstmals seit der Währungsstabilisierung infolge der innerpolitischen Beunruhigung allgemein eine rückläufige Bewegung zeigten, blieben die Banken im gesamtwirtschaftlichen Interesse bestrebt, den Kreditwünschen der Kundschaft nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 3 357 824,85 RM. Wir schlagen vor, diesen folgendermaßen zu verteilen:

8 % Dividende auf 36 000 000,— RM	RM 2 880 000,—
Satzungsgemäße Tantième an den Aufsichtsrat	RM 154 846,44
Vortrag auf 1931	RM 322 978,41
	<u>RM 3 357 824,85</u>

Barmen/Düsseldorf, im März 1931.

Das Wechselgeschäft erreichte nicht den Umfang des Vorjahres entsprechend dem allgemeinen Rückgang des Wechselumsatzes; dagegen war das Devisengeschäft wieder sehr lebhaft bei erhöhten Umsätzen. Angesichts der unerfreulichen Börsenlage war das Effektergeschäft wenig befriedigend. Aus den gleichen Gründen sank auch das Konsortialgeschäft zu völliger Bedeutungslosigkeit herab; abgesehen von den großen Anleihen für das Reich, die Reichsbahn und die Reichspost haben wir uns nur an einigen wenigen Neugründungen, Kapitalerhöhungen und Börseneinführungen beteiligt.

Sämtliche Vermögenswerte sind, wie immer, nach vorsichtigen kaufmännischen Grundsätzen in die Bilanz eingesetzt.

Der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches belief sich auf 49,50 Milliarden RM gegenüber 48,01 Milliarden RM im Jahre 1929.

Die Einnahmen aus Zinsen und Gebühren weisen gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme auf. Mit den Diskontsenkungen des ersten Halbjahres, denen die Habenzinsen nicht angepaßt werden konnten, ging die Zinsspanne nicht unbeträchtlich zurück, ebenso verringerte sich die Gewinnmarge sowohl im Wechseldiskont wie im Devisengeschäft. Auch von dem Einschumpfen des Effektergeschäftes konnte das Provisionsertragnis nicht unberührt bleiben.

Die Unkosten zeigen eine Verminderung um 864 000 RM. Davon entfallen 317 000 RM auf die Steuern und öffentlichen Lasten. Die Zahl unserer Beamten hat sich im abgelaufenen Jahre nur unwesentlich vermindert. Die Gesamtzahl unserer Niederlassungen erfuhr keine Veränderung.

Die Geschäftsinhaber

Bandel. Bendix. Marx.



Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Berlin

— Preußenkasse —

Frankfurt a.M.

Eingezahltes Grundkapital und Reserven 168,7 Millionen Reichsmark

Anstalt des öffentlichen Rechts

Gegründet 1895

Zentralkreditinstitut der deutschen Genossenschaften

Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals n. Scheidemandel, Berlin
Bilanz Konto per 30. September 1930

Aktiva	RM	Passiva	RM
Berliner Grundstück	290 000,—	Aktienkapital	10 000 000,—
Auswärt. Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Fuhrpark, Utensilien	3 175 000,—	Reservefonds	1 000 000,—
Patente, Büro- u. Labor.-Einrichtung	1,—	Hypothesen	18 849,90
Wertpapiere u. Beteiligungen	8 271 718,94	Hypothesen-Aufwertungs-Konto	8 000,—
Bankguthaben	411 044,51	Unbehobene Dividenden	6 597,—
Guthaben bei Tochtergesellschaften	1 204 825,80	Akzepte	65 864,02
Verschiedene Schuldner	1 382 297,22	Bankschulden	2 484 523,70
Barbestand	59 862,68	Schulden an Tochtergesellschaften	938 153,31
Wechselbestand	169 986,18	Langfristige Schulden	468 370,83
Waren- und Material-Vorräte	1 820 075,78	Verschiedene Gläubiger	1 069 137,92
Avale	2 162 009,12	Avale	2 162 009,12
		Gewinn- und Verlust-Konto:	
		Gewinn-Vortrag aus 1928/29	522 428,02
		Brutto-Gewinn 1929/30	448 877,61
		Abschreibungen	245 990,20
		Reingewinn RM 725 315,43	202 887,41
	16 784 812,11		16 784 812,11

Berlin, den 21. März 1931

DER VORSTAND

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Einundsechzigste

ordentl. Generalversammlung

der Aktionäre

am Dienstag, dem 28. April 1931,

vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaale der Bank
in Hamburg, Neß Nr. 9.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes sowie Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung und Vorschlag zur Gewinnverteilung.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie des Vorschlages der Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Diejenigen Aktionäre, die in der Generalversammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien oder einen ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein eines deutschen Notars

spätestens am 24. April 1931

während der üblichen Geschäftsstunden bei unseren Niederlassungen in Hamburg, Berlin und Magdeburg, bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigstellen, in Frankfurt a. M. bei unserer dortigen Niederlassung und dem Bankhause J. Dreyfus & Co., in Köln a. Rh. bei unserer dortigen Filiale und dem Bankhause J. H. Stein, in Amsterdam

bei der N. V. Hugo Kaufmann & Co's Bank, außerdem für die Mitglieder des Giroeffektendepots auch bei der betreffenden Effektengirobank zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung daselbst zu belassen. Hinterlegungsscheine gelten nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Betrag und Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in den Hinterlegungsscheinen selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei der Hinterlegungsstelle in Verwahrung bleiben.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungsscheine werden Eintrittskarten ausgehändigt. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsscheine eingereicht werden.

Hamburg, den 27. März 1931.

Der Vorstand.

Dresdner Bank

Achtundfünfzigste ordentliche Generalversammlung.

Hiermit werden die Aktionäre zur
achtundfünfzigsten ordentlichen Generalversammlung,
die

Dienstag, den 14. April 1931, vorm. 11 1/4 Uhr

im Bankgebäude Dresden, Johann-Straße 3, stattfinden
wird, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes sowie der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1930.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Verwendung des Reingewinnes und des Aufsichtsrates.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Jeder Aktionär ist zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigt. Um in dieser stimmen oder Anträge stellen zu können, müssen die Aktionäre ihre Aktien oder die über diese lautenden Hinterlegungsscheine einer Effektengirobank gemäß § 21 der Satzungen spätestens bis zum 11. April 1931 einschließlich bei einer der nachverzeichneten Stellen hinterlegen und bis zur Beendigung der Generalversammlung dort belassen:

bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin sowie ihren übrigen Niederlassungen,

bei der Dürener Bank in Düren,

bei dem Bankhause Simon Hirschland in Essen und Hamburg,

bei dem Bankhause Veit L. Homburger in Karlsruhe,

bei dem Bankhause A. Levy in Köln,

bei dem Bankhause Flemming & Co. in Magdeburg,

bei der Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg i. O.,

bei der Rostocker Bank in Rostock und Schwerin,

bei den Herren Proehl & Gutmann } in Amsterdam,

bei der Amsterdamschen Bank N. V. } dam.

Dresden, den 21. März 1931.

Der Vorstand.

Nathan. Gutmann.

Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Bilanz am 30. September 1930 (auf tausend RM abgerundet).

Aktiva		RM	Passiva		RM
Bergwerks- und Hüttenanlagen		1 439 330 000	Aktienkapital		800 000 000
Beteiligungen und Wertpapiere		317 790 000	Gesetzliche Rücklage		80 000 000
Warenbestände		269 685 000	Anleihen		494 296 000
Verschiedene Aktivhypotheken		2 433 000	Aufgewertete Anleihen und Hypotheken		9 928 000
Forderungen		163 047 000	Sonstige Passiv-Hypotheken		206 000
Bankguthaben		70 088 000	Wohlfahrtsfonds und Unterstützungskassen		7 092 000
Wechsel- und Scheckbestand		10 587 000	Sparguthaben von Werksangehörigen ..		16 749 000
Kassen-, Reichsbank- und Postscheckbestand		924 000	Langfristige Verpflichtungen		145 647 000
Patente, Lizenzen und sonstige Urheberrechte		1 000	Warenschulden u. sonstige kurzfristige Verpflichtungen	RM 157 049 000	
			Rembourskredite	RM 26 260 000	183 309 000
			Bankschulden		23 078 000
			Anzahlungen der Kundschaft		12 592 000
			Rückständige Löhne, soziale Beiträge und Lohnsteuern		18 197 000
			Noch nicht abgehob. Dividende	RM 22 000	
			Noch nicht abgehobene Anleihezinsen	RM 186 000	
			Noch nicht abgehobene ausgeloste Anleihestücke	RM 206 000	414 000
			Abschreibungen auf Werksanlagen		362 694 000
			Rückstellungen für Ofenerneuerungen, Bergschäden, schwebende Prozesse, noch nicht abgerechnete Verpflichtungen		84 027 000
			Reingewinn:		
			Vortrag	RM 4 372 000	35 656 000
			im Geschäftsjahr	RM 31 284 000	
		2 273 885 000			2 273 885 000

Gewinn- und Verlustrechnung für das am 30. September 1930 abgelaufene fünfte Geschäftsjahr.

Soll	RM	Haben	RM
Anleihezinsen	33 657 000	Vortrag	4 372 000
Soziale Aufwendungen	54 738 000	Rohüberschuß	262 206 000
Steuern	61 774 000		
Abschreibungen auf Werksanlagen	80 753 000		
Reingewinn einschließlich Vortrag ..	35 656 000		
	266 578 000		266 578 000

Der Gewinnanteilschein Nr. 5 zu Aktien unserer Gesellschaft über je 1000 RM wird mit 40 RM unter Abzug von 10 % Kapitalertragsteuer ab 19. März d. J. außer bei der Gesellschaftskasse in Düsseldorf in Berlin, Bremen, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, Köln, Königsberg (Pr.), Leipzig und München bei nachstehenden Banken bzw. deren Niederlassungen, soweit sie solche an den vorgenannten Plätzen unterhalten, während der üblichen Geschäftsstunden bezahlt:

Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft a. A., Berlin
 Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin
 Dresdner Bank, Berlin
 Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Komm.-Ges. a. A., Düsseldorf
 Bayerische Vereinsbank, München
 Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin
 S. Bleichröder, Berlin
 Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft, Berlin

Deichmann & Co., Köln
 Delbrück von der Heydt & Co., Köln
 August Thyssen-Bank A.-G., Berlin
 Simon Hirschland, Essen
 A. Levy, Köln
 Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln
 B. Simons & Co., Düsseldorf
 J. H. Stein, Köln
 M. M. Warburg & Co., Hamburg.

Als Aufsichtsratsmitglieder unserer Gesellschaft sind neu gewählt die Herren Dr. Otto Jeidels, Berlin, und Generaldirektor Dr. Ernst Tengemann, Essen. Durch Tod sind aus dem Aufsichtsrat die Herren Dr.-Ing. e. h. Franz Burgers und Dr. jur. Gustav Sintenis ausgeschieden.

Düsseldorf, den 18. März 1931.

Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft.

Der Vorstand:
 Vögler. E. Poensgen.

Barmer Bank-Verein

Hinsberg, Fischer & Comp.
Kommanditgesellschaft auf Aktien, Barmen-Düsseldorf

Die Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hiermit auf Grund des Gesellschaftsvertrages zu der

ordentlichen Generalversammlung

eingeladen, welche am **Donnerstag, den 16. April 1931, vormittags 11½ Uhr**, im Bankgebäude in **Düsseldorf, Breitestraße 25** stattfindet.

Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1930 sowie des Geschäftsberichtes der persönlich haftenden Gesellschafter und des Berichtes des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und über die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und des Aufsichtsrates.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Aufsichtsratswahlen.

Die Kommanditisten, welche der Generalversammlung beiwohnen wollen, haben ihre Aktien, von anderen Stellen abgesehen, bei dem **Barmer Bank-Verein** und seinen Zweigstellen und in

Berlin bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, der Darmstädter und Nationalbank, der Berliner Handels-Gesellschaft, den Firmen **S. Bleichröder, Delbrück, Schickler & Co., Hardy & Co. G. m. b. H., Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., Gebr. Arnhold**

bis **spätestens 9. April 1931** einschließlich zu hinterlegen.

Außerdem können anstelle der Aktien Hinterlegungsscheine einer Effekten Girobank eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes oder eines deutschen Notars bis **spätestens 11. April 1931** einschließlich bei der Gesellschaft eingereicht werden.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Die Berechtigung zur Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung kann von der fristmäßigen Einreichung eines doppelten Nummernverzeichnisses der hinterlegten Aktien abhängig gemacht werden.

Die Legitimation zu der Generalversammlung wird nach ordnungsmäßiger Hinterlegung der Aktien oder Hinterlegungsbescheinigungen von der Gesellschaft den Hinterlegern ausgehändigt.

Barmen,
Düsseldorf, den 20. März 1931.

Der Aufsichtsrat:
Harney,
Vorsitzender.

Berliner Handels-Gesellschaft

Bilanz vom 31. Dezember 1930.

Vermögen.		Reichsmark
Kasse, Sorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		8 388 075,49
Nostroguthaben bei Banken u. Bankiers		56 402 682,77
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		71 701 056,23
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		21 360 652,20
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		104 320 685,10
(davon gedeckt RM 86 615 598,20)		
Schuldner in laufender Rechnung		167 670 187,47
(davon gedeckt RM 133 006 637,17)		
Eigene Wertpapiere		16 326 163,08
Konsortialbeteiligungen		9 417 747,78
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen*)		5 519 898,75
Bankgebäude		5 000 000,—
Sonstiger Grundbesitz		2 302 473,25
Bürgschaften RM 8 613 572,24		
		468 409 622,12
Verbindlichkeiten.		Reichsmark
Kommandit-Kapital RM 28 000 000,—		43 000 000,—
Kommandit-Reserven RM 15 000 000,—		397 196 054,28
Gläubiger		25 385 000,—
Akzente		23 760,—
Rückständige Gewinnanteile		
Bürgschaften	RM 8 613 572,24	
Reingewinn		2 804 807,84
		468 409 622,12

Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1930.

Soll.		Reichsmark
Verwaltungskosten (einschl. Tantiemen)		5 061 189,91
Pensionskassenbeiträge u. Ruhegehälter		664 330,95
Steuern		1 277 800,04
Reingewinn		2 804 807,84
Verteilung des Reingewinns:		
4% Gewinnanteil auf das gewinnberechtigte Kommandit-Kapital von RM 28 000 000,—	RM 1 120 000,—	
Gewinnanteil des Verwaltungsrats	RM 119 953,10	
4% weiterer Gewinnanteil auf das Kommandit-Kapital	RM 1 120 000,—	
Vortrag auf neue Rechnung	RM 444 854,74	
	RM 2 804 807 84	
		9 808 128,74
Haben.		Reichsmark
Vortrag aus 1929		324 479,10
Zinsen, Wechsel und Devisen		6 455 350,56
Provisionen		3 028 299,08
		9 808 128,74

*) Der Bilanzposten „Dauernde Beteiligungen usw.“ enthält Beteiligungen an der Internationalen Bank te Amsterdam in Amsterdam, der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft in Wien, der J. F. Schröder Bank Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bremen.

Berliner Handels-Gesellschaft
Sintenis, Jeidels, Bieber, H. Fürstenberg.

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Einladung

zu der
am **Sonnabend, den 18. April 1931, vormittags 11 Uhr,**
in unserem Gebäude **Berlin, Behrenstraße 68—70,**
stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäftsberichts für 1930.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz mit Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1930 und die Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.

Zur Stimmenabgabe sind diejenigen Kommanditisten berechtigt, welche ihre Aktien oder den von einem Notar oder von einer Effekten-Giro-Bank über die Aktien ausgestellten Hinterlegungsschein **spätestens am 15. April dieses Jahres** bei einer der nachbezeichneten Stellen deponieren, und zwar

1. bei unseren Hauptniederlassungen in
Berlin (Behrenstr. 68—70), Bremen, Darmstadt;
2. bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigniederlassungen;
3. in **Wuppertal-Barmen** bei dem **Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,** Kommanditgesellschaft auf Aktien,
in **Breslau** bei dem Bankhause **Eichborn & Co.,**
in **Danzig** bei der **Danziger Bank für Handel und Gewerbe Aktiengesellschaft,**
in **Essen a. d. Ruhr** bei dem Bankhause **Gebrüder Hammerstein,**
bei dem Bankhause **Simon Hirschland,**
in **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,**
bei dem Bankhause **Otto Hirsch & Co.,**
bei dem Bankhause **Lincoln Menny Oppenheimer,**
bei dem Bankhause **Jacob S. H. Stern,**
bei dem Bankhause **Gebrüder Sulzbach,**
in **Hamburg** bei dem Bankhause **L. Behrens & Söhne,**
bei dem Bankhause **Joh. Berenberg, Gøbler & Co.,**
bei dem Bankhause **M. M. Warburg & Co.,**
in **Hannover** bei dem Bankhause **Ephraim Meyer & Sohn,**
in **Karlsruhe** bei dem Bankhause **Veit L. Homburger,**
in **Köln** bei dem Bankhause **A. Levy,**
bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie.,**
in **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,**
in **München** bei dem Bankhause **Merck, Finck & Co.,**
in **Nürnberg** bei dem Bankhause **Anton Kohn;**
4. in **Amsterdam** bei der **Amsterdamschen Bank,**
bei der **Internationalen Bank te Amsterdam,**
in **Wien** bei der **Mercurbank.**

Berlin, den 26. März 1931.

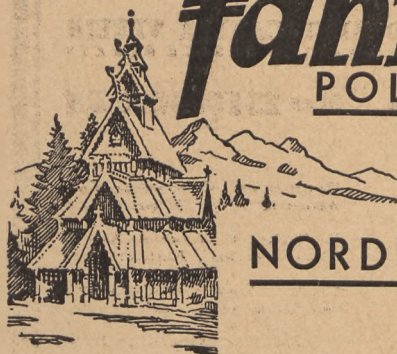
Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Bodenheimer Goldschmidt

Nordland- Fahrten

POLARFAHRT



10. Juli - 4. Aug.

D. »Sierra Cordoba«
von RM. 730,- an

NORDKAPFAHRT

4. Juli - 19. Juli

D. »LÜTZOW«
von RM. 290,- an

NORDKAPFAHRT 21. Juli - 5. Aug.

D. »LÜTZOW« von RM. 290,- an

NORDKAPFAHRT 6. Aug. - 24. Aug.

D. »Sierra Cordoba« von RM. 480,- an

Auskunft und Prospekte durch unsere sämtlichen Vertretungen

Norddeutscher Lloyd Bremen

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am
Dienstag, dem 21. April 1931, mittags 12 Uhr,

im Sitzungssaale unserer Bank, Leipzig, Richard-Wagner-Straße 1, stattfindenden fünfundsiebzigsten ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes und des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1930 und Beschlußfassung über Genehmigung des Rechnungsabschlusses.
2. Beschlußfassung über die in Vorschlag gebrachte Verwendung des Reingewinnes.
3. Erteilung der Entlastung an den Vorstand und den Aufsichtsrat der Gesellschaft.
4. Wahlen in den Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind alle Aktionäre berechtigt, zur Ausübung des Stimmrechts nur diejenigen, die ihre Aktien oder die über diese lautenden Hinterlegungsscheine einer Effektingirobank spätestens am 18. April 1931 hinterlegen:

bei uns in Leipzig oder bei einer unserer Niederlassungen,
bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin,
bei dem Bankhaus S. Bleichröder in Berlin W 8,
bei dem Bankhaus Hardy & Co., G. m. b. H., in Berlin W 56.

Bezüglich der Hinterlegung bei einem Notar wird auf die Vorschrift in § 8 Absatz 4 der Satzung verwiesen.

Leipzig, den 23. März 1931.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig

Schoen.

Weißel.

*Rund 400 000 RM
tägliche Schadenszahlung*

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GES. S. C. H. A. F. T.

Aktiva . . über **234 000 000 RM**



Bayerische Versicherungsbank
Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversch.-Anstalt
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B //

Globus Versicherungs-Aktien-
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversichergs.-Bank
Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-
clubs von Deutschland in Berlin //

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-
Versicher.-Gesellschaft in Weimar //

ALLIANZ UND STUTTGARTER
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtversicherungssumme über **3 000 Millionen RM**

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am 17. April 1931 vormittags 11 Uhr, in unserem Bankgebäude, Eingang Kanonierstraße 22/23, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

eingeladen. Aktionäre, die ihr Stimmrecht nach Maßgabe des § 18 der Satzung ausüben wollen, müssen ihre Aktien oder die über diese lautenden Hinterlegungsscheine einer deutschen Effektengirobank

spätestens am **13. April 1931**

bei unserer Effektenkasse in Berlin, Mauerstraße 26-27 oder einer unserer Zweigniederlassungen

während der üblichen Geschäftsstunden oder bei einem Notar hinterlegen und bis nach der Generalversammlung belassen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar ist dessen Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift spätestens am ersten Werktag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Stimmkarten werden bei den Hinterlegungsstellen ausgehändigt.

Soweit sich noch Aktienurkunden, die auf „Deutsche Bank“ oder „Direction der Disconto-Gesellschaft“ lauten, im Besitz unserer Aktionäre befinden, fordern wir die Besitzer auf, solche Aktien mit Dividendenscheinbogen gleichzeitig zum Umtausch in neue, auf „Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft“ lautende Aktienurkunden einzuliefern, weil die Dividende für das Geschäftsjahr 1930 lediglich auf die neuen Dividendenscheine zur Auszahlung gelangen wird.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht über die Geschäfte der Gesellschaft,
2. Jahresrechnung mit den Bemerkungen des Aufsichtsrats,
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz, die Gewinnverteilung sowie über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats,
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Berlin, den 25. März 1931.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

Slittler Solmssen



**DER DEUTSCHE
FERNSPRECH-
APPARAT DER**

H. FULD & CO.

TELEPHON- UND TELEGRAPHENWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT, FRANKFURT A.M.

**IST EINE
GIPFELLEISTUNG DER
FERNSPRECH-TECHNIK**

H. FULD & CO., TELEPHON- U. TELEGRAPHEN-
WERKE AKT.-GES., FRANKFURT AM MAIN
VERTRETEN IN BERLIN DURCH DIE
GESELLSCHAFT FÜR AUTOMATISCHE
TELEPHONIE A.-G., BERLIN N 65
LYNARSTR. 5/6 · D 6 WEDDING 0014